

Wiener Landtag

23. Sitzung vom 24. Oktober 1985

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

- | | | |
|--|--------------|---|
| 1. Beurlaubter Abgeordneter, entschuldigte Abgeordnete und entschuldigter Landeshauptmann-Stellvertreter | (S. 3) | Hahn (S. 45) und Abg. Ing. Riedler (S. 50)
Abstimmung (S. 59) |
| 2. Mitteilung des Einlaufes | (S. 3) | 4. Pr.Z. 641/LF: Dringliche Anfrage der Abg. Dr. Hirschall und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz an den Amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung und Stadterneuerung betreffend Kontrolle der vom Land Wien geförderten Wohnbauträger durch das Kontrollamt der Stadt Wien
Begründung der Dringlichkeit durch Abg. Dr. Hirschall (S. 61) |
| 3. Pr.Z. 2600, P. 1: Vorlage des Gesetzes, mit dem das Müllabfuhrgesetz 1965 geändert wird (Beilage Nr. 18) | | Verlesung der Anfrage durch Schriftführer Abg. Mag. Eva Petrik (S. 61), Abstimmung über die Dringlichkeit (S. 61)
Beantwortung der Anfrage durch Amtsf. StR. Ing. Hofmann (S. 61) |
| Berichterstatter: Amtsf. StR. Braun | (S. 3 u. 54) | |
| Redner: Die Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz (S. 9), Arthold (S. 15), Freinberger (S. 21), Ing. Worm (S. 26) und Dr. Häupl (S. 30) sowie StR. Fürst (S. 35 u. 44), Amtsf. StR. Hatzl (S. 42), Präs. | | |

Vorsitzende: Erster Präsident Sallaberger
Zweiter Präsident Hahn

(Beginn um 9.00 Uhr.)

Präsident Sallaberger: Die 23. Sitzung des Wiener Landtages ist eröffnet.

Beurlaubt sind die Abg. Lustig und Mandahus. Abg. Lustig sehe ich allerdings hier. Also aus meinen Unterlagen geht hervor, daß Herr Abg. Lustig auf Urlaub ist. Bitte um Entschuldigung!

Entschuldigt sind die Abg. Frau Präsident Stiehl, Abg. Engelmayer, Hanke, Hirsch, Jank, Nußbaum, Putz, Dr. Wagner und Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mayr.

Die Abg. Dr. Hirnschall und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz haben eine an den Amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung und Stadterneuerung gerichtete Anfrage, betreffend Kontrolle der vom Lande Wien geförderten Wohnbauträger durch das Kontrollamt der Stadt Wien, eingebracht und gemäß § 39 Abs. 4 der Geschäftsordnung beantragt, daß die Anfrage vom Fragesteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde.

Bitte, darf ich die Damen und Herren, die sich in den Gängen unterhalten, bitten, die Tonlage ein bißchen zu reduzieren. Ich verstehe selbst nicht mehr, was ich hier vortrage.

Die Begründung dieses Antrages und die Abstimmung werden vor Schluß der öffentlichen Sitzung erfolgen.

Das unter Postnummer 2 angeführte Verfassungsgesetz über den umfassenden Schutz des Wienerwaldes wurde vom Ausschuß für Umwelt und Bürgerdienst nicht vorberaten und kann daher nicht zur Verhandlung kommen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 1. Er betrifft die erste Lesung der Vorlage des Gesetzes, mit dem das Müllabfuhrgesetz 1965 geändert wird. Berichterstatter hiezu ist Herr Amtsführender Stadtrat für Umwelt und Bürgerdienst, Braun. Ich bitte ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Braun: Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die Novelle des Müllabfuhrgesetzes 1965 beinhaltet in Wirklichkeit zwei Punkte, die jeweils eine Verbesserung für die Wiener Bevölkerung darstellen.

Es geht um die Festsetzung der Zahl der Einsammlungen pro Jahr, die künftig nur noch individuell mit Bescheid erfolgen kann. Die bisher im § 8 Abs. 3 vorgesehene Festsetzung im Verordnungswege für bestimmte Stadtteile entfällt. Grundsätzlich wird von der Notwendigkeit ausgegangen, die Sammelgefäße 52 mal pro Jahr einzusammeln. Während bisher von dieser Zahl sowohl nach oben als auch nach unten abgegangen werden konnte, ist künftig nur eine Erhöhung der Zahl der Einsammlungen möglich, vor allem aus sanitären Gründen, aber auch aus Gründen der Brandverhütung und ähnlichen Gründen ist jedenfalls eine wöchentliche Einsammlung notwendig.

Art und Zahl der Sammelgefäße wird wie bisher entsprechend den Verhältnissen im Einzelfall festgesetzt. Dabei ist auch eine Verringerung der Zahl der Müllgefäße, aber auch eine Reduktion des Volumens derselben möglich.

Wie schon bisher kann für Kleingartenanlagen die Zahl der Einsammlungen mit 30 pro Jahr festgesetzt werden, § 8 Abs. 4. Darüber hinaus wird das nunmehr auch für Sommerhäuser im Sinne des § 116 der Bauordnung für Wien und für Liegenschaften mit Baulichkeiten untergeordneten Umfanges möglich sein.

Außer den Müllgroßgefäßen mit 110 Liter Inhalt und mehr werden seit einiger Zeit auch Gefäße der Typenreihe mit 120 Liter Inhalt verwendet. Zwecks Vermeidung von Benachteiligungen sollen die 120 Liter-Gefäße gebührenmäßig den 110 Liter-Gefäßen gleichgestellt werden.

Bei Verwendung von Müllverdichtern soll ein 30prozentiger Zuschlag zum Grundbetrag pro Müllgefäß eingehoben werden können. Der Kostenanteil für die Beseitigung des Mülls beträgt rund 30 Prozent der Gesamtkosten. Die restlichen Kosten sind Sammelkosten und allgemeine Kosten. Für die Höhe dieser Beseitigungskosten ist das Gewicht maßgebend. Bei Verwendung eines Müllverdichters, bei der zulässigen Verdichtung von 1 zu 2, verdoppelt sich demnach das Gewicht bei gleichem Volumen. Daher bleiben 70 Prozent der Gesamtkosten unverändert, und die erhöhten Beseitigungskosten werden durch den 30prozentigen Zuschlag gedeckt.

Ich bin daher der Auffassung, daß dieses Gesetz zweifellos wirkliche Verbesserung bringt,

die sicherlich auch berechtigt für eine Beschlußfassung vorgelegt wurde.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Hoher Landtag! Herr Präsident! Es ist aber auch so, daß mir dieses Müllabfuhrgesetz die Möglichkeit bietet, ein Abfallwirtschaftskonzept vorzustellen, das in wochenlanger Arbeit von den verschiedenen Fachleuten in Verbindung mit unserer Magistratsabteilung 22, Magistratsabteilung 48, mit den Universitäten, mit der Wirtschaftsuniversität, mit der Technischen Universität, mit all den anderen Fachleuten, wie Herrn DDr. Strunz, erarbeitet wurde und in dieser Woche auch gleichzeitig dem Müllarbeitskreis vorgelegt werden konnte.

Dieses Abfallwirtschaftskonzept geht davon aus, daß Abfall nicht gleich Müll ist. Bisher haben wir ein Müllkonzept gehabt, aber die Problematik geht weit über diese Frage hinaus, ist komplexer, und in einer Großstadt muß für die Entsorgung des gesamten Abfalls vorgesorgt werden - daher Abfallwirtschaftssystem nach der ÖNORM 2000, wie wir das auch in der Ihnen vorliegenden Unterlage auf Seite 2 gekennzeichnet haben.

Zur Abfallwirtschaft zählt Abfallvermeidung, Abfallverringerung sowie Abfallbehandlung. Ich glaube, entscheidend ist, daß wir als Priorität in diesem Abfallwirtschaftskonzept die Abfallvermeidung und die Abfallverringerung in den Vordergrund stellen. Die Abfallwirtschaft, wie sie auf Seite 5 dieses Konzeptes vorgestellt wird, besteht aus der Gesamtheit aller Maßnahmen, die den Abfall betreffen, und zwar unter Berücksichtigung der Einflüsse auf die Umwelt und bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit. Es geht daher nicht bloß um die Beseitigung von Hausmüll und sonstigem Abfall, sondern um die sinnvolle Verwertung und umweltkonforme Endbehandlung. Die sich abzeichnende Knappheit von Deponien führt zu einem völlig neuen Umdenken.

Im Sinne des neuen Abfallwirtschaftskonzeptes, das nunmehr vorliegt, sind folgende Ziele anzustreben: Die Abfallvermeidung und -verringerung, wobei das sowohl in quantitativer Hinsicht, also zum Beispiel durch Pfandsysteme, durch Verminderung der Verpackungen, aber auch durch freiwilligen Druck als erste Phase und durch gesetzliche Maßnahmen als zweite Phase, vorgesehen ist. Wenn man bedenkt, daß wir 1984 in Österreich 830.000 Tonnen Verpackung gehabt haben, mit einem Gesamtwert von 14 Millionen Schilling, die verbraucht und dann weggeworfen wurde, und dann eigentlich erst unter sehr großem finanziellem Aufwand entsorgt werden mußte, dann wird erst die ganze Problematik ins Bewußtsein gerufen.

Wir haben beim Verpackungsmaterial, als Anteil am gesamten Müll, 32 Prozent. Wenn man weiß, was das volumenmäßig bedeutet, dann kann man sich vorstellen, wie wichtig es wäre, hier zu einer Vermeidung und zu einer wesentlichen Verringerung zu kommen.

Ich habe selbst bei zwei Umweltreferententagungen die Frage der Abfallvermeidung und Abfallverringerung nicht nur zur Diskussion gestellt, sondern auch eine gemeinsame Vorgangsweise aller Bundesländer und eine gesetzliche Regelung auf Bundesebene gefordert. In diesem Zusammenhang kann daher zweifellos auch die Aktivität der Arbeiterkammer, die Initiative zu einem Müllvermeidungsgesetz, nur begrüßt werden. Ich darf ankündigen, daß im Einvernehmen mit der Wiener Handelskammer, mit der Wiener Arbeiterkammer, mit den Produzenten der Industrie, des Gewerbes, mit dem Handel, mit der Verpackungsindustrie, aber auch mit den Werbefachleuten, im Jänner eine gemeinsame Enquete geplant ist, bei der in erster Linie das Thema "Müllvermeidung, Müllverringerung" behandelt werden soll.

Bis dahin soll eine Untersuchung, die uns gerade zur Weihnachtszeit viele Möglichkeiten schafft, weil ja ein besonderer Anfall von Abfallprodukten, von Verpackungsmaterial wieder erwartet werden kann, eine Grundlage für die Behandlung dieser Thematik geben, wobei auch dort von den Überlegungen selbst, daß man gesetzliche Maßnahmen ergreifen muß, natürlich nicht Abstand genommen werden soll.

In qualitativer Hinsicht geht es aber auch darum, daß man den Müll, so wie er sich uns anbietet oder wie er anfällt, vor allem entgiftet und damit auch die Möglichkeit hat, Müll in entsprechender Form besser verwerten zu können. Die Forderung nach umweltfreundlicher, rohstoffsparender und energiesparender Technologie wird ein besonderes Anliegen sein, das wir auch gegenüber

Gewerbe und Industrie vertreten wollen. Die Abfallverwertung, wie wir sie auf Seite 10 entwickelt und darauf hingewiesen haben, zeigt aber auch gleichzeitig, daß es verschiedene Ursachen für die Entwicklung von entsprechenden Volumina geben kann.

Wenn Sie die Seite 10 aufschlagen, dann fällt sofort auf, daß im Jahre 1983 eine Verringerung des Müllanfalls gewesen ist, und man kann natürlich mit Recht die Frage stellen: Was hatte das damals zu bedeuten? In der Zwischenzeit konnten wir durch alle unsere Erhebungen feststellen, daß dieses Jahr 1983 ein Jahr war, wo es zum ersten Mal zu keiner Steigerung der Einkommen, ja sogar zu Einkommensverringerungen gekommen ist und selbst beim Gasverbrauch, beim Stromverbrauch, also in allen jenen Bereichen, wo in Wirklichkeit Kosten entstehen, die reduziert werden können, es durch die Vorgangsweise der Bevölkerung selbst zu einer Reduktion gekommen ist. Das machte sich im Jahr 1983 selbst bei den Müllmengen, beim Hausmüll speziell, bemerkbar, aber natürlich auch als Konsequenz beim Gewerbe- und Industriemüll.

Wir haben daher auch als Zielsetzung die Gewinnung von Sekundärstoffen für Recycling, weil das eine Form wäre, bei der wir sofort wieder einen großen Teil des anfallenden Mülls oder der Abfälle verwerten könnten, nämlich die Gewinnung von Altstoffenergieträgern, also Brennstoffe aus Müll, der sogenannte BRAM, die direkte energetische Verwertung, die Müllverbrennung, und ich glaube dann kommt natürlich auch zutage, wie wichtig es ist, daß wir durch Vorsortierung Möglichkeiten haben, über jene Fraktionen von Müll zu verfügen, die ein leichtes und möglichst umweltschonendes Verbrennen möglich machen.

Wir haben im Jahre 1984 500.000 Tonnen Papier importiert. Wir haben bei unserer Altpapiersammlung in Wien 27.000 Tonnen sammeln können und unser Ziel ist es, möglichst bald, möglichst also schon im nächsten Jahr, auf 50.000 Tonnen Altpapier zu kommen.

In weiterer Folge geht es aber auch um die Deponierung. Die in Wien derzeit für Abfallbehandlung vorgesehenen Einrichtungen haben wir auf Seite 12 ausführlich dargestellt. Wir haben darüber hinaus auch die Möglichkeit, darauf hinzuweisen, daß wir zwischen allgemeinem Abfall und zwischen Abfallspermmüll und Sonderabfall unterscheiden, und wir haben eine Reihe von Unterlagen über die 12 Sonderabfallsammelstellen und zwölf Sperrmüllsammelstellen in Mulden in Wien. Wir werden die Sonderabfallsammelstellen aber noch in diesem Winter um weitere sechs erhöhen und im Jahre 1986, bis zum Sommer, in jedem Bezirk eine solche Sonderabfallsammelstelle haben, so daß der Bevölkerung ein wirklich großes Angebot gemacht wird, um letztlich Sonderabfälle nicht mit anderen Abfällen vermischen zu müssen.

Dazu kommt, daß wir ja die Erfahrungen im Planquadrat im 19. und 20. Bezirk anbieten können, die uns gezeigt haben, daß mit der Bevölkerung durch entsprechende Information und Aufklärung eine wirklich bessere Vorsortierung, Aussortierung und damit Verwertung und auch Wiederverwertung von Rohstoffen und Altproblemstoffen gegeben ist.

Dazu kommt, daß wir auch im Rinter-Zelt nunmehr eine Vorsortieranlage für Gewerbe- und Industriemüll schaffen werden. Wir haben dort 170.000 Tonnen, die bisher mit einer geringeren Kontrolle auf die Deponie Rautenweg gekommen sind und die nunmehr in dieser Vorsortieranlage sortiert werden können, also nicht Hausmüll, sondern praktisch Gewerbe- und Industriemüll mit wenigen Anteilen allgemeinen Mülls. Wir haben das auf den Seiten 29 und 31 ausführlich dargestellt.

Entscheidend bei dieser Vorsortieranlage ist erstens die Kontrolle und zweitens die Möglichkeit, eben über die Aussortierung zu vielen Rohstoffen und anderen Stoffen zu kommen, die letztlich wiederverwertet werden können. Wir erwarten eine Menge von 55.000 bis 82.000 Tonnen Altstoffe, 30.000 Tonnen Altstoffenergieträger, also BRAM, und damit dann nur noch rund 61.000 bis 88.000 Tonnen für die Deponie. Das heißt, daß wir über diesen Weg eine wirkliche Möglichkeit schaffen, das Deponievolumen stark zu reduzieren und außerdem einen großen Teil bisher unsortiert auf die Deponie gelangenden Abfalls durch die Wiederverwertbarkeit nunmehr auch in Zukunft verwenden zu können.

Deshalb hat auch die Stadt Wien keinen Einwand gegen eine Separationsanlage gehabt, die

in den nächsten zwei Jahren, von der seinerzeitigen Separationsanlage geändert, aufgebaut wird. Wir werden dann sehen, inwieweit es gelingt, Kunststoffaufbereitungen vorzunehmen, wobei diese Vorgangsweise auf eigene Kosten und auf eigenes Risiko der Firma Andritz durchgeführt wird. Wien entstehen dadurch keinerlei Kosten. Sollte sich herausstellen, daß es möglich ist, daß dann wirklich eine solche Kunststoffaufbereitung funktioniert, dann allerdings haben wir auch eine Möglichkeit, diese Anlage zu übernehmen.

Was nun die Müllverbrennungsanlagen betrifft - ihre Entstehung wird auf den Seiten 16 und 17 geschildert und in der graphischen Darstellung auf Seite 36 die gesamte Entwicklung in bezug auf Müllverbrennung dargestellt -, so können wir sagen, daß beim Flötzersteig, so wie immer angekündigt und versprochen, bis zu 120.000 Tonnen jährlich verbrannt werden sollen, bei der Spittelau 260.000 bis 280.000 Tonnen jährlich, wobei die Müllverbrennung, und zwar nach Angabe aller Fachleute der Wissenschaft und Forschung, mit denen wir Verhandlungen geführt haben, die effizienteste Form eines Verfahrens zur Abfallbehandlung darstellt.

Es geht dabei nicht nur um die Reduzierung auf ein Volumen von 20 bis 25 Prozent durch die Verbrennung, sondern daß man diese Verbrennung auch zur Wärmergewinnung nützt, und daß man, wenn man weiß, daß eine Tonne Müll 1,6 Megawattstunden Wärme erzeugt und somit im Jahr rund 290.000 Megawattstunden Fernwärme in das Netz eingespeist werden können, damit 24.000 Wohnungen mit Wärme und mit Warmwasser versorgt werden können oder 28.000 Tonnen Heizöl eingespart werden können, die wir ja in den meisten Fällen importieren müssen, dann eben auch diese Überlegung unbedingt mit ins Kalkül zieht.

Wir haben dann auf Seite 20 die Verwertung der Energieinhalte des Wiener Restmülls zur Fernwärmeerzeugung dargestellt und vor allem darauf verwiesen, daß wir über diese Verwertung im Rahmen unserer Müllverbrennungsanlagen die Grundlast für die Warmwasserbereitung, für Heizungen, Kühlungen, die für das ganze Jahr benötigt werden, erzeugen können, so daß wir wirklich nachweisen können, daß es sich in jeder Hinsicht um eine rentable und jetzt durch den Umbau der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig auch umweltfreundliche Form handelt. Bei Verzicht müßte ein anderer Energieträger eine solche Funktion übernehmen. Außerdem, meine Damen und Herren, und ich glaube, das muß gar nicht mehr besonders betont werden, würde es einen höheren Bedarf an Deponien geben, aber es wäre auch ein höherer Bedarf an meist importierten Energieträgern, und daher ist die Gefahr zusätzlicher Emissionsbelastungen eher über den anderen Weg größer.

Der Flötzersteig hat bereits eine Rauchgaswäsche eingebaut erhalten und in der vergangenen Woche wurde erstmals der Probetrieb begonnen. Ich möchte Ihnen nur noch einmal in Erinnerung rufen, was das letztlich bedeutet. Wir haben eine Garantie der Firma, bei der wir diese Einrichtung herstellen haben lassen, beziehungsweise die als Grundlage genommen wird, das LAB-Verfahren, daß wir in bezug auf Salzsäure 2,6 Prozent der bisherigen Emissionswerte, SO₂ 8 Prozent, Staub 2,5 Prozent und Flußsäure 10 Prozent garantiert erhalten. Wenn diese Werte, die deutlich unter den Grenzwerten für neu zuzulassende Abfallverbrennungsanlagen liegen, nicht eingehalten werden, dann ist vereinbart, daß diese Anlage zurückgenommen werden muß.

In Wirklichkeit erwarten aber sowohl die Leute dieser Einrichtung als auch unsere Fachleute, daß wir etwa nur die Hälfte der schon als Höchstwerte garantierten Werte erreichen werden, zum Beispiel bei der Salzsäure 1,3 Prozent gegenüber den bisherigen Werten von 6,6 Prozent bei SO₂, 0,8 Prozent bei Staub und 1 Prozent bei Flußsäure.

Wenn man darüber hinaus noch weiß, daß hier auch die sonstigen Verbindungen wie Dioxine und Furane durch dieses Verfahren, das wir am Flötzersteig anwenden, praktisch fast völlig entzogen werden, dann ist das die umweltfreundlichste Form nicht nur einer Müllverbrennungsanlage und damit ein Vorbild in Europa, sondern darüber hinaus auch die umweltfreundlichste Form der Abfallverwertung.

Wir haben dann auf Seite 35 die Verbesserungen, die sich aus dieser Umstellung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig ergeben, auch ausführlich behandelt. Im Jahre 1986 ist diese Umstel-

lung auch bei der Spittelau vorgesehen, und wenn man weiß, daß nicht nur die Rauchgaswäsche sondern beim Flötzersteig auch die Brenner neu konzipiert und auch neu gebaut werden und damit auch von der Verbrennung her schon eine wesentliche Reduktion der bisher anfallenden Belastungsstoffe erfolgen wird, dann sind diese Zielsetzungen auch tatsächlich, wie uns alle Fachleute versichern, einzuhalten.

Die EBS hat einen Planungsauftrag an die Firma Umwelttechnik vergeben, beziehungsweise jetzt Vorarbeiten dort leisten lassen. Die Arbeiten sollen bis 1987 zum größten Teil abgeschlossen sein, dann erfolgt noch ein Jahr Probetrieb. Wir haben das auf Seite 36 ausführlich dargestellt. Ich möchte noch einmal betonen, daß die Grundlage für alle Maßnahmen bei der EBS in Verbindung mit Rektor Dipl.-Ing. Dr. Kemmerling mit den Wissenschaftlern der Technischen Universität, mit der kritischen Chemie zustande gekommen ist, und daß dort einstimmige Beschlüsse die Grundlage geschaffen haben, die letztlich als Auflage für ein ausschreibungsreifes Projekt gegolten hat. Wir werden diese Unterlagen, die uns jetzt zur Verfügung gestellt wurden, wie angekündigt auch nochmals untersuchen lassen und wir sind davon überzeugt, daß es möglich ist, dann innerhalb der nächsten Wochen die Ausschreibung durchführen zu können, so daß auch planmäßig noch im Jahre 1985, spätestens Anfang 1986, die Vergabe dieser Aufträge erfolgen kann.

Natürlich muß das - Ausschreibung und so weiter - in Verbindung mit den rechtlichen Bestimmungen des Wasserwirtschaftsfonds geschehen. Ich möchte aber dazusagen, daß wir eigentlich erst durch die Tatsache, daß der Herr Bürgermeister, nachdem sich die Verhandlungen hingezogen haben, bereit war, heute den Paragraph 92 anzuwenden, die Möglichkeit haben, daß dadurch eben dieser Bestandteil des Abfallwirtschaftskonzeptes verwirklicht wird, auch die totale Sanierung beziehungsweise Ertüchtigung der EBS.

Was nun die Deponie Rautenweg betrifft, so sind dort zur Zeit 440.000 Tonnen jährlich zu deponieren, und wir wollen in Zukunft durch dieses Abfallwirtschaftskonzept 220.000 bis 250.000 Tonnen im Höchstausmaß erreichen. Das heißt, daß wir uns die Deponie Rautenweg, die ja durch die Höhe der Schüttungsmöglichkeit zeitlich begrenzt ist, durch einen längeren Zeitraum erhalten wollen. Der Antrag liegt ja heute für den Gemeinderat vor und sieht vor, daß wir dort eine Umschließung und Abdeckung durchführen. Der Baubeginn ist für das Frühjahr 1986 vorgesehen, und neun Monate Bauzeit sind geplant. Damit ist aber auch die Deponie Rautenweg auf dem technisch und auch umweltschutzmäßig letzten Stand der Entwicklung in der Welt.

Wir sind davon ausgegangen, daß diese Vorstellungen, wie sie von der Technischen Universität entwickelt wurden, auch 100prozentig einzuhalten sind. Es hat sich aber, überraschend selbst für die Technische Universität und für alle anderen untersuchenden Stellen, im Zuge der Letztuntersuchungen ergeben, daß es dort viel unterschiedlichere Formen der Formation der Erde und des Grundwasserflusses gibt, und somit mußten neuerliche und erweiterte Untersuchungen durchgeführt werden. Das ist der einzige Grund für die bisher noch nicht durchgeführte Vergabe beziehungsweise Ausschreibung. Das wird aber in nächster Zeit erfolgen, so daß wir dann wieder zeitgemäß Ende des Jahres 1986 fertig sein werden.

Beim Müllaufkommen von 620.000 Tonnen, das wir auf Seite 10 dargestellt haben, muß gesagt werden, daß es 950.000 Tonnen sind, wenn wir alle sonstigen Abfälle hinzurechnen.

Die Graphik auf Seite 9 zeigt deutlich die überproportionale Volumenssteigerung durch Einführung großer Behälter und durch viel mehr Sperrmüll aus dem Haushalt. Daß das entsorgt werden konnte, ist sicher ein ganz großer Vorteil der Vorgangsweise, daß wir wilde Deponien nicht in solchem Umfang haben, wie das in anderen Städten der Welt der Fall ist.

Ich darf noch hinzufügen, weil das sicherlich auch eine Frage sein kann und eigentlich sein muß, daß wir in bezug auf den Filterkuchen der Müllverbrennungsanlagen das Modell Bamberg anwenden wollen. Dieses Modell Bamberg, das erprobt und auch technisch und umweltschützerisch wirklich akzeptiert ist, hat vorgesehen, daß wir zu einer Verdichtung dieses Filterkuchens kommen, so daß es fast unelulierbar wird, so daß wir über diesen Weg dann auch eine Möglichkeit haben,

so wie das in anderen Deponien gehandhabt wird, diese Reststoffe letztlich auf einer normalen Deponie deponieren zu können. Wenn es gewünscht wird, bin ich gerne bereit, dann diesbezüglich noch auf einzelne Details einzugehen.

Weitere Maßnahmen der Abfallverringerung, der Abfallverwertung sind die Vorgangsweisen im Zusammenhang mit den Autowracks. Wir haben im Jahre 1984 9.036 KFZ ohne Kennzeichen entfernt. Bei 3.819 mußten die Besitzer erst ausgeforscht werden. Die Ausforschung verursacht der Stadt Wien Kosten von rund 500 Schilling pro PKW, wobei jedoch Autowracks kostenlos abgeschleppt werden, wenn sie vorher vom Besitzer gemeldet worden sind und eine Verzichtserklärung ausgestellt wird. Wenn man aber weiß, daß wir selbst im Wienerwald Autowracks an fast vollkommen unzugänglichen Stellen gefunden haben, wo sich die Leute die Mühe genommen haben, die Motornummer herauszufeilen, damit es unkenntlich gemacht wird, und dabei hätten sie nur anrufen müssen und ihr Autowrack wäre von der Stadt Wien kostenlos abgeschleppt worden, dann kann man sich überhaupt nicht mehr vorstellen, was in Menschen vorgehen muß, die sich in dieser Form verhalten.

Und so möchte ich auch nicht verschweigen, daß gewisse Wunschvorstellungen sicher auch bei uns, weit über ein solches Konzept, wie wir das heute vorlegen, hinausgehen, daß aber Wunschvorstellungen an der Realität vorbeigehen und wir die Realität als Grundlage mitberücksichtigen müssen.

Wir sind daher auch in der Frage der Altbatteriensammlung, der Motor- und Speiseölsammlung, der Leuchtstoffröhrensammlung, der Alt- und Problemstoffsammlung in den Schulen davon ausgegangen, daß es Formen geben muß, damit wir in zunehmendem Ausmaß verhindern, daß solche Problemstoffe in den allgemeinen Müll kommen. Wenn wir wissen, daß nur etwa 40 Prozent der Altöle von Motorölwechseln wirklich einen nachvollziehbaren Weg gehen und wir von 60 Prozent nicht wissen, wo sie eigentlich landen, dann sollte das für jeden einzelnen ein Alarmzeichen sein. Wenn man weiß, daß es heute Möglichkeiten gibt, das entsprechend getrennt zu sammeln und zu verwerten, wenn man weiß, daß dies jetzt auch bei Leuchtstoffröhren gemacht werden kann, so ist es wahrscheinlich auch nicht verwunderlich, daß wir vorhaben, auch im Rinter-Zelt ein solches Leuchtstoffröhrenrecycling durchzuführen.

Wir haben durch die getrennte Sammlung eine Müllreduktion bis zu 20 Prozent erreicht. Zusätzlich werden biotische Stoffe wie Gartenabfälle in den Randgebieten in einer Biotonne gesammelt und direkt zu Kompost verarbeitet. Durch diese Maßnahmen werden zirka 30.000 Tonnen an Biomasse erfaßt. Dadurch ergibt sich eine Müllreduktion um 10 Prozent.

Wir haben dann auf Seite 19 auch noch einige andere Hinweise gebracht. Wenn all diese Maßnahmen greifen, werden die Mengen für diese Deponien erheblich reduziert, also, wie schon gesagt, auf etwa 230.000 bis 250.000, im Höchstausmaß 280.000 Tonnen anstelle von rund 400.000 Tonnen heute. Der Verbrennungsanteil wird vorerst gleich bleiben, aber die Volumensreduzierung wird eine bessere Energiegewinnung bedeuten. Der Anteil verwertbarer Altstoffe wird wesentlich erhöht, von 38.000 Tonnen auf rund 130.000 bis 160.000 Tonnen, also fast viermal soviel wie bisher. Es geht um die Gewinnung von Kompost, aber von reinem Kompost und nicht nur Naßmüll, weil der einfach mit viel zu viel Problemstoffen behaftet ist.

In den Diagrammen auf Seite 38 bis 40 wurde bewußt, aus Zwecken der Vergleichbarkeit, von der gleichen Abfallmenge ausgegangen. Jede fiktive Annahme von den künftig zu erwartenden reduzierten Werten wäre zum derzeitigen Zeitpunkt noch verfrüht. Ich glaube daher, daß eigentlich mit Recht nach der Erarbeitung all dieser Unterlagen der Vertreter der Wirtschaftsuniversität, Herr Dozent Dr. Vogel, von einem Knüller gesprochen hat, daß dieses Konzept auch von seiten der Stadt Wien in dieser Form übernommen und auch gleichzeitig als Zielsetzung angepeilt wird. Es sind keine utopischen Ziele, es sind auch keine unrealistischen Versprechungen enthalten, sondern es sind die Vorgangsweisen, die aufgrund unserer Erfahrungen im vergangenen Jahr, aber auch aufgrund unseres Wissens aus der internationalen Entwicklung erreichbar sind.

Besonderen Dank möchte ich in diesem Zusammenhang den Vertretern der Wirtschaftsuniversität, an der Spitze Dozent Dr. Vogel, Herrn DDr. Strunz, den Fachleuten der Technischen Universität, an der Spitze Herr Rektor Dozent Dipl.-Ing. Dr. Kemmerling, den Fachleuten der Magistratsabteilung 22, der Magistratsabteilung 48, den Fachleuten des Umweltschutzes, der Baudirektion und den vielen, vielen Anregungen von Fachleuten und der Bevölkerung aussprechen, weil ich glaube, daß man wirklich erkennen muß, daß ein großes Bedürfnis und eine große Bereitschaft da ist, wenn auch vielleicht das tatsächliche Verhalten der Bevölkerung natürlich noch verbessert werden kann.

Und so möchte ich zum Schluß kommend sagen, wir sollten ohne Hektik und Hysterie, aber mit seriöser Beharrlichkeit gemeinsam die notwendigen und umfassenden Umweltschutzmaßnahmen mittragen. Wir müssen gemeinsam erkennen, daß der Umweltschutz tatsächlich alle angeht, und daß wir alle dazu unseren Beitrag zu leisten haben. Es gibt keinen gezielten und erfolgreichen Schutz der Umwelt ohne gewisse persönliche Opfer. Niemand sollte mehr behaupten, daß gerade eine dieser Maßnahmen, weil sie ihn persönlich betrifft, nutzlos sei. Nur das Zusammenwirken mehrerer Faktoren und vieler Einzelmaßnahmen kann uns allen den erwünschten, dringend notwendigen Erfolg bringen und unseren Nachkommen eine gesunde Umwelt erhalten. Dies setzt voraus, daß wir die für die Gemeinschaft verantwortlich gezielten Maßnahmen setzen und sie im Zusammenwirken mit den Bürgern konsequent verwirklichen. Wir sind von seiten der Stadt Wien nicht nur bereit, sondern es ist unser ausdrücklicher Wunsch, daß wir in dieser Form vorgehen, und ich bin davon überzeugt, daß es möglich ist, daß wir dieses Vorhaben auch entsprechend wahr machen können. Ich bitte daher in Vertretung des Herrn Amtsführenden Stadtrates für Finanzen, Vizebürgermeister Mayr, den Wiener Landtag, dem Antrag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaftspolitik vom 13. September 1985 zuzustimmen. Der Wiener Landtag wolle beschließen: Der in der Beilage Nummer 18 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Müllabfuhrgesetz 1965 geändert wird, wird zum Beschluß erhoben.

Um Kenntnisnahme des Abfallwirtschaftskonzeptes wird ersucht. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Sallaberger: Ich danke dem Berichterstatter für die Einleitung.

Gemäß § 35 Abs. 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen diese Zusammenlegung ein Einwand erhoben? - Da das nicht der Fall ist, werde ich in diesem Sinne vorgehen.

Die Debatte ist eröffnet. Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der heutige Landtag beschäftigt sich mit einer Abänderung des Müllabfuhrgesetzes 1965 und wahrscheinlich ist diese Abänderung ja auch in dem einen oder anderen Punkt tatsächlich notwendig geworden. Gleichzeitig wird uns heute ein neues Müllkonzept, das Wiener Abfallwirtschaftskonzept 1985, vorgelegt, das, wie wir meinen, notwendig war. Wir begrüßen auch, daß es vorgelegt wurde, doch, das will ich in aller Deutlichkeit doch auch festhalten, ist es erst nach vielen, vielen Urgenzen unsererseits und einer ganzen Fülle von Vorschlägen, die wir hier und auch im Ausschuß immer wieder gemacht haben, sehr spät zustande gekommen, denn was in Wirklichkeit in der Bundeshauptstadt Wien im Bereich der Müllentsorgung über Jahre hinaus der Fall war, kann doch bestenfalls als Dilettieren bezeichnet werden.

Wenn man in diesem Konzept, das heute vorliegt, auch auf unsere Vorschläge eingegangen ist, dann war das, wie gesagt, leider sehr spät der Fall. Aber das ist offensichtlich eine Eigenart hier im Hause, daß besonders schwerfällig reagiert wird, wenn Verbesserungsvorschläge oder Lösungsmöglichkeiten wenn diese von den Oppositionsparteien hier im Hause vorgelegt werden oder erfolgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihre Geduld strapazieren zu wollen, darf ich in diesem Zusammenhang wohl aber doch an die Schildbürgereien rund um das Rinter-Zelt erinnern, oder auch, wenn heute dieses Konzept zur Sanierung des Rautenweges vorliegt, an die Eiertänze, die

hier aufgeführt worden sind, bis man schlußendlich jetzt zu einer Vorgangsweise zur Sanierung dieser Mülldeponie kommt. Es handelt sich dabei um Sicherheitsvorkehrungen, die an sich selbstverständlich sein müßten, um bauliche Sicherheitsvorkehrungen, die die Opposition hier im Hause immer wieder verlangt hat, aber nicht nur vage verlangt hat, sondern wo eigentlich sehr konkrete Vorschläge gemacht wurden.

Nun, ein Sanierungsvorschlag liegt ja nunmehr heute auch vor und ist im Wiener Abfallwirtschaftskonzept aufgezeigt, wobei aber die für die Hochgiftkonzentrate notwendige, dichte Betonwanne nach wie vor fehlt. Diese für die hochgiftigen Rauchgasreinigungsrückstände der Anlagen Flötzersteig, Spittelau oder EBS notwendige jederzeit auf Dichtheit überprüfbare Betonwanne meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nach wie vor nicht vorgesehen. Was früher bei der Anlage Flötzersteig in die Luft geblasen wurde, wird ja jetzt, Gott sei Dank, herausgefiltert. Aber wir wissen alle, daß das dann nicht in den Kanal geht und dann weg ist, sondern, Gott sei Dank, daß dieses Filterkonzentrat herausgefiltert wird und dann aber in weiterer Folge ordnungsgemäß gelagert werden muß.

Für diese ordnungsgemäße Lagerung, meine Damen und Herren, sind zur Zeit keine ausreichenden Vorkehrungen getroffen. Und jetzt muß man wissen, daß, etwa wenn dieser Filterkuchen mit Öl oder ölhaltigen Rückständen in Verbindung gebracht wird - und das kann jederzeit passieren -, Dioxin frei wird.

Meine Damen und Herren! Wieso gegen dieses Filterkonzentrat, diesen hochgiftigen Müll, keine notwendigen, ergänzenden Vorkehrungen getroffen werden, bleibt mir unklar. Ich verspreche aber hier, daß wir hinter einer ordnungsgemäßen Verwahrung dieser Gefahrenstoffe her sein werden, genauso wie wir schließlich die Sanierung der Deponie Rautenweg durchgesetzt haben. Und wie mühsam das war, meine Damen und Herren, wie mühsam das war, daran will ich doch in einem kurzen Rückblick erinnern.

Schon vor einem Jahr oder etwas länger als einem Jahr haben wir Freiheitlichen einen technisch einwandfreien Vorschlag zur Sanierung der Gefahrenquelle Deponie Rautenweg, erstellt. Und dann erklärte Herr DDr. Strunz, in seiner Eigenschaft als Berater des Bürgermeisters, daß das Grundwasser im Bereich der Deponie nicht gefährdet sei. Das war etwa am 24. Mai 1984, und das war dann auch die offizielle Leseart, wiewohl ich mehrfach darauf hingewiesen habe - nicht nur ich sondern auch andere Politiker der Oppositionsparteien -, daß das Grundwasser im Bereich der Deponie sehr wohl gefährdet ist, entgegen der Prognose des Zilk'schen Umweltberaters. (Abg. Freinberger: Das stimmt ganz einfach nicht!) Natürlich stimmt es! (Abg. Freinberger: Das sagen Sie hier schon so oft!) Nun Kollege Freinberger, dann sind Sie halt nicht mehr am letzten Stand der Technik, denn mittlerweile hat sogar das Expertengutachten der Technischen Hochschule diese Gefährdung aufgezeigt. Heute legt es der Stadtrat vor. Bitte lesen Sie es durch und diese Mißverständnisse sind ausgeräumt.

Ich verstehe nun tatsächlich nicht, wieso man das mit dieser Beharrlichkeit negiert. Es darf doch diese Umweltfrage nicht wie eine Stuntmanshow abgehandelt werden, unter dem Motto: "Es wird schon nichts passieren." Natürlich geht es meistens gut, aber hin und wieder geht doch etwas daneben. (Zwischenruf des Abg. Ing. Svoboda.) Ja, es kann, und es ist bei der Sanierung der Deponie am Rautenweg genauso. Ich gebe zu, Herr Kollege Svoboda, daß die Sache gut gehen kann, aber sie hat auch unglaubliche Gefahrenmomente in sich geborgen und damit ist jederzeit eine Entgleisung möglich oder in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Und um das geht es uns ja nur! Wir wollen in diesem Bereich die absolute oder die weitgehende Sicherheit für uns haben, und daher haben wir auch den Vorschlag, den der Herr Umweltstadtrat vorgelegt hat, die Deponie abzudecken, nur als halbe Lösung betrachtet. Ich weiß schon, daß mit einer Abdeckung der Deponie eine wesentliche Verbesserung eintritt und daß damit nicht mehr das Regenwasser direkt durchsickern kann, aber wir haben es als halbe Lösung betrachtet und diese halbe Lösung im Bereich des Grundwasserschutzes war uns zu wenig.

Und dann hat Herr Stadtrat Braun wieder erklärt - auch das kennen wir alle -, daß das Grundwasser durch die Deponie nicht gefährdet sei. Im Moment tatsächlich nicht! Er hat uns das ja auch lange mit den Hochwasserständen erläutert, daß die rückläufig seien, aber damit war das Problem für uns nicht erledigt. Wir haben uns neuerlich an die Öffentlichkeit gewandt, weil wir befürchtet haben, daß die Sanierung zum Erliegen kommen kann. Das war am 12. Februar dieses Jahres und am 19. Februar hat dann der Herr Stadtrat angekündigt - jetzt geben wir dem Stadtrat den Gutpunkt, aber uns auch, denn ich glaube, daß diese Ankündigung nur zustandegekommen ist, weil wir so dahinter waren -, daß eine Gefährdungsabschätzung durch eine Arbeitsgruppe der Technischen Hochschule durchgeführt werden soll. Das haben wir sehr begrüßt, weil uns klar war, meine Damen und Herren, daß die Herren Professoren natürlich zu ähnlichen Ergebnissen kommen mußten, wie wir sie schon immer aufgezeigt haben.

Und dann am 28. Februar, also einige Tage später, hat Herr Stadtrat Braun auf die Forderungen nach mehr Sicherheit reagiert, und jetzt, zu unserer Überraschung, wieder negativ. Der Herr Stadtrat erklärte mir, Strunz zitierend, via Rathaus-Korrespondenz, daß nach dem derzeitigen Stand der Technik die horizontale Abdeckung mittels Kunststoffplatten und einer weiteren undurchlässigen Lehmschicht - die sogenannte Doppeldichtung, wie er es genannt hat - das Mittel der Wahl zur Deponiesanierung sei. Das hat sich mittlerweile auch wieder überholt. Wir haben damals darauf hingewiesen, daß das ein zumindest problematisches Mittel sei, bestenfalls die halbe Lösung sein kann, aber keineswegs dem damaligen Stand der Technik entsprochen hat. Und daher sind wir sehr beharrlich bei unserem Sanierungsvorschlag geblieben. Ich darf den Sanierungsvorschlag doch in wenigen Worten noch einmal skizzieren.

Wir haben damals schon die Errichtung von Schmalwänden rund um die Deponie Rautenweg verlangt und nicht diese Spundwände. Mit denen geht es natürlich auch, sie sind aber bedeutend teurer, weil sie eigene Standsicherheit durch Stahlbetonbewehrung haben. Wir haben gemeint, daß mit diesen Schmalwänden und mit der Errichtung einer dichten Betonwanne - das was ich heute skizziert habe, was aber noch nicht erledigt ist - für das Areal neben der bestehenden Deponie eine Lösung gefunden werden kann, um die Rückstände aus EBS und Verbrennungsanlage aufnehmen zu können. (Abg. Ing. Worm: Aber Sie haben auch das Umschaufeln verlangt!) Ja, auch das. Ich bin nach wie vor der festen Überzeugung, daß in vielen Bereichen der Deponie Problemstoffe gelagert sind, geortet, die gesichtet werden müßten und dann, wenn sie sich als wirkliche Problemstoffe herausstellen, umgelagert werden sollten. (Abg. Ing. Worm: Sie bewegen ja dann das Ganze!) Ich darf das erläutern. Ich glaube tatsächlich, daß man mit Sondierungen diese Problemstoffe sehr klar feststellen kann. Das ist eine aufwendige Geschichte und sehr problematisch, meine sehr geehrten Damen und Herren, da brauchen wir uns nichts vormachen. Diese Probleme hat nicht nur die Stadt Wien. Ich habe mir etwa die Sanierung der großen Deponie Georgswerder in Hamburg angesehen, wo man durchaus ähnliche Probleme hatte und wo man auch in weiterer Folge eine sehr, sehr aufwendige Sanierungsmöglichkeit ins Auge faßt, weil es in diesem Bereich eben tatsächlich nicht anders geht und weil es da neue Erkenntnisse gibt.

Fest steht jedenfalls, daß am 28. Juni dieses Jahres endlich auch Zilk und Braun auf unsere Linie eingeschwenkt sind. Wieso? Auch klar, weil mittlerweile dieses Risikogutachten der Universität eingelangt ist. Der Stand der Technik im Rathaus wurde korrigiert, neu festgelegt und dem Stand der Technik, wie ihn wir in den Oppositionsparteien verstehen, angepaßt. (Abg. Ing. Worm: Der Freinberger kennt das noch nicht! Er muß das schnell nachlesen!) Dazu Herr Stadtrat Braun. Ich zitiere ihn nun. Er sagte: "Um kein Risiko einzugehen, wird die Deponie mit sogenannten Doppelspundwänden umschlossen." Das ist nun, wie ich bemerken darf, nun tatsächlich eine wichtige, wie mir scheint, besonders kostenaufwendige Maßnahme. Wir haben diese Doppelspundwände gar nicht verlangt. Wir hätten uns ja mit Schmalwänden zufriedengegeben, weil sie, meiner Meinung nach, ausreichend sind. Aber ich glaube, daß es nun tatsächlich im Gutachten drinnensteht, daß man mit diesen Schmalwänden auskommen wird. Jedenfalls soll heute noch, in der folgenden

Gemeinderatsitzung, ein Planungsauftrag zur Erweiterung und Adaptierung der Mülldeponie Rautenweg aufgrund der Ergebnisse der Gefährdungsabschätzung an eine Reihe von Zivilingenieuren, an Herrn Univ.-Prof. Dipl.Ing. Pauser, sowie die Ingenieure Trugina, Klenovec und Lengyel vergeben werden. Und es darf ein Ergebnis erwartet werden, das genau unserem Sanierungsvorschlag entspricht, der ja auch in diesem Abfallwirtschaftsgesetz, wie es uns vorliegt, schon aufscheint. Denn da steht nun: Das gesamte Areal bis zum Grundwasserstauer wird durch doppelte Schmalwände erschlossen und der Wasserstand im Zwischenraum der Umschließungswände wird dann durch entsprechende Wasserhaltung und und und. Dann wird das noch erläutert.

Damit sind, meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Forderungen zur Altlastsanierung in diesem Bereich weitgehend erfüllt. Wir buchen das als mühsam errungener Erfolg. Es fehlt allerdings noch die dichte Betonwanne für die Rückstände aus EBS und das Hochgiftkonzentrat aus den Müllverbrennungsanlagen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf mich nun dem vorliegenden Abfallwirtschaftskonzept zuwenden, aus dem leider nicht klar hervorgeht, wann, zu welchem Zeitpunkt, wo, in welchen Tonnagen Müll verbracht, gesammelt, sortiert, wiederverwertet wird und vor allem, was das kostet, wie die Kostenpläne nun tatsächlich aussehen sollen, wie das umgesetzt wird.

Soweit der eine Bereich. Dafür sollen laut dem vorliegenden Gesetz, das wir heute beschließen sollen - es ist dieses das Müllabfuhrgesetz -, sehr problematische Ausnahmeregelungen geschaffen werden, die mir nicht notwendig erscheinen. Etwa, daß der Magistrat auf schriftlichen Antrag von der öffentlichen Müllabfuhr auszunehmen hat: Erstens unbebaute Liegenschaften, von denen kein regelmäßiger Anfall von Müll zu erwarten ist und zweitens Liegenschaften, auf denen auch bei Benützung kein Müll entsteht et cetera oder auch kein Müll anfällt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das schaut zwar an sich einleuchtend aus, ist es aber nicht. Ich glaube, daß es gerade deswegen problematisch ist, weil doch die meisten von uns jederzeit in der Lage sind, Grundstücke zu nennen (Abg. Ing. Riedler: Da geht es um die Mistkübel!), die nun tatsächlich nicht in dem Sinn bewirtschaftet sind, wo aber alles mögliche an Gerümpel herumliegt, und wo es wahrlich sehr nötig wäre, wenn sich da irgendwer darum kümmern würde. Aber statt dessen machen wir Ausnahmeregelungen und entziehen diese Grundstückseigentümer eigentlich einer Kontrolle.

Sie kennen das alle: Alte Eisentraversen, Bleche - der Herr Stadtrat hat das zuvor genannt -, alte Autos, selbst Altöl, das in den Boden versickert. Es gibt riesige Gstätten, unbebaute Grundstücke, die, wenn dann dort die Müllabfuhr vorbeifährt und sagt: "Da ist eh nichts, das gehört nicht zu uns", jedenfalls auch nicht mehr kontrolliert werden können. Ich glaube es wäre viel gescheiter, wenn der Mistkübler dort vorbeifährt, hinschaut und hineingeht.

Ich meine daher, daß auch dies problematisch ist. (Abg. Ing. Worm: Normalerweise nehmen die keine Traversen mit!) Nehmen sie normalerweise nicht mit! Aber wenn sie hinfahren und dort etwas liegen sehen, dann ist es meistens so, wenn es sich um einen aktiven Mitarbeiter der Müllabfuhr handelt, daß er das notiert und dann in weiterer Folge auch etwas geschieht.

Aber, meine Damen und Herren, ich weiß schon, daß das Ausnahmeregelungen sind, nur mir gefallen sie halt nicht. Ich halte sie auch nicht für unbedingt notwendig. (Abg. Ing. Svoboda: Haben Sie etwas gegen die Landwirtschaft?) Gegen die Landwirtschaft? Niemals, um Gottes Willen! Die Landwirtschaft handelt ja, Herr Kollege Svoboda, meistens nicht mit Eisentraversen und alten Autos! Das will ich aber schon auch festhalten, bitte! (Abg. Ing. Svoboda: Aber gegen Grundstücke, die unbebaut sind, Herr Kollege Pawkowicz?)

Ich darf weitertun. Bei dieser Gesetzesvorlage, meine Damen und Herren, die uns hier vorliegt, scheint es mir im wesentlichen um etwas ganz anderes zu gehen, nämlich darum, wie die Gemeindekasse auf diskretem Wege aufgefettet werden kann, denn es soll ja laut diesem Gesetz bei der Müllentsorgung genauso ungerechtfertigt kalkuliert werden wie etwa bei der Wasserversorgung.

Ich darf, meine Damen und Herren - ich weiß, es ist ein finanztechnisch schwieriger Bereich,

ich bitte Sie daher genau aufzupassen -, in Erinnerung rufen, wie die sozialistische Kalkulation beim Budget 1985 aussieht.

Ich nehme die Wasserversorgung her. Da finden Sie echte Ausgaben von 750 Millionen Schilling. Da ist alles drinnen, was es an tatsächlichen Ausgaben gibt. Dann Verwaltungskosten: 50 Millionen Schilling. Dann gibt es noch die Wertabschreibungen, das sind 125 Millionen Schilling. So weit, so gut! Und dann finden Sie noch die Verzinsung des Anlage- beziehungsweise Betriebsvermögens mit 479,950.000 Schilling für Bauten und Einrichtungen, die längst existieren, so daß wir plötzlich zu einem Ausgabenrahmen von 1,4 Milliarden Schilling und nicht von 900 Millionen Schilling kommen. Übertragen auf das heute zu beschließende Gesetz heißt das, an einem praktischen Beispiel dargelegt, daß, nach Ankauf des funktionsuntüchtigen Rinterzeltes um 50 Millionen Schilling durch die Gemeinde Wien - sprich also durch die sozialistische Mehrheit -, der Wiener Steuerzahler in seiner Eigenschaft als Müllabgabepflichtiger erneut zur Kassa gebeten wird. Es haben die Steuerzahler also zuerst die Millionen für das Rinter-Zelt abliefern müssen und werden jetzt auch noch die Zinsen des zum Anlagekauf eingesetzten Kapitals zu begleichen haben, so als ob das Geld auf der Bank läge und die Bank die Zinsen an den Finanzstadtrat zu bezahlen hätte. (Abg. Ing. Riedler: Ist ja sehr fiktiv!)

Dieses Abschaffen von eigentlich fiktiven Größen, meine Damen und Herren, ist ja auch bei der Wasserversorgung und bei der Abwasserbeseitigung genauso und jetzt passen wir das dem eigentlich genau an. Bei der Abwasserversorgung - Sie wissen es - sind es 238 Millionen Schilling, die unter der Bezeichnung Verzinsung des Anlage- und Betriebsvermögens auf der Ausgabenseite aufscheinen, wobei es sich, wie gesagt, um keine realen Ausgaben sondern nur um einen Zinsertragsausfall handelt. Und den hat der Steuerzahler zu begleichen!

Man kann das noch einfacher darstellen. Es ist als ob sich mein Sohn ein Fahrrad wünscht, ich ihm das Fahrrad kaufe, er dann Dankeschön sagt, aber zusätzlich noch die Zinsen haben möchte, die ich bekäme, wenn ich kein Fahrrad gekauft sondern das Geld auf die Bank gelegt hätte. Das macht dann zum Beispiel 200 Schilling an Zinsen aus und die will er jetzt jedes Jahr von mir haben. Er hat also nicht nur das Fahrrad bekommen sondern er möchte dann in weiterer Folge auch die Zinsen haben, so als hätte ich ihm gar kein Fahrrad gekauft sondern das Geld auf die Bank gelegt.

Ja, meine Damen und Herren, so geht es ja nicht. Ich weiß schon, daß das eine durchaus komplizierte Geschichte ist, so wie das hier vorliegt. Deswegen sagen natürlich auch alle "Ja" dazu. In Wirklichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist dieses ganze Geschäft mit dem Müll, mit dem Wasser und dem Abwasser ein außerordentlich lukratives für die Stadt Wien geworden. Und damit es nicht ganz so lukrativ aussieht, wo ja natürlich diese Betriebe verpflichtet sind kostendeckend zu budgetieren, macht man es auf diesem Umweg. (Abg. Ing. Svoboda: Sie kennen die Kosten! Da sprechen Sie von "lukrativ" in Wien. Was kostet denn im Umland von Wien die Müllbeseitigung?) Darf ich eines sagen! Ich habe versucht die Kalkulation aufzuzeigen und da muß ich feststellen, daß uns 700 Millionen oder 750 Millionen Schilling bis zu einer Größenordnung von 1 Milliarde Schilling tatsächlich überbleiben.

Herr Kollege Svoboda, jetzt können wir über die Preise durchaus reden. Aber im Sinn einer Budgetklarheit, oder Budgetwahrheit wenn man so will, hätte ich halt gerne, daß dies klar ausgewiesen ist und wenn man sagen würde, daß diese Mehreinnahmen von 750 Millionen oder vielleicht von einer Milliarde Schilling dort und dort ausgegeben werden. Das ist ja durchaus denkbar. Nur, hier wird das sozusagen mitgenommen und im Gesetz steht dann im § 12 auch nur so am Rande da neben allem anderen drinnen: "...einschließlich der Beseitigung des Mülls sowie die Verzinsung und die Tilgung der Anlagekosten nicht übersteigt". Das wird so nebenbei abgehandelt und ich habe das Gefühl, man soll das halt möglichst nicht sehen.

Ich meine, die Art und Weise, wie hier dem Bürger in die Tasche gegriffen wird um die Gebühren hoch zu halten, gefällt mir nicht. Ein kommunales Unternehmen hat die Aufgabe kosten-

deckend zu arbeiten und die Gebühren könnten daher in dem Bereich niedriger sein. Wenn man sie höher macht, müßte man es genau ausweisen. Diese Art und Weise, meine sehr geehrten Damen und Herren, gefällt uns nicht. Wenn wir dieses Gesetz schon neu fassen, dann sollte doch die Gelegenheit wahrgenommen werden, um eine Vorgangsweise zu wählen, bei der dem Bürger nur das verrechnet wird, was zur Kostendeckung auch tatsächlich notwendig ist.

Nun zum Schluß noch ein paar kritische Anmerkungen zum heute vorgelegten Müllkonzept. Das Konzept ist ja bis zur Seite 18 eine Auflistung bekannter Fakten, Zahlen und Normenbegriffe. Den Hauptzielen Abfallverringerung, Abfallvermeidung, getrennte Sammlung von Problemstoffen, Abfallverwertung durch Sekundärrohstoffnützung diverser energetischer Verwertung von Altstoffen, Deponie von Sonderabfällen, auch Rohstoffreserve, Deponie für nichtgefährliche Abfälle und so weiter ist sicherlich zuzustimmen, noch dazu, wenn es, wie es im Konzept aussieht, nicht mit Kosten verbunden ist, denn Kostengrößen liegen ja nicht vor. Aber gerade die Kosten scheinen mir doch eine wesentliche Frage zu sein.

Die Intensivierung der Sammelaktion ist sicherlich zu gejahen, ist grundsätzlich zu bejahen, und ich meine, daß der Hebel hier auch schon bei unserer Schuljugend angesetzt werden kann. Ich stelle mir für Wien, aber auch für ganz Österreich, etwa die Erarbeitung eines Medienkoffers vor - Ausstellungen, Filme, Diavorträge über das Recycling, über das Kreislaufdenken -, der auch in den Schulen bereits Ansätze gibt, und hier könnte man sehr wohl über die Schulen, über die Kammern, über Gewerkschaftsbund und Unternehmungen diese Idee der Jugend näherbringen. Ich meine, daß der Stadtschulrat, die pädagogischen Akademien und engagierte Lehrer in diese Arbeitsgruppe, die da entstehen sollte oder müßte, miteingebunden werden. Ich darf daran erinnern, daß verschiedene Schadstoffe wie Haushaltsbatterien, Gasentladungslampen, Galvanikschlämme und Altöle zwar derzeit an die EBS geliefert, von dort aber zum Teil in die Bundesrepublik Deutschland, zum Teil in die DDR exportiert werden, wenn sie nicht, was auch schon vorgekommen ist, verbrannt werden und dabei Gefahr verursachen. Wir kennen alle noch diese Geschichte, wie das damals mit dem Altöl war, wobei festzuhalten ist, daß damals der Dreck sogar importiert worden ist.

Die völlig gleiche Problematik ergibt sich bei den Leuchtstoffröhren und Gasentladungslampen. Auch hier ist zur Zeit, der Export offensichtlich der einzige Weg, wenn es nicht gelingt, entweder ein eigenes Verfahren zu entwickeln, was teuer ist und einer ganzen Reihe von Forschungsaufträgen bedarf, oder aus der Bundesrepublik ein Verfahren im Lizenzweg nach Österreich zu bringen. Richtig wird im Müllkonzept festgehalten, daß besonders in einer Großstadt viele Leuchtstoffröhren, zum Beispiel durch die Straßenbeleuchtung aber auch durch die großen Büros anfallen, und eine Umweltgefährdung nicht ausgeschlossen werden kann. Wie die Verwertung nun tatsächlich aussieht, darüber schweigt sich das Konzept aus. (Abg. Ing. Worm: Wie sie gesammelt werden!) Bis zum Sammeln sind wir schon, nur was dann weiter passiert, ist noch völlig unklar.

Was mit den gesammelten Batterien passiert, meine Damen und Herren, auch das ist weitgehend unklar. Es gibt zwar eine Verwertungsanlage für Knopfzellen, etwa in Donawitz, alle anderen Batterien werden gelagert und gesammelt (Abg. Arthold: Gesammelt und gelagert!), aber der Verwertung zugeführt werden sie eigentlich noch nicht. Aber diese Haushaltsbatterien, meine Damen und Herren, enthalten Schadstoffe wie Quecksilber und andere Schwermetalle, zugegeben natürlich mit weit geringerer Konzentration als die Knopfzellen, aber bei dichter Lagerung ist es genauso eine Giftbombe, die da irgendwo herumliegt. Und wo liegt sie denn? Wo liegt sie denn, Herr Stadtrat? Stimmt es, daß im 22. Bezirk heute schon Batterien in einer Größenordnung von zirka 700 Tonnen herumliegen, von denen man nicht genau weiß, wie sie wiederverwertet werden. Auch dazu schweigt das Konzept. Ich hätte darüber gerne eine Auskunft erhalten. Im Konzept finden wir nichts.

Aber der wohl wichtigste Punkt in dem Konzept scheint nun zu sein daß die Altstoffsammlung noch öffentlicher Mittel bedarf, sogenannter Zuschüsse. Aber das kann doch um Gottes Willen nicht der Weisheit letzter Schluß sein! In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, sollte ein sinnvolles Recycling die Müllgebühren verringern helfen. Aber was finden wir anstatt dessen auf dieser Seite 26?

Da finden wir, daß sich eine Verteuerung abzeichnet. Das kann ja nicht sein, das ist doch der verkehrte Weg! Ich meine, die Altstoffsammlung muß künftighin als Leistung zur Müllreduktion angesehen werden, und soll daher einen leistungsgerechten Beitrag erhalten.

Aber, meine Damen und Herren, die die es verwerten, die kriegen ja da auch etwas dafür und können es auch verwerten und daher muß es billiger werden. In Pitten etwa bezahlt die Firma Hamburger bis zu 1,23 Schilling je Kilogramm Papier aus der Grünen Tonne und ist sich offensichtlich der positiven Erlössituation aller anderer Werkstoffe sicher. Falls die Stadt Wien das nur zu für Wien schlechteren Bedingungen machen kann, dann soll sie es halt nicht machen. Ich meine, es könnte sich dann hier sofort ein interessanter freier Markt für Problemstoffe oder Werkstoffe entwickeln. So etwas gibt es zum Beispiel schon in Berlin, wo sich so ein Recycling-Center gebildet hat. Aber nein, hier ist die Wiener Sozialistische Partei in Form der öffentlichen Hand schon bereit, im freien Spiel der Kräfte auf dem freien Markt mit Steuermitteln, das schaut ganz positiv aus, in Wirklichkeit diese Freiheit einzuengen.

Zusammenfassend, meine sehr geehrten Damen und Herren, will ich feststellen, daß viele Ansätze dieses Konzeptes gut sind, in entscheidenden wirtschaftlichen Fragen des Recyclings Fehlentwicklungen aber geradezu programmiert sind, daß über Finanzierungspläne, Kosten und so weiter keine Aussagen getroffen worden sind. Wir erkennen, gutwillig wie wir sind, den guten Willen an, doch ein Gesamtkonzept zur Wiener Abfallwirtschaft müßte einfach anders aussehen. Das was uns heute vorgelegt wurde, ist nur in Ansätzen als Abfallwirtschaftskonzept zu betrachten. Das Müllabfuhrgesetz (Abg. Ing. Worm: Das heißt nicht so!) lehnen wir ab, das Abfallwirtschaftskonzept nehmen wir zur Kenntnis.

Präsident Sallaberger: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Arthold. Ich erteile es ihm.

Abg. Arthold: Herr Präsident! Herr Stadtrat! Hoher Landtag! Zum Müllabfuhrgesetz, das uns heute vorliegt, wird die Österreichische Volkspartei "Ja" sagen. Wir haben lange überlegt, sind dann aber doch zu dem Schluß gekommen, positiv dazu Stellung zu nehmen, weil es für den Bürger beziehungsweise für die Abfallwirtschaft doch einige Vorteile bringt.

Kurz angerissen: Die Größe der Gefäße kann vom Konsumenten bestimmt werden. Das heißt, wenn er sparsam umgeht, wenn er wenig Müll abliefert, dann kann er eine kleinere Tonne verlangen und erspart sich dadurch Kosten. Das ist der einzige Ansatz, wo wir hier für eine Einsparung des Mülls Ansätze sehen. Zweitens ist auch durch die Verdichtungsmöglichkeit ein sparsamerer Umgang mit Müll möglich. Der der verdichtet, zahlt statt 200 Prozent - grob gerechnet oder bildlich dargestellt - nur mehr 130 Prozent.

Das sind die zwei Gründe, warum wir dem Müllabfuhrgesetz zustimmen. Aber es wirft ein bezeichnendes Licht, unter welchen Umständen dieses Müllabfuhrgesetz in den Wiener Landtag kam. Bekanntlich wurde es von der Tagesordnung des letzten Wiener Landtages abgesetzt, da man scheinbar die Sorge hatte, daß die Frage auftaucht, wie man zuerst finanzielle Probleme lösen kann ohne ein entsprechendes, längst versprochenes Müllkonzept (Abg. Ing. Riedler: Für Herbst!) Es wirft an und für sich ein bezeichnendes Licht, daß dieses Müllabfuhrgesetz heute nicht vom zuständigen Finanzstadtrat sondern vom Umweltstadtrat vorgelegt wird. Ich muß gleichzeitig vermerken, daß der Gemeinderatsausschuß, der für Umwelt zuständig ist, mit diesen Dingen überhaupt nicht befaßt wurde. Mir ist schon klar, daß es von der Verfassung her ein reines Finanzgesetz ist, aber wenn wir in der Diskussion um ein neues Müllkonzept stehen, dann glaube ich, ist es unbedingt notwendig, daß man im Rahmen einer Diskussion um das Gesamtmüllkonzept auch in diesem Ausschuß um die finanziellen Dinge diskutiert. Man hat also diesen Antrag auf den heutigen Landtag verschoben, um ihn gleichzeitig mit dem Müllkonzept, jetzt heißt es Abfallwirtschaftskonzept, vorzulegen, weil es sonst optisch schlecht ausgesehen hätte. Deshalb haben wir heute diese Vorlage von Herrn Stadtrat Braun bekommen um ein neues Abfallwirtschaftskonzept zu diskutieren beziehungsweise zur Kenntnis zu nehmen.

Ich muß eingangs kritisch anmerken, daß der zuständige Gemeinderatsausschuß mit diesem

Konzept bisher nicht befaßt wurde. Der Herr Stadtrat hat sich zwar bei sehr, sehr vielen Stellen, Körperschaften und Persönlichkeiten bedankt, die alle mitgearbeitet haben, aber der zuständige Ausschuß wurde nicht befaßt. Auch die Ausschußmitglieder haben erst heute, 10 Minuten vor Beginn der Sitzung, dieses Konzept vorgelegt bekommen. Ich muß feststellen, daß es eine ausgesprochene Mißachtung der zuständigen Körperschaft ist, ihr 10 Minuten vor Beginn der Sitzung ein Konzept mit 38 Seiten Umfang vorzulegen, das zu studieren und nachher dazu noch Stellung zu nehmen. Und das ist der Geist in diesem Haus! (Beifall bei der ÖVP.)

Da legt uns der Herr Bürgermeister heute einen weiteren Antrag vor, von dem die Damen und Herren Journalisten gemeint haben, daß die Mandatare hoffentlich auch bereit sind die 38 Aktenordner zu studieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Aktenordner haben wir noch nicht einmal von außen gesehen, geschweige denn die Chance gehabt hineinzuschauen. Und heute sollen wir darüber beschließen! Ich glaube, hier beginnt die Moral in der Politik. Herr Stadtrat, ich frage wirklich, wieweit Sie interessiert sind mit uns zu arbeiten, wieweit Sie überhaupt interessiert sind, Ihre eigenen Kollegen im Gemeinderat darüber zu informieren, was Sie heute vorlegen, denn ich bin überzeugt, daß nicht einmal drei Prozent der Kollegen Ihrer Fraktion hier im Wiener Gemeinderat wissen, was da drinnen steht. Und so schaut die Wahrheit aus! (Beifall bei der ÖVP.) Von Demokratie zu reden bis Demokratie zu leben scheint es in der Sozialistischen Partei ein sehr weiter Weg zu sein.

Dieses Abfallwirtschaftsgesetz unterscheidet sich für uns, soweit wir es in dieser kurzen Zeit studieren konnten, von den Müllkonzepten eines Stadtrates Veleta oder Schieder inhaltlich nicht. Lediglich der Titel ist ein anderer geworden. (Abg. Ing. Svoboda: Das stimmt nicht!) In diesem Konzept stehen Binsenweisheiten drinnen, Binsenweisheiten, die in jedem Müllkonzept jeder anderen Stadt in unserem Land oder auf der Welt stehen könnten. (Abg. Ing. Svoboda: Das zeigen Sie mir! - Abg. Christine Schirmer: Deswegen ist es ja nicht schlecht!) Mich wundert auch der Optimismus des sonst sehr kritischen FPÖ-Mandatars Pawkowicz (Abg. Ing. Worm: Schau, schau!), der heute gemeint hat, daß hier mehr drinnen stünde, daß er so optimistisch gegenüber dem Rautenweg sei, da in diesem Konzept enthalten ist, was beim Rautenweg alles gemacht wird. In Wahrheit aber wird es heute einen neuen Planungsauftrag geben.

Woher kommt diese Sicherheit, hier festzustellen, wie der Rautenweg saniert wird, wenn wir in Wahrheit aber der Technischen Universität heute einen Auftrag geben, dort überhaupt neu zu planen? Hier ist eine riesige Diskrepanz! Was gilt jetzt? Haben wir jetzt schon eine Lösung oder geben wir einen neuen Planungsauftrag? Ich verstehe die ganze Geschichte nicht und weißt nicht, was jetzt richtig ist: Planen wir oder haben wir schon einen fertigen Entwurf? (Abg. Ing. Riedler: Sie tun so, als hätten Sie nie an einer Gemeinderatsausschußsitzung teilgenommen!) Über die Diskussionen im Gemeinderatsausschuß zu diesen Dingen möchte ich mich eigentlich schon verschweigen; denn das was wir hier bekommen, ist nicht einmal das Minimalste, was man sich vorstellen kann.

Der Herr Stadtrat Braun hat zum Beispiel zum Rautenweg erklärt, daß es keine Beauftragungen und bisher auch keine Ausschreibungen gibt, dabei weiß ich von Firmen, die sich bereits im Oktober darum beworben haben. Die haben sich nicht beworben, weil keine Ausschreibungen da waren! Nur gehört haben sie bis heute nichts. Ich frage mich wirklich, was nun die Wahrheit ist und wie der Stand um die Sanierung des Rautenweges ist? Aber das ist nicht mein Thema, zu dem ich rede, das sind nur Fragen, die ich hier aufwerfe.

Herr Stadtrat Braun, als Sie vor einem Jahr zum Umweltstadtrat berufen wurden, hat man allgemein, nicht nur unter den Gemeinderäten, vor allem auch bei den Journalisten eigentlich Skepsis geäußert, weil Sie von der Gewerkschaft kommen und sozusagen in die Riege der Betonierer eingeordnet wurden. Ich muß also feststellen (Abg. Ing. Svoboda: Das ist eigentlich unerhört!), daß Ihre Arbeit im Laufe der Zeit auch von uns, von der Opposition, mit großem Interesse verfolgt wurde, weil wir an und für sich einen neuen Arbeitsstil erkannt haben, und weil Sie angedeutet haben, Sie könnten diese Probleme schaffen. Ihre intensive Befassung mit diesem Thema und die rasche Einarbeitung auf diesem Gebiet hat uns doch einigermaßen überrascht, positiv überrascht. Und nun,

Herr Stadtrat, müssen wir mit der Vorlage dieses Konzeptes aber heute ganz nüchtern feststellen, daß wir von dem Ergebnis, das Sie uns heute vorlegen, enttäuscht sind, enttäuscht deshalb, weil sich das Ergebnis dieser Arbeit in nichts von Ihren drei Vorgängern unterscheidet. Der einzige Unterschied ist, daß Sie eine neue Betrachtung der Müllmenge anstellen. Noch zu Weihnachten - natürlich, lesen Sie die Protokolle nach -, noch zu Weihnachten wurde von rund 600.000 Tonnen Müllmenge im Jahre gesprochen, nun aber hat der Herr Stadtrat ausdrücklich gesagt - vielleicht haben Sie nur nicht zugehört -, das Abfallwirtschaftsgesetz umfaßt einen größeren Bereich und jetzt reden wir von rund 900.000 Tonnen. (Abg. Ing. Svoboda und Abg. Ing. Riedler: Abfall!) Das ist (Abg. Ing. Svoboda: Abfall! Das ist ein Unterschied!) die einzige Änderung gegenüber den anderen Konzepten. (Abg. Ing. Svoboda: Abfall!)

Aber wo wir einen absoluten Tiefpunkt erreicht haben, so tief waren wir noch nie in den letzten sieben Jahren, wo wir uns mit dem Müll intensiv beschäftigen, das ist die Frage der Deponien. In der Frage der Deponien haben wir den absoluten Tiefpunkt erreicht, wir haben nämlich nur mehr den Rautenweg und die Problematik wird ja heute noch genügend diskutiert werden. Und wenn wir uns die sieben Jahre anschauen, in denen wir uns intensiv mit dem Müll beschäftigt haben, dann darf ich Ihnen jetzt beweisen, daß wir schon weiter waren als wir mit dem heutigen Stand sind.

Im Jänner 1978 wurde ein Unterausschuß "Müll" installiert und zwar beim Gemeinderatsausschuß für städtische Dienstleistungen und Konsumentenschutz. Am 13. Juni schon gab es eine Enquete "Wiener Müll" und es wurden Vorschläge erarbeitet, und schon am 15. März 1979 waren die ersten Ergebnisse da. Diese Ergebnisse haben darauf hingeezielt, daß uns, wenn wir einen Teil des Mülls verbrennen, und zwar jährlich 250.000 Tonnen, zwei Projekte vorliegen, nämlich eine teilweise Wiederverwertung des Mülls oder eine gänzliche Verwertung des Mülls. Man hat dann am 24. September 1979 einstimmig den Beschluß gefaßt, die Rinteranlage zu errichten. (Abg. Ing. Riedler: Einstimmig!)

Ich könnte Ihnen jetzt vorlesen, was wir hier alles an Einwänden gebracht haben, wollen Sie das auch hören? (Abg. Ing. Riedler: Bittel!) Dann dauert das aber ungefähr bis halb eins. (Abg. Ing. Riedler: Das war jetzt eine Drohung!) Wir haben hier unsere klaren Bedenken über die Fasererzeugung geäußert, und haben verlangt, durch das Kontrollamt überprüfen zu lassen, wie es um die Schweizer Firma steht, die diese Platten abnehmen wird. Und genau diese Punkte waren es, die nachher zur Problematik Rinter geführt haben. Das Entscheidende dieses Programmes 1979 war - und da hieß es wörtlich -: "...daß bei Rinter bei einer Maximalauslastung von 500.000 Tonnen der gesamte Müll von Wien im Norden von Wien verwertet werden sollte." Das heißt, nach diesem Konzept hätten wir uns die Müllverbrennungsanlagen in Wien erspart. Das war das Konzept 79.

Es ging dann weiter und die Eröffnung des Rinter-Zeltes erfolgte am 3. Dezember 1981 durch den Herrn Bürgermeister. Er hat damals die bekannte politische Verantwortung übernommen. Mit der Eröffnung des Rinter-Zeltes kam dann auch schon das Ende des Rinter-Zeltes.

Am 9. Dezember 1981 hat die Österreichische Volkspartei beantragt den Kontrollausschuß einzuberufen und am 10. Dezember verlangt, nachdem Rinter dem Ende zugeing, ein neues Müllkonzept vorzulegen.

Am 30. Juni 1982 hat die Österreichische Volkspartei die endgültige Klärung des Rinter-Zeltes verlangt und am 23. September neuerlich Maßnahmen für die Klärung des Müllproblems in Wien verlangt.

Am 17. November wurde ein sogenanntes Müllkonzept von Herrn Stadtrat Veleta vorgelegt. Das Rinter-Zelt kommt in diesem Müllkonzept nicht mehr vor. Wir sind bei der Verbrennung jeglichen Mistes, der in Wien anfällt, gelandet. Ende November 1982 stellt also das Rinterzelt, die Rinter AG, ihre Tätigkeit ein.

Am 1. März 1983 erklärt Stadtrat Mayr, daß die Rinter-Anlage nur mehr das Eisen wert ist.

Am 7. April 1983 teilt der zuständige Stadtrat Veleta dem Gemeinderatsausschuß mit, daß im Juni 1983, nach umfangreichen Untersuchungen, ein neues Müllkonzept vorgelegt werden wird.

Am 1. Juni 1983 ist Veleta nicht mehr im Amt und Schieder hat die Müllproblematik für Wien zu verantworten. Er verspricht am 1. Juni 1983, daß er innerhalb eines Jahres das Müllproblem in Wien gelöst haben werde. Sie werden sich sicher noch an diese großartige Rede im überzeugenden Brustton des Herrn Peter Schieder erinnern.

Am 23. August, zwei, drei Monate später, sagt Schieder: "Noch im Oktober wird ein Gesamtmüllkonzept vorliegen, das weit über die Rinter-Frage hinausgehen wird. Ein entsprechendes Konzept wird dem Gemeinderat dezidiert am 21. Oktober vorgelegt."

Am 8. September 1983, also wenige Tage danach, schreibt die Rathaus-Korrespondenz: "Bei einem Gespräch zwischen der Rinter AG, dem Bankenkonsortium und Stadtrat Schieder kam es zu einer völligen Einigung über die Zukunft des Rinter-Werkes. Im Oktober wird dazu ein Gesamtmüllkonzept vorgelegt werden, das sich mit Maßnahmen zur Müllvermeidung ebenso mit der Vorsortierung, Entsorgung, Wiederverwertung und Sondermüll beschäftigt." Stadtrat Schieder wörtlich: "Wenn es nicht funktioniert, dann nehme ich den Hut." In der Zwischenzeit hat er den Hut genommen. Er hat eine bessere Art gefunden, sich abzusetzen, als einzubekennen, daß das, was er versprochen hat, nicht einzuhalten war.

Am 11. Oktober 1983 sagt Schieder bereits, daß sich Schwierigkeiten eingestellt haben und er seinen Termin mit der Vorlage eines Müllkonzeptes nicht einhalten könne. Stadtrat Schieder: "Ich möchte offen sagen, daß ich meine Ankündigung im Wiener Gemeinderat am 21. Oktober ein Gesamtmüllkonzept vorzulegen nicht einhalten werde."

Vorschläge und Forderungen für ein längst überfälliges Gesamtmüllkonzept werden von der Österreichischen Volkspartei weiter verlangt.

Am 25. November gibt Stadtrat Schieder im Rahmen einer Mitteilung im Wiener Gemeinderat zum Müllkonzept nur bekannt, daß die offenen Fragen Rinter AG geprüft werden.

Am 6. Dezember informiert Schieder noch einmal über den Stand der Rinter-Verhandlungen und am 15. Dezember gibt er das endgültige Aus für Rinter.

Das ist der geschichtliche Ablauf zu all dem, was wir über Müll bisher gehört haben. Und nun fragen wir, was in dem neuen Müllkonzept, Abfallwirtschaftskonzept, wirklich drinnensteht.

Wir glauben, daß als Grundlage für jedes Konzept einmal klipp und klar dastehen muß, welcher Müll und wieviel Müll anfällt. Über diese Problematik sind wir uns nach den Darstellungen bis heute nicht im klaren. Wir haben verschiedene Schätzungen und wir wissen vor allem nicht Bescheid über die Zusammensetzung des Mülls, denn wir haben bei allen Versuchen immer wieder einen nächsten Versuch gestartet und festgestellt, daß der erste Versuch nicht stimmt.

Das zweite Problem ist der Transport. Das haben wir uns in finanzieller Hinsicht bereits beschafft.

Der dritte wesentliche Punkt ist, daß wir, erst wenn wir wissen, welcher Müll und wieviel anfällt, sagen können, wie und wo dieser Müll aufgearbeitet werden wird, ob er sortiert oder beseitigt und wieviel deponiert werden wird. Und diese Schritte der Feststellung des Mülls, der Art, der Menge und der Beseitigung, sind zwei Schritte, die voneinander abhängig sind. Und daher sind wir der Meinung, daß neben einem Gesamtkonzept eine ganz wesentliche Sache darin besteht, die schrittweise Verwirklichung darzustellen. Das heißt, wie will ich dieses Konzept schrittweise einer Lösung zuführen.

Hier glauben wir, daß die Beeinflussung und die Steuerung in erster Linie beim Haushalt beginnen muß. Und hier kann man nicht einfach nur sagen, die Menschen sollen, die Menschen werden und die Menschen können. Hier glaube ich - und da hat Herr Stadtrat Braun sicher etwas Richtiges gesagt -, müssen wir mit der Realität leben. Die zwei Fragen, die wir dem Haushalt zu stellen haben, sind die Müllvermeidung und die Vorsortierung. Wir haben hier beim Haushalt zu beginnen und uns die Frage zu stellen, wieweit die Bereitschaft der Bürger vorhanden ist, bei der Müllvermeidung und bei der Vorsortierung mitzumachen. Wir sind der Meinung, daß wir damit beginnen müßten einmal an die Bevölkerung heranzutreten und sie durch eine Volksbefragung zu befragen, um ihre

Bereitschaft zu stimulieren damit sie sagt: "Ja jetzt beginnt die Arbeit, wir sind bereit bei der Müllvermeidung mitzumachen." Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir die Menschen auffordern mitzumachen, dann müssen wir ihnen auch klar sagen, wie und wo sie das tun können.

Das Zweite ist eine gezielte Aufklärung. Herr Gemeinderat Pawkowicz hat gemeint, das wäre mit einem Medienkoffer in der Schule möglich. Meine Damen und Herren, das schaut sehr einfach aus. Der Medienkoffer nützt mir aber überhaupt nichts, genauso wie es mir nichts nützt wenn ich sage, die Menschen sollen Batterien sammeln, und wenn der Bürger dann nicht weiß wo er das tun soll. Ich glaube, wir überschätzen hier den Informationsstand unserer Bürger. Daß er sammeln soll, das sind Allgemeinplätze, mit denen wir überhaupt nichts anfangen und diese Allgemeinplätze stehen da drinnen. Wir wollen dezidiert wissen, wo und wann der Bürger diese Stoffe abgeben kann.

Ich glaube, daß auch die Presse sehr gerne einsteigen und mithelfen würde die Menschen aufzuklären und zu motivieren (Abg. Ing. Riedler: Das Konzept macht ja nicht der Bürger!), zu sagen, sie sollten mitmachen, da wir nun soweit sind. Nur können die Menschen das nicht, weil die Aktionen nicht dastehen, weil das Organisationsgeschehen nicht funktioniert. Wohin, bitte, sollen sich die Leute wenden? Haben Sie schon einmal einen Geschäftsmann der Batterien sammelt, gefragt, ob er weiß, wo er sie abgeben soll? Haben Sie schon einmal gefragt? (Abg. Outolny: Es gibt genug Informationen! Im Radio, Fernsehen und so weiter!) Was Sie hier machen ist einfach, daß Sie sich bei der Müllvermeidung einfach auf gesetzliche Maßnahmen berufen. Gesetzliche Maßnahmen sind bei der Müllvermeidung sicherlich eine wichtige Sache, am wichtigsten aber ist die Bereitschaft der Bürger, mitzumachen und ihnen entsprechende Angebote zu machen, damit sie diese Bereitschaft auch in die Tat umsetzen können. (Abg. Ing. Riedler: Wichtiger ist die Vermeidung!) Bitte schön, haben Sie jetzt zugehört, was ich gesagt habe? Die Bereitschaft der Menschen, den Müll zu vermeiden, ist eine wichtige Sache. Die Bereitschaft kann er nur umsetzen, wenn er weiß, wie er die Vermeidung durchführen kann. (Beifall bei der ÖVP.) Ich habe das Gefühl, Sie kommen aus dem Konzept überhaupt nicht hinaus, Sie wissen überhaupt nicht mehr, was sich draußen in der Bevölkerung abspielt und wie das vor sich geht. (Abg. Ing. Riedler: Vermeiden!)

Ein weiterer wesentlicher Punkt... (Abg. Rosa Heinz: Vermeiden!) Ich komme schon darauf! Ein weiterer wesentlicher Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch ein finanzieller Anreiz. Wenn der Herr Stadtrat Schieder bei der Bewältigung des Müllproblems angekündigt hat, daß die Bewältigung des Müllproblems nicht vonstatten gehen kann, ohne daß wir die Müllgebühr erhöhen, dann kann ich mir vorstellen, mit welcher Bereitschaft der Bürger dabei ist, hier mitzumachen. Die Bereitschaft wird dann vorhanden sein, wenn ich seinen guten Willen zu vermeiden und einzusparen auch belohne. Das ist eine wesentliche Frage. Ich kann das Problem nicht klären indem ich einfach höhere Gebühren mache, sondern ich muß sagen: Wenn Du bereit bist Müll zu vermeiden, wenn Du bereit bist Müll vorzusortieren, wenn Du eine Aufgabe für uns übernimmst, dann bekommst du einen finanziellen Anreiz. Und dieser finanzielle Anreiz kann sich nicht in der Erhöhung der Müllgebühren sondern nur in der Verringerung der Müllgebühren für alle jene auswirken, die unsere Aufgaben mitübernehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir verstehen die Erhöhung der Müllgebühren überhaupt nicht, solange wir an Müllgebühren viel mehr einnehmen, als wir tatsächlich in die Probleme der Müllbewältigung investieren. (Abg. Ing. Svoboda: Wieso?) Das habe ich im letzten Gemeinderatsausschuß auch gesagt. Ich will Ihnen die Zahlen jetzt nicht vorlegen, aber wir investieren bedeutend weniger in die Beseitigung des Mülls als wir heute von den Bürgern an Gebühren einheben. (Abg. Vejtisek: Was ist denn die Sanierung, wer zahlt das?) Beweisen Sie mir das Gegenteil! Kommen Sie heraus und sagen Sie mir die Zahlen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Abfallwirtschaftsgesetz (Abg. Ing. Svoboda: Das stimmt ja nicht, Herr Kollege Arthold!), dieses Abfallwirtschaftsgesetz enthält unserer Meinung nach... (Zwischenruf von Abg. Freinberger.) Sie kommen ja ohnehin nachher heraus. (Abg. Ing. Riedler: Wieso wissen Sie das?) Dieses Abfallwirtschaftskonzept enthält unserer Meinung nach nichts anderes als eine Problemsammlung, Probleme, die uns allen seit langem (Abg. Ing. Svoboda: Sie

wollen gar nichts anderes!) bewußt sind. Das was wir von einem Konzept (Abg. Vejtisek: Warum machen Sie es dann?) verlangen und was wir für das Um und Auf eines Konzeptes halten, das sind die konkreten Lösungsvorschläge. Konkrete Vorschläge in der Organisation, komplette konkrete Vorschläge in der Organisation, die gibt es hier überhaupt nicht. Bitte, wo gibt es die konkreten Vorschläge für die Problemstoffe? Sie haben immer wieder gesagt, ein wesentliches Kennzeichen bei der Einsammlung von Problemstoffen sei, daß die Einsammlungen regelmäßig durchgeführt werden. Der Bürger muß genau wissen, wann und wo eingesammelt wird. Und was gibt es? Die einzige Müllsonderaktion, die es gegeben hat, war unter Stadtrat Schieder, wo man für jeden, der hingegangen ist und eine Flasche bezahlt hat, 6.000 Schilling bezahlt hat. Das war die einzige. (Abg. Ing. Svoboda: Jeder Bezirk bekommt das!) Und Sie glauben, Herr Abg. Svoboda, daß ein Bürger hergehen wird und sein Pillenschachterl quer durch Favoriten führt, um es dort abzugeben. (Abg. Ing. Svoboda: Das braucht er auch nicht! Es gibt ja Apotheken, die nehmen es auch!) Das ist doch eine Illusion! Hier gehen Sie an der Realität vorbei. (Abg. Ing. Svoboda: Er braucht nur in die nächste Apotheke zu gehen!) Die Frage für uns ist, was dem Bürger zuzumuten ist. Quer durch Favoriten zu fahren um ein Pillenschachterl abzugeben, das er nicht mehr braucht, das ist eine Unrealität, die hier in diesem Konzept enthalten ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Das zweite, was wir von einem solchen Konzept verlangen, ist ein Zeitplan, wie sich die Organisation abspielt, und das dritte ist natürlich eine finanzielle... (Abg. Ing. Riedler: Das steht drin!) Ich weiß nicht, was Sie hier herauslesen, Sie können wahrscheinlich zwischen den Zeilen lesen. Als gelernter Journalist kann man das, das herauszulesen, was nicht drinnen steht. Ich kann das nicht. Ich kann nur sagen, was hier schwarz auf weiß drinnensteht. (Abg. Ing. Riedler: Haben Sie schon geschaut, vielleicht haben Sie nur die Hälfte bekommen! - Abg. Ing. Worm: Das darf nicht wahr sein!)

Die Vorsortierung ist sicherlich im Haushalt am effektivsten durchzuführen. Und hier stellt sich nun wirklich die Frage, was ich den Bürgern zumuten kann. Wir alle kennen die Versuche im 19. und im 20. Bezirk. Wir haben dort eine ganze Reihe von Tonnen aufgestellt. Anstatt hier hinauszugehen und einfach zu behaupten, daß das der große Erfolg ist, sollte man wieder realistischer beurteilen. Ich habe mir diese Tonnen wiederholt angeschaut. Daran wie das dort tatsächlich funktioniert, kann ich die Realität erkennen. Papier wird aussortiert, Glas wird aussortiert, bei allen übrigen Stoffen gibt es Probleme. Es gibt kaum Tonnen, die wirklich ordentlich durchsortiert sind. Das heißt, die Zumutbarkeit für den Bürger besteht in der Sortierung von Papier, von Glas, und daß wir mit viel Aufklärung und mit viel Mühe eventuell die Giftstoffe herausbekommen.

Wir haben schon vor Jahren eine schrittweise Organisation vorgeschlagen, die längst stehen könnte. Wir wollten zuerst ein Jahr der Papiersammlung, damit diese Organisation steht. Der Herr Stadtrat hat heute schon gesagt, daß wir 500.000 Tonnen importieren. Bitte, wie schaut es mit der Papiersammlung in Wien aus? Die funktioniert heute so schlecht, wie sie vor drei und vor fünf Jahren funktioniert hat. (Abg. Lustig: Das ist nicht wahr! Das stimmt nicht!) Es ist überhaupt nichts in der Organisation unternommen worden. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben... (Zwischenruf bei der SPÖ.) Bitte, dann gehen Sie ja auch nicht durch die Häuser! Das Problem der Papiersammlung besteht darin, daß nicht festgelegt ist, daß die Abholung an bestimmten Tagen erfolgt. Die Menschen sind halt nicht bereit, das Papier endlos in den Vorhäusern zu lagern und dort einen Mist zu haben, wenn sie nicht wissen, wann es abgeholt wird. Wenn dort genau steht, am soundsovielten, an dem und dem wird das abgeholt, dann werden die Leute das Altpapier dort hinlegen. Diese primitivste und einfachste Organisation, die möglich ist, funktioniert überhaupt nicht. Ich meine, es ist ja traurig, wenn wir heute noch immer 500.000 Tonnen Altpapier einführen, das in deutschen Städten gesammelt wird und dafür unsere Devisen ausgeben, weil wir selber nicht imstande sind, eine Organisation aufzustellen.

Das zweite was nicht funktioniert ist die Glassammlung. Seit Jahren haben wir darauf hingewiesen, daß die Glassammlung an der Dichte der Container scheitert. Sie sind zuwenig dicht aufgestellt. Das hat seine Ursache darin, daß keiner den Glascontainer vor der Türe haben will, weil er

laut ist. Es gibt in ganz Europa lärmgedämpfte Glascontainer. Wir haben uns bis heute nicht entschieden, diese Glascontainer in Wien einzuführen. Versuchsweise haben wir sie noch immer im 20. und im 19. Bezirk. Wozu, bitte, diesen Versuch, wenn es in ganz Europa funktioniert? Nur in Wien funktioniert das nicht! Das sind Schritte, die wir längst hätten durchführen können.

Ein weiteres Problem ist, wieviel man dem Bürger an Zeitaufwand zumuten kann. Und hier sind wir bei dem Problem: Wieweit kann ich einem Bürger zumuten, mit seinem Müll oder seinem Giftstoff, den er zur Verfügung hat, durch die Stadt zu schicken und das abzugeben? Bisher gibt es keine befriedigenden organisatorischen Maßnahmen in dieser Hinsicht. Ich habe heute vom Herrn Stadtrat gehört, daß es sogenannte Biotonnen gibt. Ich habe aber bis jetzt nur festgestellt, daß am Stadtrand sehr viele Container abgezogen wurden und die Leute nun herumirren und nicht wissen, wo sie ihr Laub hingeben sollen. Das hätte ich also ganz gern gewußt. Ich bin sehr interessiert, finde das aber nicht heraus. Ich frage mich, wie die Bürger in unserer Stadt das herausbringen. Es gibt ja noch andere Gebiete außer Schrebergärten wo auch Laub anfällt.

Wir glauben, erst wenn dieser erste Schritt der Organisation getan ist, nämlich die Vorsortierung mit Hilfe der Bevölkerung und die Müllvermeidung mit Hilfe der Bevölkerung, dann können wir endlich weitere Maßnahmen setzen. Aber diese Dinge müssen erst einmal greifen. Und damit sie greifen, brauchen wir seriöse Zahlen. Und diese Zahlen der Müllaufarbeitung, Kollege Svoboda, sind deshalb nicht seriös (Abg. Ing. Svoboda: Das ist ja ungeheuerlich!), weil Sie bis heute mit 20 bis 25 Prozent Müllvermeidung kalkulieren. Sie wissen aber nicht ob Sie die Bevölkerung dazu bringen, nur 1 Prozent Müll zu vermeiden oder 20 Prozent. Und solange Sie nicht wissen, in welchem Ausmaß die Menschen bereit sind, Müll zu vermeiden, Müll vorzusortieren, haben Sie auch keine Chance auf ordentliche Zahlen, mit denen Sie operieren können, was Sie an Müll aufarbeiten können. (Abg. Ing. Svoboda das "Konzept-Buch" vorzeigend: Dann wäre das nicht gewesen!) Oder scheint Ihnen das unlogisch zu sein, daß Sie das von vornherein nie festlegen können, weil Sie diese Vorstufe noch nicht fixieren können, weil Sie noch nicht organisiert haben, weil Sie die Folgezahlen einfach nicht abschätzen können, weil Sie hier mit falschen Zahlen operieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren. An diesem Müllkonzept sind bisher vier Stadträte in acht Jahren gescheitert. Ich möchte nicht sagen, daß hier Veleta, Nittel, Schieder und Braun gescheitert sind. Nachdem das über Jahre geht, glaube ich, daß diese Vorlage heute ohne konkrete Maßnahmen nur auf eine Problemendarstellung hinarbeiten ohne konkrete organisatorische Lösungen, ohne Vorschläge, wie es zu finanzieren ist, an und für sich ein Versagen der gesamten SPÖ darstellt. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Hahn: Als nächster Redner ist Landtagsabgeordneter Freinberger zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Freinberger: Herr Präsident! Herr Stadtrat! Hoher Landtag! Ich glaube, daß es keine bessere Gelegenheit gibt dem Wiener Landtag das Wiener Abfallwirtschaftskonzept vorzulegen als heute, wo wir doch ein Gesetz beschließen, mit dem das Müllabfuhrgesetz 1965 geändert und dem heutigen Stand angepaßt wird. Für dieses wirklich umfassende und bis ins kleinste Detail gehende Konzept sollten wir allen damit befaßten Dienststellen, allen Fachleuten, aber auch dem Herrn Amtsführenden Stadtrat sehr herzlich danken. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte jetzt einige Dinge, die Herr Kollege Arthold und Herr Kollege Pawkowicz aufgeworfen haben, doch ins rechte Licht rücken. (Abg. Dr. Peter Mayr: Brav, brav!) Es wird zweifelsohne nicht möglich sein, dies bei allem zu tun, aber es wird zweifelsohne heute Nachmittag noch Gelegenheit sein, sich im Gemeinderat über eines unserer Lieblingsthemen, die Deponie Rautenweg, zu unterhalten, so daß wir das jetzt, glaube ich, ein bißchen ausklammern können.

Herr Kollege Arthold, wenn Sie sagen, daß dieses Konzept nicht im Ausschuß, im Ausschuß Umwelt und Bürgerdienst war, dann muß ich Ihnen zustimmen. Dieses Konzept war natürlich nicht im Ausschuß und auch unsere Fraktion hat es erst jetzt bekommen. Was wir aber sehr lange schon bekommen haben und was wir im Ausschuß sehr oft und sehr eingehend diskutiert haben - ich weiß

nicht, was Sie da gemacht haben (Abg. Dr. Peter Mayr: Und das lassen Sie sich gefallen?) -, das waren die verschiedenen Einzelmaßnahmen. Wir haben doch die ganzen Maßnahmen, die hier drinnen sind, bereits gekannt, und Sie selbst haben in einer anderen Passage Ihrer Rede gesagt, daß Ihnen das alles bekannt ist. (Abg. Arthold: Das hat Veleta schon gesagt!) Sicher ist Ihnen alles bekannt, Herr Arthold! Aber bitte, Sie können doch jetzt nicht sagen, daß Sie das einerseits gekannt haben, und andererseits versteifen Sie sich auf dieses Papier, ich möchte fast schon sagen Buch, das auch uns heute erstmals vorgelegt wird. Aber die Einzelmaßnahmen und das ganze Konzept kann doch für Sie als stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt und Bürgerdienst nichts Neues sein. (Abg. Arthold: Stellen Sie sich vor, da wäre etwas Neues dringengestanden und ich hätte es nicht einmal erkannt!) Ich werde Ihnen noch beweisen, daß da sehr wohl einiges Neues drinnensteht, Herr Kollege Arthold. Schauen Sie, Sie haben behauptet, dieses Konzept unterscheide sich vom alten Müll- oder Abfallkonzept 1984 nicht sehr wesentlich. Ich habe hier das alte Konzept. Das hat sechs Seiten. Dieses neue Konzept... (Abg. Arthold: Das ist drinnen! - Gelächter bei der ÖVP.) Na, kommen Sie! Das Lachen wird Ihnen noch vergehen. Dieses neue Konzept hat nicht, wie Sie behauptet haben, 38 sondern 40 Seiten. Und wenn Sie die letzten zwei Seiten gelesen hätten, Herr Kollege Arthold - aber Sie haben ja gesagt, es hätte nur 38 Seiten -, dann hätten Sie eine Ihrer Behauptungen nicht aufstellen können, nämlich daß man sich hier nicht mit dem Ist-Zustand, mit der Weiterentwicklung und damit was mit dem Müll geschehen soll, beschäftigt hätte. (Abg. Arthold: Sehen Sie, das habe ich mir angesehen. Da fehlt etwas zwischen den beiden Seiten!) Offensichtlich nicht. Denn sonst könnten Sie so etwas nicht behaupten. Herr Kollege Arthold, wir haben da einen Spezialisten für Zahlen, und wenn Sie sagen, die Zahlen stimmen nicht überein, so stimmen sie doch überein, nur müssen Sie halt die gleichen Begriffe nehmen, denn Müll ist nicht gleich Abfall und Abfall ist nicht gleich Müll. (Abg. Arthold: Aha!) Und daß da andere Zahlen herauskommen, ist, glaube ich, nur zu verständlich. Und wenn Sie das dann hier behaupten, dann, glaube ich, muß man dem wirklich ganz eindeutig widersprechen.

Ja, und jetzt noch einige Sätze, weil das heute sehr oft angeklungen ist. Wir werden es heute sicher nicht ausdiskutieren und wir haben in diesem Haus doch schon Stunden über die Rinter AG und über die Wiederverwertung, die wir jetzt dort durchführen wollen, diskutiert. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte hier noch einmal mit aller Deutlichkeit feststellen: Dieses Projekt Rinter AG war ein Versuch, eine private Firma bei der Lösung eines kommunalen Problems einzubinden. Dieser Versuch ist gescheitert. Sehr viele von uns waren von Haus aus ohnedies skeptisch, aber wir haben es versucht. (Abg. Dr. Hirnschall: Aber Sie waren nicht skeptisch! Ich vielleicht, aber die SPÖ war nicht skeptisch, Sie sind international aufgetreten und haben eine riesige Blamage erlitten!) Herr Kollege Hirnschall, wir waren nur verschiedener Meinung. Sie haben gleichzeitig mit diesem Projekt die Wiederverwertung in Frage gestellt. Wir haben uns dazu bekannt und dann dazu durchgerungen, eine private Firma damit zu beschäftigen. Das war offensichtlich ein Fehler. (Abg. Ing. Worm: Sie beschäftigen ja schon wieder eine private Firma!) Das geben wir heute auch gerne zu. Nur eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie immer wieder Zahlen in den Raum stellen, welchen Verlust die Stadt Wien durch dieses Rinter-Projekt gehabt hätte, dann muß ich Ihnen dazu sagen, daß diese Zahlen nicht einmal annähernd stimmen. (Abg. Arthold: Die sind mehr!) Sie wissen ganz genau, daß das einzige, was die Stadt Wien dort an Verlust gehabt hat war, daß wir für den Müll, der letzten Endes nicht verwertet wurde, etwas bezahlt haben. Aber diese Summe war im Vergleich zu den Summen, die sehr oft verwendet werden, eher lächerlich. (Abg. Dr. Hirnschall: 100 Millionen waren es! Das ist nicht lächerlich!) Herr Kollege Hirnschall, wir haben dort nie für 100 Millionen Schilling Müll angeliefert. (Abg. Ing. Worm: 105 Millionen sogar! - Abg. Dr. Hirnschall: Sie haben doch Monat für Monat angefordert!) Diese Zahlen haben ganz sicher nichts mit einem Milliardenkandal, wie Sie ihn immer wieder gerne haben würden, zu tun. Aber wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben natürlich auch gelernt und es wird bei uns ganz sicher sehr genau überprüft werden, bevor wir so etwas noch einmal riskieren, daß wir (Abg. Ing. Worm: Fischer

wäre froh, die zu haben!) eine private Firma mit so etwas... (Abg. Arthold: Sie haben schon riskiert! Haben Sie vergessen, daß Sie es schon gekauft haben?) Ja, die Stadt Wien hat das Rinterzelt gekauft, na und? (Abg. Arthold: Haben wir gekauft oder nicht? Ist das kein Risiko?) Nein, für uns nicht, Herr Kollege Arthold. Wir haben schon in einer der letzten Sitzungen über diesen Vertrag diskutiert, aber da haben Sie offensichtlich nicht aufgepaßt oder nicht zugehört. (Abg. Arthold: Erklären Sie kein Risiko!) Sie können sich ja diesen Vertrag noch einmal anschauen, das wird Ihnen nicht schwerfallen. Ich glaube Herr Kollege Worm hat damals dazu gesprochen und hat die Firma Graz-Andritz so ungefähr als das Letzte behandelt, wie man eine Österreichische Firma nur behandeln kann.

Ich möchte jedoch jetzt, bevor ich noch weiter zum Abfallwirtschaftskonzept spreche, gemeinsam mit meinen Kollegen Ing. Riedler und Kneidinger, einen Abänderungsantrag zum Müllbeseitigungsgesetz einbringen. Dieser Antrag soll verhindern, daß die Abgabepflichtigen, welche die seit kurzem in Verwendung stehenden 240 Liter Gefäße benutzen, schlechter gestellt sind als die Benutzer der 220 Liter Gefäße. Zweitens soll die Meldepflicht für bereits installierte Müllverdichter, derzeit vorgesehen bis 31. Dezember 1985, insofern geändert werden, als der Liegenschaftseigentümer bis zum Letzten des der Kundmachung dieses Gesetzes folgenden Monats Zeit hat, dies dem Magistrat zu melden.

Ich bitte, diesem Abänderungsantrag Ihre Zustimmung zu geben.

Und nun noch einiges zum Abfallwirtschaftskonzept, wobei ich feststellen möchte, daß wir Nachmittag noch Gelegenheit haben werden, zu einigen dieser Dinge zu sprechen. Ich möchte dieser Diskussion nicht vorgreifen, wir werden ja, wie gesagt, das nachholen können.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Herr Stadtrat Fürst dieses Konzept in einer Pressekonferenz am 21. Oktober als dürrtigen Zwischenbericht bezeichnet hat, dann hat er es entweder noch nicht gelesen (Abg. Ing. Worm: Er konnte ja nicht, er hat sie ja noch nicht gehabt!) Na gut, wieso bezeichnen Sie es dann, noch bevor Sie es haben, schon als dürrtigen Zwischenbericht? Sie sind ein Hellseher, Herr Stadtrat Fürst! (StR. Fürst: Ich habe sie zu diesem Zeitpunkt schon gehabt!) Sie haben es gehabt? Na also, was ist jetzt, entweder Sie haben es nicht gehabt (Abg. Arthold: Er hat nicht gesagt, daß er sie nicht gehabt hat, der Herr Ing. Worm hat sie nicht gehabt!) dann können Sie es nicht als dürrtigen Zwischenbericht bezeichnen oder Sie haben es gehabt, dann können Sie jetzt jedoch nicht sagen, Sie hätten es nicht gehabt. Was ist jetzt? (StR. Fürst: Ich habe sie gehabt!) Sie haben doch gerade gesagt, Sie haben es nicht gehabt, Herr Kollege Fürst, Sie müssen sich durchringen entweder zuzugeben, daß Sie es gehabt haben, oder... (Abg. Arthold: Herr Ing. Worm hat sie noch nicht gehabt! - Abg. Edlinger: Das ist aber ihr Problem! - Abg. Arthold: Das ist ihr Demokratieverständnis?) Verzeihung, Entschuldigung, dann habe ich ausnahmsweise den Herrn Fürst einmal... Aber Sie müssen die Zwischenrufe genau auseinanderhalten. (Abg. Dr. Petrik: Das ist wohl der größte Unsinn, den man hier in diesem Haus sagen kann! - Abg. Schmidtmeier: Das Wort Unsinn paßt sicher nicht zum Stil des Landtags!) Auf alle Fälle, dieses Konzept als dürrtigen Zwischenbericht zu bezeichnen, ist, glaube ich, sicherlich nicht die Bezeichnung, die dieses Werk verdient.

Daß dieses Konzept noch einige Male verbessert oder geändert werden muß, das ist uns vollkommen klar. Nicht daß Sie dann kommen und sagen, daß wir es jedes Jahr verbessern. Aber daß wir mit diesem Konzept die Probleme der Millionenstadt Wien in den Griff bekommen werden, da können Sie sicher sein. Wir werden mit diesem Konzept die Probleme besser in den Griff bekommen. Wir haben sie ja zum Teil schon besser im Griff als jede vergleichbare Großstadt, ich möchte fast sagen, wir haben sie besser im Griff als so mancher Dorfbürgermeister.

Wir haben natürlich nicht mit einem Beifallssturm von der Wiener ÖVP gerechnet, aber ein Mindestmaß an Fairneß und konstruktive Kritik sollte man von einer Partei, die in ihrer Propaganda immer wieder behauptet "Pro Wien" zu sein, schon erwarten.

Ich habe hier einen Zettel über eine Pressekonferenz des Herrn Stadtrates Fürst, wo er nach

einem Jahr SPÖ-Ankündigungen dann sagt: "Rautenweg: Sickerwasser im Grundwasser nachgewiesen. Weiterhin monatlich 5.000 Tonnen giftiger Sonderabfall auf der undichten Deponie. Auch für Gift aus Flötzersteig, Rauchgaswäsche, noch keine gesetzmäßige Deponie vorhanden. Der für heuer versprochene Baubeginn der Sanierung für EBS und Hauptkläranlage nicht mehr möglich. Trinkwasser - Spitzenbedarfsdeckung durch aktuelle Grundwassersituation gefährdet." Wir werden noch Gelegenheit haben heute auch dazu zu reden, Herr Kollege Fürst. - "Desolates Kanalnetz, noch kein Sanierungskonzept. Statt Müllkonzept düftiger Zwischenbericht" - und dann auch noch - "Der Wienerwaldverfassungsschutz bringt statt Maßnahmen nur Verhandlungen."

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wenn man hier alle diese Behauptungen des Herrn Kollegen Fürst einzeln wirklich detailliert widerlegt, dann braucht man dazu sehr lange. Aber, aus diesem Papier zeigt sich Ihre Gesinnung, Herr Kollege Fürst, denn was hier an unrichtigen Behauptungen aufgestellt wird, das ist ganz einfach eine Katastrophe. Herr Kollege Fürst, für dieses Papier sollten Sie sich eigentlich schämen!

Es paßt natürlich zur Vorkatastrophentheorie der ÖVP. Diese Dramatisierung von Sachproblemen über alle Maßen hat in der Wiener ÖVP bereits Tradition. Ich erinnere mich, daß Sie vor einigen Jahren in Wien von der Gaszeitbombe und von der Stadtbahn fürchterliche Dinge vorausgesagt haben. Nichts ist eingetroffen. Man kann dies beliebig fortsetzen, von der Donauinsel bis zur Wasserversorgung und so weiter und so weiter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Ziel dieses Wiener Abfallwirtschaftskonzeptes ist es, vom Beseitigen, und zwar vom Beseitigen bei möglichst geringer Belastung der Umwelt, zum Vermeiden, zum Wiederverwerten von Abfällen zu gelangen. Dies hat auch Kollege Arthold herausgelesen und das ist richtig. Es ist notwendig, weil einerseits die Deponieflächen immer knapper werden und weil andererseits mögliche Deponiestandorte zum Teil durch die in der Nähe wohnende Bevölkerung, zum Teil aber auch durch Politiker, die sich vor einer Gesamtverantwortung drücken, nicht mehr gefunden werden können.

Der mündige und denkende Bürger, der die Notwendigkeit des Umweltschutzes erkannt hat, ist auch bereit, selbst aktive Umweltschutzhandlungen zu setzen. Es ist notwendig und richtig, diese Bereitschaft zu fördern und auch auszunützen. Der umweltbewußte Mensch ist bereit bei Müllvermeidung, Müllsortierung und auch bei der Beseitigung von Sondermüll mitzumachen.

Und nun einige Schwerpunkte zu diesem Abfallwirtschaftskonzept. Unbestritten ist, daß durch die lange Jahre hindurch propagierte Konsumfreudigkeit eine enorme Verschwendung von Rohstoffen stattfand. Hand in Hand damit ging ein ständiges Steigen des Müllaufkommens. 620.000 Tonnen oder 400 Kilogramm Müll pro Wienerin und Wiener waren im Jahr 1984 zu entsorgen. Da sind Klärschlamm, Sonderabfälle, Bauschutt und so weiter noch gar nicht dabei. Eine abfallfreie Gesellschaft ist natürlich nicht zu erreichen, jedoch muß auf allen Ebenen eine Verringerung des Müllberges erreicht werden, in erster Linie durch Müllvermeidung, in zweiter Linie durch Abfallverwertung, durch die Gewinnung von Sekundärrohstoffen und durch direkte energetische Verwertung.

Es geschieht bereits sehr viel in Wien. Die Ausweitung der erfolgreichen Planquadrataktion auf den gesamten 19. und 20. Bezirk sowie auf die Per-Albin-Hansson-Siedlung-Ost Anfang 1986 ist eingeleitet. Problemstoffsammelstellen gibt es in jedem Bezirk. Sicherlich wäre es noch schöner, wenn wir mehr hätten, um eine möglichst vollständige Entgiftung des Hausmülls zu erreichen.

Die Rauchgaswäsche für die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, die Einleitung in den Fernwärmeverband, dadurch Stilllegung einiger umweltbelastender alter Kessel in einzelnen Spitälern, ist fertig. Es gibt bereits den weißen Rauch bei der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig.

Die Rauchgaswäsche für das Fernwärmewerk Spittelau wird nächstes Jahr in Betrieb gehen.

Und jetzt die Müllvorsortieranlage im Rinter-Zelt, mit der das verwertbare Altmaterial und Altstoffenergieträger aus dem Müll herausgeholt werden. Diese Vorsortierungsanlage soll im Oktober 1986 fertiggestellt und, wenn sie funktioniert, das ist nämlich Bestandteil in diesem Vertrag, im

Dezember 1986 von der Magistratsabteilung 48 übernommen werden. Es wird dann auf die Deponie Rautenweg nur mehr vorsortierter Müll kommen. Durch diese Maßnahmen zur Müllvermeidung und Müllverwertung wird die Deponierung für einen längeren Zeitraum möglich sein. Derzeit rechnen wir mit zehn bis zwölf Jahren. Wenn alle diese Maßnahmen Erfolg haben, könnte die Nutzungsdauer auf zwanzig Jahre erstreckt werden.

Die Sanierung der Deponie Rautenweg werden wir noch heute nachmittag behandeln, auch über die Sanierung der EBS werden wir heute noch Gelegenheit haben, zu sprechen.

Eine weitere Wiener Initiative, nämlich die Errichtung einer dringend benötigten Sonderabfalldeponie in Österreich möchten wir Sie bitten, meine Damen und Herren von der ÖVP, zu unterstützen, damit es uns möglich ist, in der Nähe Wiens so eine Gelegenheit zu finden.

Und jetzt zur Erleichterung bei der die Forcierung der Entwicklung von teilweise bereits geschaffenen Einrichtungen und zur getrennten Sammlung von Altstoffen im Haushalt, aber auch im Gewerbe- und Industriebereich. Hier haben Kollege Pawkowicz und Kollege Arthold urgiert, daß die Altbatteriensammlung und die Leuchtstoffröhrensammlung keinen Sinn haben, wenn man nicht weiß, was damit geschieht. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz: Das habe ich nicht gesagt!) Auf Seite 23 und 24 dieses Abfallkonzeptes steht sehr viel dazu!

In der Bundesrepublik gibt es bereits so eine Anlage, die Verwertung... (Abg. Arthold: Bitte was tut der Bürger, der Leuchtstoffröhren hat, mit dem Wissen, das sie uns dargelegt haben?) Wart, wart, wart, langsam! In der Bundesrepublik gibt es bereits so eine Anlage, und Sie werden sicher wissen, Herr Kollege Pawkowicz, daß sich auch die VOEST bereits damit beschäftigt und eine Versuchsanlage installiert hat, die wirklich Anlaß zur Hoffnung gibt, daß auch mit dieser Anlage der VOEST in absehbarer Zeit diese Stoffe entsorgt werden können, beziehungsweise daß wir dann das Quecksilber aus den Batterien und aus den Leuchtröhren zurückbekommen. (Abg. Arthold: Das wollte ich nur wissen!) Herr Kollege Arthold! Sie wissen ganz genau, daß wir nicht zu jedem Bürger einen Müllwagen schicken können, um eine Leuchtstoffröhre abzuholen! Sie wissen auch ganz genau, daß wir uns bemühen, mehr Sammelstellen für solche Problemstoffe zu finden. Aber Sie wissen auch ganz genau, daß es wichtig ist, in erster Linie gewerbliche Großverbraucher, die viele solcher Röhren oder Batterien brauchen beziehungsweise auch kommunale Stellen - denn Leuchtstoffröhren gibt es ja bekanntlich zur Straßenbeleuchtung - einmal miteinzubinden, denn das ist das gefährliche.

Natürlich werden wir uns auch weiter bemühen, die Sammelstellen für Problemstoffe in den einzelnen Bezirken zu vermehren, aber so wie Sie es sich vorstellen, kann man das natürlich nicht machen. Ich möchte aber auch noch einmal darauf hinweisen, daß man hier sehr wohl auch das Verursacherprinzip nicht vergessen darf und daß wir sehr wohl verlangen müssen, daß Firmen, die solche Stoffe erzeugen und in den Handel bringen, ihren Teil dazu tun, ihren Beitrag dazu leisten, daß man diese Stoffe wiederum entsorgen kann. (Abg. Arthold: Ich hätte gerne gewußt, worin das Bemühen besteht - da steige ich nicht herunter -, das ist keine Organisationsform, die sie den Bürgern anbieten, das ist ein Konzept!) Die von Ihnen belächelte Aktion - ich muß jetzt nachschauen, es steht drinnen. (StR. Fürst: Nichts steht drinnen!) Herr Kollege Arthold, aus dieser von Ihnen belächelten Sondermüllsammelaktion vor zwei Jahren haben wir sehr wertvolle Erkenntnisse gewonnen. Wir werden sicherlich nicht nur diese Aktionen wiederholen... (Abg. Dr. Petrik: Welche Erkenntnisse haben Sie aus der Sondermüllaktion gezogen?) Die Sondermüllsammelaktion, über die Sie hier - ich möchte nicht sagen - gelästert haben, war ein ganz ausgezeichneter Erfolg (Beifall bei der SPÖ.) und wir werden versuchen, nicht nur diese Aktion zu wiederholen, sondern auch in den einzelnen Bezirken mehr Sammelstellen zu haben. Es gibt aber derzeit in ganz Wien, in jedem Bezirk, zumindest eine derartige Sammelstelle. (Abg. Arthold: Man soll dem Bürger sagen, was er tun soll!) Und noch einmal Herr Kollege Arthold, was Sie immer mit dem berühmten Schachterln Pillen tun! Soll die Stadt Wien dieses Schachterln Pillen von irgendjemandem abholen? Ich glaube, der Bürger sollte sich schon bemühen, das hinzubringen. Sie reden doch sonst immer soviel von privater Initia-

tive, nur, wenn es darum geht, daß die Stadt Wien Ihrer Meinung nach, irgendwas, erledigen kann, dann vergessen Sie die Privatinitiative und schieben alles auf die Stadt Wien. Meine sehr geehrten Damen und Herren, da trennt uns halt sehr vieles, denn Sie wollen alle Lasten der Öffentlichkeit aufbürden und allen Nutzen in private Hände bringen. (Abg. Dr. Petrik: Ihre Rede ist peinlich!)

Das Wiener Abfallwirtschaftskonzept, meine sehr geehrten Damen und Herren, liegt nun vor uns, ein Konzept, welches durch seinen Umfang und Inhalt beweist, wie ernst man in Wien das Abfall- und Müllproblem nimmt. Wir werden sicherlich noch öfters Gelegenheit haben, über dieses Konzept zu diskutieren, denn, wie gesagt, die meisten - da gebe ich Ihnen Recht, Herr Kollege Arthold - haben das erst heute bekommen. Aber wir werden uns noch sehr oft darüber unterhalten und wir werden ganz sicher noch einer Meinung sein, daß dieses Konzept ein gutes ist, wenn es auch notwendig sein wird, es im Laufe der Zeit immer wieder zu verbessern. Es wird sicher immer überarbeitet und auf den letzten Stand gebracht werden und ich warte eigentlich schon, daß Sie uns den Vorwurf machen, im Konzept 1985 hätten wir das geschrieben und 1987 oder 1988 meinen wir ganz etwas anderes. Natürlich wird das bei einzelnen Dingen vorkommen, denn die Technik und die Entwicklung bleiben ja nicht stehen und wir werden ganz sicher noch einiges hier zur Kenntnis nehmen müssen.

Wir Sozialisten werden bei unserer Arbeit für Wien dieses Abfallwirtschaftskonzept sicher gerne und oft verwenden und meine Fraktion wird natürlich auch dem Müllbeseitigungsgesetz, welches wir jetzt beschließen werden, gerne ihre Zustimmung erteilen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Hahn: Als nächster Redner ist der Abg. Ing. Worm zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Worm: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stehe noch tief im Eindruck der wirklich außerordentlichen Rede des Kollegen Freinberger. Wenn ich den letzten Gedanken, den er aufgegriffen hat, weiterspinne, so würde das bedeuten, daß sich um den Sonderabfall jeder Bürger selber kümmern soll, und genau das steht aber nicht in dem Konzept drinnen. (Abg. Edlinger: Ihr könnt nicht lesen, das steht alles da drinnen!) Herr Kollege Freinberger, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß das nur dadurch erklärbar ist, daß Sie dieses Papier auch noch nicht in der Hand hatten, so wie wir, und es daher auch noch nicht kennen können. (Beifall bei der ÖVP.) - (Abg. Freinberger: Das habe ich auch nicht gesagt!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in das Konzept einsteigen. Ich lese hier, daß die Verwertung des Mülls eines der Kriterien ist. Ich lese hier seitenweise Begriffsbestimmungen, ich stoße bis zum Rautenweg vor und komme nun zu meinem eigentlichen Hauptthema, zu den Entsorgungsbetrieben Simmering, und lese hier... Meine Damen und Herren, entschuldigen Sie, ich habe irrtümlich das Veleta-Papier aus dem Jahre 1982 zitiert. Ich bitte um Verständnis dafür, daß bei der großen Zahl an Müllkonzepten, die bislang allesamt das gleiche enthalten und fast dasselbe versprechen, dieser Irrtum von mir kein Wunder ist. Ich glaube, es wäre angebracht, den Inhalt dieser Papiere nicht nach der Effizienz sondern nach der literarischen Qualität zu beurteilen, gewissermaßen ein literarisch, künstlerisch kommunales Opus.

Unter diesem Aspekt, meine Damen und Herren, hängt mein Herz in der Tat ganz besonders an diesem Veleta-Papier, weil es in der Tat nicht durch hochgestochenen Intellekt verzerrt sondern durch eine geradezu bezaubernde Schlichtheit der Sprache (Zwischenrufe bei der SPÖ.) Alfons Petzold möge mir das bitte verzeihen (Beifall bei der ÖVP.), aber sozusagen im Stile eines Alfons Petzold an mein Herz greift. Josef Veleta, meine Damen und Herren, hat am 17. November 1982 mit diesem rührenden Werk ein Büchlein von geradezu zeitloser Schönheit hinterlassen, das an dieser Stelle literarisch gewürdigt werden muß.

Meine Damen und Herren, ich komme zum nächsten Papier: Abfallkonzept Wien 1984 von Universitätsdozent Dr. Gerhard Vogel. Sie wissen, darin steht, man solle möglichst viel sortieren, nämlich viel mehr als heute gewollt und gewünscht wird. Man soll möglichst viel separieren! Wir haben ja einen diesbezüglichen Erfolg schon im Planquadrat verzeichnet. Meine Damen und Herren, dieses

Papier wiederum überzeugt weniger durch die Wucht der sprachlichen Expression sondern mehr durch die Wucht fulminanter Darstellung. Ich verweise auf die Seite 13, wo in der Tat, meine Damen und Herren, ein Blümlein aufgezeichnet ist, ein vierblättriges Kleeblatt vielleicht, Biomüll in Zukunft, eine Blumendarstellung, eine Darstellung, wie ich sie in keinem der bisherigen Papiere fand. Meine Damen und Herren, vom künstlerischen Standpunkt ist das Vogel-Papier in der Tat einzigartig.

Ich habe hier, ebenfalls aus dem Jahr 1982, das sogenannte Rinter-Konzept, unweltfeindlich eingepackt in Plastikpapier. Meine Damen und Herren, darin steht, daß die einzige Rettung des Rinter-Zeltes, des damals bereits niedergegangenen Rinter-Zeltes, die BRAM-Erzeugung ist und zwar nur die BRAM-Erzeugung und nichts anderes. Sie alle und vor allem Sie, Herr Freinberger, haben uns immer wieder erklärt, warum man BRAM nur im Rinter-Zelt erzeugen kann. Und da muß ich sagen, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir diesen Vergleich, diese Literatur hält der wilden Frische von Limonen statt, literarischer Naturalismus, der sich tief hinein in die Seelen der Kommunalpolitiker wühlt. Der flammende Appell, meine Damen und Herren, Wien kann ohne BRAM fürder nicht mehr sein, läßt mich heute noch wohligh erschauern.

Meine Damen und Herren, erschauern muß ich indessen auch, wenn ich heute in der Konzeption des Herrn Stadtrates, auf die ich noch kommen werde, lese, daß im Rinter-Zelt nunmehr Leuchtstoffröhren rezipiert werden sollen. Herr Stadtrat, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß vor wenigen Monaten, als wir an dieser Stelle das Rinter-Zelt gekauft haben, nicht mit unserer, aber mit Ihrer Zustimmung, da von Leuchtstoffröhren überhaupt nichts drinnen stand. Dies kam, sozusagen überraschend, in das Papier hinein. (LhptmStV. Dr. Busek: Vielleicht ist ihm eine Leuchtstoffröhre aufgegangen?)

Meine Damen und Herren, hier in der Rechten halte ich das Schieder-Konzept. Meine Damen und Herren, das ist jenes Papier, das ich mehrfach in der Literatur erwähnt finde, in den Rezensionen. Schieder rezensiert sich selbst, schreibt über sich selbst und erwähnt immer wieder sein Müllkonzept. Das ist Geisterliteratur, ein besonders gerne gelesener Teil der Literatur, und wenn ich hier beispielsweise die hochgestochene Zeitung "wien aktuell magazin" habe und darin einen sehr brauchbaren Artikel mit dem Titel: "Die sanierte Deponie Rautenweg", finde - der Artikel stammt aus dem Juni 1984 -, dann wissen Sie, was ich unter dem Begriff Geisterliteratur meine, ein epochales Werk, dem die Geschichtsschreibung eine knallharte Dokumentation beifügte - es ist dies das Konzept zur Sanierung des Rautenweges. Auch noch nicht so alt, unglaublich technisch, mit einer fulminanten Zahlenangabe, daß diese Sanierung 105 Millionen Schilling koste, daß nur die Abdeckung der Deponie erfolgen werde, da nicht mehr erforderlich sei. Das schreibt übrigens auch "wien aktuell magazin". Um 50.000 Schilling im Monat, Herr Stadtrat, kann ich das noch schöner schreiben und würde es auch noch schöner machen. (Abg. Ing. Riedler: Daß es schöner ist, das bezweifle ich!) Ich mache Sie darauf aufmerksam: Dieses Werk strotzt fernab jedweder Realität aber doch durch knallharte Fakten und ist letztlich wunderschön illustriert, doch kommunaler Realismus.

Ich komme nun zum Höhepunkt, dem Wiener Abfallwirtschaftskonzept Braun, einem Werk in Grün, meine Damen und Herren, das man sich wird merken müssen. Meine Damen und Herren, wenn Herr Freinberger kurz zuvor meinte, wir würden möglicherweise im Jahr 1987 noch über dieses grüne, schöne Bücherl reden, dann glaube ich das nicht ganz. Es wird bis dahin nicht nur neue Bücher sondern auch neue Stadträte geben und alle werden sagen, der hat immer wieder ein neues Bücherl produziert. Viel Papier, meine Damen und Herren, viele Stadträte. (LhptmStV. Dr. Busek: Die Vermüllung von Stadträten!) Ich gebe zu, ich will Sie, Herr Stadtrat Braun, eigentlich nicht misen. So grün hat noch kein Abfallkonzept rein optisch ausgesehen und Grün ist eine sehr sympathische Farbe. Sollten Sie uns, Herr Stadtrat, durch Steyrers Abgang doch noch abhanden kommen und Gesundheitsminister werden, dann befürchte ich, daß der Herr Kollege Riedler aus Ihrer Fraktion, in dessen literarische Fähigkeiten ich zwar hohe Erwartungen setzte, unter Umständen Befürchtungen erwecken wird. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich... (Abg. Ing. Riedler: Sagen Sie das genauer! - LhptmStV. Dr. Busek: Er meldet seine Kandidatur an! Herr Abg. Riedler

protestiert!) Sie können den Namen Riedler ersatzlos durch Freinberger ersetzen. Es ist das eine wie das andere und in jedem Fall sind diese Namen kommunale Ereignisse, die man sich wird merken müssen. Meine Damen und Herren, heute am Nachmittag wird... (Abg. Maria Kuhn: Worm nicht! - Abg. Ing. Riedler: Zum Unterschied - den muß man sich merken!) Ja, Ihr Intellekt spielt heute wieder in einer Höhe, Frau Kollegin! Ich beneide Sie und ich bewundere Sie, Frau Kollegin!

Meine Damen und Herren, heute werden wir, um weiter in den Ernst der Situation vorzusteigen, mit § 92 einen Akt, den wir nicht kennen, mit der Notkompetenz des Herrn Bürgermeisters beschließen, und zwar einen Akt, den auch Sie nicht kennen können, denn es hat sich in den letzten drei Stunden niemand von Ihrer Fraktion gefunden, der bereit gewesen wäre, außer der ÖVP-Fraktion, in diesen Akt Einblick zu nehmen. Das haben wir beobachtet. Meine Damen und Herren, wir beschließen heute Nachmittag unter Mißachtung dieses hohen Hauses einen Auftrag von 1,6 Milliarden Schilling. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß es eine derartige Vorgangsweise in diesem Hause zwar schon gab, indem Sie uns bis jetzt zwar kein Abfallwirtschaftskonzept aber heute in der Früh dieses grüne Pappendeckelopus auf den Tisch geknallt haben, ohne daß man den Gemeinderäten Gelegenheit gab, rechtzeitig Einsicht zu nehmen. Nun geht es sogar so weit, daß Sie, ohne einem Mandatar dieses Hauses Einblick zu gewähren, einen Auftrag von 1,6 Milliarden Schilling schlicht und einfach mit der Walze der sozialistischen Mehrheit beschließen. Das ist ein demokratisch sehr bedenklicher Weg, zumal Sie überhaupt gar nicht wissen, was Sie beschließen.

Ich erinnere Sie zum Beispiel daran, daß es einen wasserrechtlichen Bescheid Ihres Parteifreundes des Herrn Landwirtschaftsministers Haiden gibt. Er stammt aus dem Jahre 1984 und verpflichtet Sie zwingend bis spätestens Mitte 1987 die Hauptkläranlage voll funktionsfähig und voll biologisch in Betrieb zu haben, und Sie, meine Damen und Herren, geben heute Ihr Plazet zu einem Aktenstück, das die Fertigstellung erst für das Jahr 1988 verheißt. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie mit Ihrem Parteifreund in rechtliche Kalamitäten kommen werden. Hätten wir dieses Aktenstück vorher beraten, hätten wir überhaupt, meine Damen und Herren, diesen heutigen Akt schon in den letzten Wochen und Monaten beschlossen, woran Sie überhaupt nichts gehindert hätte, dann wäre diese Vorgangsweise demokratisch gewesen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie die Aktualität dieses Aktes schon daran erkennen, daß ausschließlich Pläne aus den Jahren 1981 und 1983 drinnen sind und kein einziger aktueller Plan. Hier wird, meine Damen und Herren, der Bürger gepflanzt und die Demokratie ganz einfach niedergewalzt. (Beifall bei der ÖVP.)

Laut Abfallwirtschaftskonzept ist der Auftrag an die EBS ergangen und diese hat den Auftrag zur Sanierung von Kläranlage und EBS an das Konsortium weitergereicht. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß das auch schon längst nicht mehr stimmt. In Wirklichkeit ging der Gesamtauftrag an eine Firma namens Umwelttechnik GesmbH, eine Firma, die sozusagen aus der Not, aber unter Umgehung der Transparenz und der Wahrheitspflicht dem Recht und Gesetz gegenüber, weil Sie wissen, daß die Firma, die die Planungen durchführt nicht gleichzeitig den Auftrag erhalten kann, hinterrücks gegründet wurde. Diese Vorgangsweise, meine Damen und Herren, sei ausdrücklich erwähnt und aufgezeigt, ich mache kein Hehl daraus.

Wenn ich mir die gesamte EBS-Konstruktion so anschau, dann finde ich an oberster Stelle den Herrn Dr. Pripfl, jenen Hafenmanager, den Sie mit hohen Abfertigungen und Pensionsansprüchen aus dem Verband der Wiener Gemeinde Holding hinausgeworfen haben, ich finde als Konsulent einen gewissen Herrn Friedrich Hübl, jenen Hübl, der uns die Malaise, die wir heute zu bekämpfen haben, eingebrockt hat, und ich finde den Herrn Ruggenthaler, der uns mit seiner Fertigteilbau Wien eine Menge Scherereien in den letzten Jahren besorgt hat. In Wirklichkeit ist diese Konstruktion, Konsorten und Umwelttechnik ein Pflanz dieses hohen Hauses, das ist eine Umgehung der Transparenz und ich möchte Sie auch noch auf eine gar nicht unbedeutende Kleinigkeit, die sich in hunderten Millionen Schilling schlägt, aufmerksam machen.

Am 25. November 1983 hat der damalige Umweltstadtrat Peter Schieder wörtlich die Gesamtkosten der Investitionen dieser Sanierung mit netto 45 Millionen Schilling plus weiteren 248 Millionen

Schilling bezeichnet. Damals lagen die Aktenstücke vor, die dazu führten, daß man den Planungsauftrag den Herren Hackl, Lengyel und Van der Emde übertrug, und da stand ein Preis von 340 Millionen Schilling drinnen, in etwa jener Preis der auch vom Stadtrat Schieder genannt wurde. Und heute, meine Damen und Herren, nicht einmal zwei Jahre später, diskutieren wir über Sanierungskosten von 1,6 bis 1,7 Milliarden Schilling. Ich bin, ich sage es Ihnen wie es ist, fassungslos, und wenn man sich ein bißchen in das Projekt vertieft, dann stellt man nämlich fest - der Herr Stadtrat Mayr hat das hier an dieser Stelle im letzten Landtag auf eine Anfragebeantwortung von mir auch ausdrücklich erklärt -, daß die Planungen, die heute vorliegen, von den Konsorten oder von der Umwelttechnik durchgeführt wurden - das weiß man ja nicht so genau, das sind die gleichen Gesellschafter - und daß diese Planungen im wesentlichen bereits von den Herren Van der Emde, Lengyel und Hackl gemacht wurden. Die einen verlangen 69 Millionen Schilling, die anderen haben 17 Millionen Schilling bekommen. Ich frage Sie, Herr Stadtrat: Wer hat da für wen geplant, wo haben wir in dieser Stadt einige zig Millionen Schilling beim Fenster hinausgeworfen? Wir haben keine begleitende Kontrolle! Sie haben immer wieder davon gesprochen, das war gewissermaßen die *Conditio sine qua non*, daß wir hier dem Planungsauftrag zustimmen, daß eine begleitende Kontrolle installiert wird. Was aber ist die begleitende Kontrolle? Sie haben in allerletzter Sekunde die Akten einigen Herren der sogenannten EBS-Kommission gegeben, die sich nicht zurecht fanden, und die Holding beauftragte die Firma Elektrowatt in Zürich mit der Prüfung der Fakten. Wir haben bis heute kein Plazet aus Zürich erhalten. Es gibt ganz merkwürdige Projektverschiebungen, statt der Faul-Variante gibt es jetzt doch wieder die Frischschlammverbrennungs-Variante, da gibt es ganz merkwürdige Kammerfilterpressen drinnen, von denen alle wissen, daß dieses System nicht erprobt ist und nirgendwo auf der ganzen Welt noch technologisch durchexerziert wurde. Wir machen es. Es stellt sich heraus, daß offenbar unter Umgehung einer öffentlichen Ausschreibung die Stadt Wien der Verstaatlichten Industrie, der notleidenden ÖIAG hunderte Millionen Schilling nachwerfen will. Und dafür, meine Damen und Herren, haben wir gar kein Verständnis, weil wir die Hunderte Millionen in Wien brauchen.

Aber bliebe es doch nur bei den 1,6 Milliarden! Dem ist aber nicht so. Wir gaben den Auftrag zur Gesamtertüchtigung der Anlage. Was stellt sich heraus? Die Klinkerverkleidungen der Verbrennungsöfen sind total im Eimer, es stellt sich heraus, daß die Klärbecken zerbröseln, wohin das Auge blickt, daß sich Kalkablagerungen und Kalklöcher in den Tosbecken-Wänden, an den Bodensohlen und rundum in zahlreichen Rissen manifestieren, Auswaschungen des Betons, Zerbröselungen. (Präs. Hahn: Nach 6 Jahren!)

Meine Damen und Herren, was der Herr Stadtrat gemeint hat, die Verdichtung des Filterkuchens, ist natürlich überhaupt keine Lösung. Es geht nicht um die Elution, es geht also nicht um das Auswaschen mit Wasser, es geht um das unbeabsichtigte Zusammentreffen von Filterkuchen mit Öl, eine Vereinigung chemischer Art, die zu einer Umweltkatastrophe führen kann. Pawkowicz hat recht, wenn er diesen Punkt anspricht. Mit dem Verdichten alleine ist es nicht getan. Da müssen betonierte, wasserdichte Wände und eine Abdeckung her, um die Entsorgung von Schlacken und Filterkuchen für die EBS durchzuführen.

Wir stehen, ohne daß uns auch nur ein Mensch bisher den letzten Stand und den Inhalt der legendären zweiunddreißig Aktenordner mitgeteilt hätte, vor dem Umstand, daß sich die Hauptkläranlage heute als völlig falsch dimensioniert, nämlich mit zwölf Kubikmeter pro Sekunde, darstellt, auf das Doppelte im Durchsatz erhöht werden muß, und wenn man sich die detaillierten Arbeitsabläufe und Sanierungsphasen anschaut, dann kommt man dahinter, daß wir im Jahre 1980 bei zwei Großbauvorhaben eine totale Fehlkonstruktion hinnehmen mußten, deren rechtlicher Folgen wir uns begeben haben. Wir können nirgendwo mehr einen Schadenersatzprozeß führen, weil Sie den Manager, der das verursacht hat, mit zwanzig Millionen Schilling abgefertigt und in die Frühpension geschickt haben.

Meine Damen und Herren, das sind, nachdem ja auch schon wieder unser allgegenwärtiger

und medialpräsenter Herr Bürgermeister dafür die persönliche Garantie übernommen hat, in aller Ernstheit dieses Themas, Romane, die Stadträte und die mehr noch das Leben schrieb, die aber der Bürger zahlen muß. Der Bürger muß mehr zahlen als die gesammelte Stadtratsriege in ihre gesammelten Werken je hineinzustammeln imstande ist. Ich nehme also das Braun'sche Opus als das, was es ist, als Teil jener Müllvermeidung, die darin wortgewaltig, aber ohne konzeptive Vorstellung der Realisierung beschrieben wird. Literarisch fehlt, ich sage es noch einmal, diesem Werk die Reife eines Arbeiterdichters wie Veleta. Es nahm das Veleta-Werk vordergründig das Wollen in Anspruch, den Rahmen seiner Möglichkeiten nie sprengen zu können. Braun indessen täuscht den Leser, er verheißt das Niveau und bietet aber nur das bescheidene Oeuvre eines Veleta. Wir lehnen es daher ab, den Bericht über das Abfallwirtschaftskonzept zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident Sallaberger: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abg. Dr. Häupl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Häupl: Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren! Ich fürchte sehr, ich muß Sie aus den lichtvollen Höhen dieser literarischen Gedankenschlacht, die sich hier abgezeichnet hat, wieder in die Niederungen des Müllkonzeptes zurückführen. Aber ich möchte mich doch sehr, sehr herzlich beim Herrn Abg. Worm bedanken, denn normalerweise pflege ich für solche Darbietungen Eintritt zu bezahlen. Vielleicht können wir das im Gefolge auch noch regeln. (Abg. Ing. Worm: Zahlt alles der Staatsbürger, Herr Kollege!) Nein, normalerweise geht man in ein Kabarett, um solche Darbietungen zu hören (Beifall bei der SPÖ.) und da zahlt man Eintritt. Hier bekomme ich es kostenlos und deswegen bedanke ich mich.

Ich darf nun zunächst einmal festhalten, daß morgen in den Zeitungen stehen wird, daß die Wiener ÖVP das vorgelegte Konzept zur Abfallwirtschaft herb kritisiert hat. Es sind hier Begriffe gefallen, wie etwa die Binsenweisheiten, von denen Herr Kollege Arthold gesprochen hat. Er hat formuliert, er sei enttäuscht über diese Vorlage, die hier gebracht wurde. Es tut mir leid, wenn Herr Kollege Arthold enttäuscht ist, generell und besonders über ein Abfallkonzept. Daher glaube ich, daß wir es uns vielleicht noch einmal anschauen sollten. Sie haben ja die Gelegenheit gehabt, sonst hätten Sie ja nicht darüber sprechen können, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß ein ÖVP-Abgeordneter etwas herb kritisiert, was er nicht zu lesen bekommen hat und was ihm nicht zur Kenntnis gebracht wurde. Schauen wir es uns also noch einmal an, auch im Hinblick darauf, daß ja Abg. Worm hier in historischen Reminiszenzen versucht hat, dieses Abfallwirtschaftskonzept einzureihen.

Die Wiener ÖVP ist also enttäuscht darüber, daß ein ganz wesentlicher, zukunftsbildender Schwerpunkt, über den wir hier auch in der Zeit, die ich diesem Haus angehöre, bereits wiederholt gesprochen haben, nämlich die Konzeption der Müllvermeidung, der Vorsortierung, des Recyclings, daß diese grundsätzlichen, perspektivischen Überlegungen, die heute in sämtlichen Publikationen - die sich einigermaßen damit beschäftigen, wie etwa das ÖKO-Institut in Freiburg - auch als das zukunftsweisende Konzept und das zukunftsweisende Prinzip eines modernen Abfallwirtschaftskonzeptes angeben. Aber ich verstehe das, ich habe es noch sehr gut im Ohr. Vielleicht haben Sie sich mißverständlich ausgedrückt, dann bitte ich um Entschuldigung, weil ich es unter Umständen falsch verstanden habe. Aber ich habe noch sehr gut im Ohr, wie Herr Abg. Arthold bei einer anderen Diskussion gesagt hat, zugegebenermaßen in etwas temperamentvollerer Atmosphäre, als sie zur Zeit da herrscht: "Ach hört mir doch auf mit dieser Müllvermeidung, entscheidend ist doch, daß wenigstens das Papier und das Glas gescheit entsorgt werden. (Abg. Dr. Goller: Das stimmt auch!)"

Also wer vom Grundsätzlichen her eine gewisse Abneigung gegen diese Überlegungen hat, die im Zusammenhang mit dem Grundprinzip Abfallvermeidung stehen, der wird sich natürlich schwer tun. Und ich verstehe hier die Enttäuschung, daß man sich mit diesem Problem hier auch sehr, sehr grundsätzlich beschäftigt. (Abg. Arthold: ich habe immer behauptet, Müllvermeidung werden wir mit gesetzlichen Maßnahmen nicht hinkriegen!) Ein Gesetz kann doch im Prinzip immer nur Rahmenbedingungen abstecken, die durch Verordnung konkretisiert werden können und natürlich ist dann die Frage der konkreten Umsetzung eines derartigen Gesetzes von entscheidender Bedeu-

tung. Aber das Abfallwirtschaftskonzept, bitte, ist ja kein Gesetz.

Worum es hier geht und worüber gegenständlich diskutiert wird, das sind die konkreten Vorschläge zur Umsetzung einer modernen Abfallpolitik, die gemacht werden muß. Und darum geht es doch! Die ÖVP ist enttäuscht über die Zahlen. Sie wurden hier als unseriös bezeichnet. Na bitte, was ist an einem Konzept unseriös, wenn es hier zunächst einmal davon ausgeht, daß es eine Analyse dessen bietet, wie heute der Ist-Zustand ist, und - wie Sie, Herr Kollege Arthold, formuliert haben - welcher und wieviel Müll tatsächlich in dieser Stadt anfällt. Genau das ist hier drinnen in Zahlen niedergeschrieben. Genau darum geht es doch zunächst auch in einer Analysefeststellung und es ist auch hier im Gemeinderat, nicht nur in Publikationen - ich weiß schon, man kann nicht alles lesen - wiederholt festgestellt und auch referiert worden, welche Untersuchungen es etwa über die Zusammensetzung von Müll gibt bis hin, daß natürlich entsprechende Analysen auch in diesen beiden Projektgebieten in Teilen des 19. und des 20. Bezirkes gemacht wurden, die ebenfalls weiterführende Erkenntnisse in diese Richtung gebracht haben. Etwa über die Frage der qualitativen Zusammensetzung des Mülls und welche Veränderungsprozesse es hier in bestimmten Zeiträumen dazu gegeben hat. Das ist ja auch nicht uninteressant, wenn man sich diese Dinge anschaut insbesondere in Zusammenhang mit der Frage der Verbrennung von Müll.

Wir haben also hier eine Analyse vorliegen. Und wenn sich Herr Ing. Worm darüber lustig gemacht hat, daß hier auch Begriffe definiert werden (Abg. Ing. Worm: Ich bin noch hier!) - ich weiß schon, Sie gehen nicht weg, also keine Sorge, und außerdem so kindisch bin ich auch nicht -, so wäre ich ja fast versucht zu sagen, nachdem Sie doch in der Vergangenheit wiederholt hier auf Begriffe wie Abfall, Müll und so weiter herumgeritten sind, daß wir diese Begriffsdefinitionen für Sie gemacht haben, damit wir endlich alle teilhaben und eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame Diktion, eine gemeinsame Begrifflichkeit verwenden können. Es ist ja auch ein Schulungspapier, dieses Abfallkonzept! Natürlich, für viele ist es auch ein Schulungspapier, damit Sie sich zunächst einfach mit bestimmten Begrifflichkeiten vertraut machen können. Das heißt, ich bin sehr froh darüber, daß wir hier nicht nur einen Maßnahmenkatalog - so wichtig das natürlich ist, und ich komme darauf noch zu sprechen - vorgelegt haben, sondern daß der Maßnahmenkatalog auf einer klaren und sehr umfassenden Analyse des Problems fußt, mit dem wir hier im Zusammenhang mit der Entsorgung in unserer Stadt konfrontiert sind.

Und nun zu dem zweiten Bereich. Bei den Vorschlägen, welche Maßnahmen hier in Zukunft zu setzen sind, hege ich nun wirklich schon den Verdacht, daß man dieses sehr nette, grüne Papier hier nicht nur sehr oberflächlich gelesen hat, sondern daß man sich in der Vergangenheit auch mit verschiedenen Elementen nicht vertraut gemacht hat.

Wenn wir davon ausgehen, daß Müllvermeidung ein Grundprinzip künftiger Abfallbewirtschaftung zu sein hat, dann ist das natürlich untrennbar mit dem Element der Vorsortierung verbunden, ebenso aber auch, und das sage ich hier, obwohl es in aller Deutlichkeit nicht drinnen steht (StR. Fürst: Das steht leider nicht drinnen!) in diesem Abfallbewirtschaftungskonzept, mit Eingriffen in die Produktion zu tun. (Abg. Ing. Svoboda: Richtig!) Das sage ich mit aller Deutlichkeit, denn etwa der von uns eingebrachte Antrag auf Unterstützung der Forderung nach Verbot von PVC, der hier auch einstimmig beschlossen wurde, ist ein derartiger Eingriff. Meinetwegen können Sie das Dirigismus nennen. Das spielt mir überhaupt keine Rolle.

Dafür sind diese Analysen ja da, daß man sie entsprechend anschaut. Es steht eindeutig fest, daß dirigistische Maßnahmen im Bereich der Produktion und auch im Distributionsbereich, das heißt im Verteilungsbereich, durchgeführt werden müssen. Ohne dem werden wir ganz sicherlich in der Folge nicht auskommen. Ich bin schon sehr gespannt, was die Österreichische Volkspartei und insbesondere auch die Wiener Volkspartei zu diesen Vorschlägen, zu diesen Maßnahmen, die in diesem Bereich getroffen werden müssen, dann tatsächlich sagt. Wir werden dann sicher auch noch eine sehr breite Diskussion, die weit in die Wirtschaftspolitik hineinreicht, dazu führen können.

Auf der anderen Seite, im Bereich der Vorsortierung, kann man doch auch nicht einfach her-

gehen und sagen, daß überhaupt nichts passiert ist, außer daß es irgendwelche Papiere gibt, wie Herr Ing. Worm das durchaus dekorativ hier gemacht hat. Wer sich dieses Projekt anschaut, das in Teilen des 20. und des 19. Bezirkes durchgeführt wurde, der kann doch zumindest einmal daran erkennen, daß es - wie ein Zwischenbericht lautet -, obgleich die normale Müllabfuhr dort weitergelaufen ist, zu einer 25prozentigen Reduktion des anfallenden Mülls gekommen ist. (Abg. Arthold: Es kann aus finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten nicht auf die ganze Stadt ausgedehnt werden!) Ich wollte gerade auf dieses Problem zurückkommen. Natürlich ist es keine Frage, daß dieses Projekt von einer eminenten Dichte ist. Das von Ihnen angesprochene Problem der Zumutbarkeit für den Bürger, das ist ja eine Diktion, die ich durchaus nicht von vornherein ablehnen würde, sondern sie ist schon eine wesentliche Grundlage dafür, daß man tatsächlich auch hier diese Vorsortierung durchsetzen kann, daß man dieses Projekt nicht so ohne weiteres ganz modellhaft, so wie es dort durchgeführt wurde, jetzt auf den gesamten Stadtbereich hin ausdehnen kann. Ich sage hinzu: So wie es dort durchgeführt wurde und nicht sofort! Aber diese Vorschläge liegen ja vor. Sie sind Bestandteile dieses Müllkonzeptes und sie sind auch Bestandteil einer gewissen öffentlichen Kenntnis, denn es ist in den Zeitungen durchaus verbreitet worden, daß wir als ersten ad hoc-Schritt in Umsetzung dieser Erkenntnisse, die sich aus diesem Projekt ergeben, zusätzliche Sammelstellen machen, so daß es in der Tat gelingt bis etwa Mitte nächsten Jahres in jedem Bezirk eine derartige Problemstoffsammelstelle zu installieren. Aber es geht noch weiter. Das alleine wäre ja noch immer zu wenig. Schauen wir uns an, welche die Hauptteile dieser Problemstoffe sind, die anfallen.

Natürlich sind es primär Medikamente. Wem immer auch die aus dem Sondermülltag, den Sie so schmähsch behandeln, und aus dem Projekt in Brigittenau und in Döbling gewonnenen Erkenntnisse bekannt sind, der weiß, daß in erster Linie die Medikamente und in zweiter Linie dann die Batterien die Problemstoffe sind. Bitte, ich verstehe das nicht. Es muß doch jetzt in der Zwischenzeit ~~einige~~ bekannt sein. Wo immer ich hinkomme, und ich bin bei den Leuten, wo immer mir die Möglichkeit dazu gegeben wird, da hat es sich schon herumgesprochen, daß etwa ein Vertrag zwischen der Stadt Wien und der Apothekerkammer besteht, daß man Medikamente zurückgeben kann. Das ist dem ja auch zu entnehmen und deswegen sollten Sie es nicht so schmähsch behandeln, sondern sich wirklich ernsthaft damit auseinandersetzen, da beim Medikamentenanfall im normalen Hausmüll bereits eine bis zu 50prozentige Reduktion erreicht werden konnte. Na bitte, also wenn das kein wesentlicher Beitrag dazu ist, daß es auch zu einer Entgiftung des Hausmülls kommt! Das steht doch für mich außer jeder Frage.

Und jetzt zu den Batterien. Natürlich ist das nicht so einfach. Es ist ja nicht damit getan, wie es kürzlich in einem Leitartikel des Kuriers, glaube ich, gestanden ist, daß die Politiker diese Dinge beschließen sollten. Wenn es heute in Österreich kein funktionierendes Recycling von normalen Batterien gibt, dann können es Politiker zwar beschließen, aber deswegen wird es dieses Recycling real noch nicht geben. Mir kommt es wirklich manchmal so vor wie der wirkliche Gag, über den ich mich zum Teil ja herzlich amüsiert habe, als die Volkskammer der DDR beschlossen hat, urplötzlich, sie sei jetzt vom Stadium der Entwicklung des Sozialismus ins Stadium des Kommunismus vorgezogen. Da könnte ich mich ja grenzenlos abhauen. Denn jeder, der sich einigermaßen mit der Theorie vertraut gemacht hat, weiß, daß damit der Staat abstirbt und die Realität der DDR ist doch wohl eine entscheidend andere. Politiker können einen Haufen beschließen, im Grunde genommen spielt es sich deswegen noch lange nicht ab und es dient bestenfalls das eine oder andere einer gewissen Lustbarkeit. (Abg. Arthold: Eine Frage habe ich noch: Warum macht man nicht Modelle, die man dann wirklich umlegen kann?) Also machen wir es ganz einfach: Wir machen ja diese Modelle, wir haben sie besucht, wir haben sie uns angeschaut, wir haben sie angreifen können. Es gibt sie wirklich, sie sind nicht nur papierern, man hat sie sinnfällig zur Kenntnis nehmen können. In Teilen des 19. und des 20. Bezirks gab es doch ein entscheidendes Projekt dazu. (Abg. Arthold: Es ist nicht verwirklicht, haben sie gerade gesagt!) Sag ich Ihnen doch! Nicht in dieser Form! Aber das gibt es, genauso wie die grüne Tonne, bitte. Die grüne Tonne gibt es auch. Und diskutieren Sie

einmal mit Leuten die Erfahrung mit der realer Umsetzung dieser grünen Tonne haben, darüber, welche Probleme damit verbunden sind. Bitte, deswegen kann ich daraus auch Erkenntnisse gewinnen, was ich tatsächlich machen könnte und was ich tatsächlich machen will. Das wird versucht, hier in diesem Papier anzugeben. Ich sage deswegen "versucht", weil es offensichtlich unendlich schwierig ist, entscheidende Fortschritte nicht nur konzeptionell sondern auch in der realen Umsetzung zur Kenntnis zu nehmen.

Wenn ich mir nun die weiteren Bestandteile dieses Maßnahmenkataloges anschau, wenn ich hier etwa an den Flötzersteig denke - die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, um das zu präzisieren -, dann gibt es ja auch auf diesem Gebiet mehrere Problempunkte. Wir sind heute soweit, daß wir herangehen können, all das zu überprüfen, was es an Garantie für diese Rauchgasreinigungsanlage gegeben hat. Wir sind im Probetrieb bei dieser Müllverbrennungsanlage, und auch da hat es genug Versuche gegeben uns daran zu hindern, diese entscheidende Umweltmaßnahme auf diesem Gebiet setzen zu können. In der Spittelau wird es bis zum nächsten Jahr folgen. Und die Sanierung der EBS ist ja ein Thema, bei dem man heute sogar die Gefährdung der Demokratie heraufbeschworen hat. (Abg. Arthold: Haben Sie den Akt gelesen?) Ja, die Spione des Herrn Ing. Worm dürften nicht so ganz funktionieren, denn ich hatte heute das Vergnügen... (Abg. Hahn: Wo ist der Akt?) Schauen Sie, worum geht's? (Abg. Hahn: Was ist mit dem Akt?) Entschuldigen Sie, das ist doch nicht mein Problem! (Abg. Arthold: Wo befinden sich die Unterlagen zu dem Akt?) Bitte, das ist doch nicht mein Problem! Die ÖVP-Abgeordneten haben schon gesagt, sie hätten es gelesen. Also dann, bitte, fragen Sie sie. Wo sich der Akt zur Zeit befindet weiß ich nicht! Aber worum geht es? Es geht ja nicht um eine Beauftragung von eineinhalb Milliarden. (Abg. Arthold: Nicht der Akt, sondern die Unterlagen!) Es geht ja nicht um eine Beauftragung von eineinhalb Milliarden, sondern es geht um eine Übertragung der EBS an die Holding und um die Festlegung der Höchstkosten. Darum geht es! Substantiell geht es darum, ein Sorgenkind - ein Sorgenkind, ich sag das so, ich habe das immer gesagt -, ein Sorgenkind der Stadt Wien, wie es die EBS ist, so zu sanieren, daß es in Hinkunft kein Umweltproblem mehr darstellt. Das ist der entscheidende Punkt. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber in diesem Zusammenhang würde mich noch etwas anderes interessieren. Der Herr Ing. Worm hat hier die Behauptung aufgestellt, daß sich in diesem Konsortium oder in welcher Verbindung immer, in welcher Anbindung immer, der Herr Hübl befindet. (Abg. Ing. Worm: Ich habe gesagt: Als Konsulent!) Konsulent! Wie immer, wie immer! Konsulent des Konsortiums vielleicht oder sonst irgendetwas! Herr Ing. Worm, das ist eine Sache, die ich höchst interessant finde. Ich wußte davon nichts. Ich würde Sie dringend ersuchen, für diese Behauptung, die Sie da hier aufgestellt haben, er sei Konsulent oder in sonst welcher Form immer an dieses Konsortium angebunden, auch den Beweis anzutreten. Ich bitte Sie darum! Ich bitte Sie darum diesbezüglich auch den Beweis anzutreten! Ich bin vollkommen sicher, vollkommen sicher, Herr Ingenieur... (Abg. Ing. Worm: Das wurde persönlich erklärt!) Ich bin vollkommen sicher, Herr Ingenieur, falls Sie dies beweisen können, so wird das eine ganze Menge Leute interessant finden. Das ist keine Frage.

Zur Frage der Deponie Rautenweg. (Abg. Hahn: Das Personenkarusell von Leuten, die sich nicht besonders bewährt haben, können Sie nicht leugnen!) So! Der Herr Ing. Worm wird meiner Bitte entsprechen oder auch nicht. Es ist natürlich ihm selbst überlassen, den Beweis dafür anzutreten. Was soll es! (Abg. Dr. Ferdinand Maier: Hat er schon!) Wir werden sicher noch die Diskussion darüber führen können. Vielleicht läßt sich das bis zum Tagesordnungspunkt 81 der darauffolgenden Gemeinderatssitzung klären.

Ein Wort noch zur Frage der Deponie Rautenweg, weil das auch Kollege Pawkowicz angesprochen hat. Natürlich hat es diese Konzeptionen gegeben. Es waren Überlegungen, Planungsüberlegungen, lediglich diese Überdachung hier durchzuführen. Es mag sich nun die Freiheitliche Partei diese Weiterentwicklung der Überlegungen in diesem Zusammenhang als Federchen an den Hut stecken oder nicht, das ist mir wieder relativ egal. Ganz sicher will ich nicht verhehlen, daß in

Protokollen ja lange nachzulesen ist - ich krame auch gerne in der Geschichte -, daß die FPÖ diesbezüglich ihre Bedenken angemeldet hat.

Aber der Vorwurf, der heute erhoben wurde - nicht von der FPÖ jetzt, sondern von der ÖVP-Seite -, daß eine Planung vorgelegt wurde, die man in dieser Form nicht zur Kenntnis nehmen könne, sondern wo man Überlegungen anstellen müsse, die weiter gehen, die offensichtlich zielführend erscheinen, der ist ja wirklich einfach lächerlich. Denn wenn wir wirklich so weit gehen - das wäre dann der Umkehrschluß, der ja in der Philosophie manchmal durchaus zulässig ist -, so hieße das ja, wir müßten ausschließlich davon ausgehen, was uns planerisch vorgelegt wird und hätten als Politiker nur zu akzeptieren. Das ist für mich eine Verletzung des Primats der Politik, und ich bin nicht bereit das in dieser Form anzuerkennen. (Beifall bei der SPÖ.)

Daß heißt also, meine Damen und Herren, das von der ÖVP so herb kritisierte Abfallwirtschaftskonzept, das für die ÖVP so enttäuschende Abfallwirtschaftskonzept, stellt sich heute bei näherer Betrachtung als ein gutes Konzept dar. Und wenn man hier wirklich die einzelnen Argumente abklopft, so ist es ein sehr zukunftsweisendes Konzept, das die wesentlichen Grundsätze und Punkte enthält, die für ein modernes Abfallwirtschaftskonzept auch kennzeichnend sind und das sich auch vergleichend belegen läßt.

Aber kommen wir darauf zurück. Wie schauen nun die Vorschläge der ÖVP in die Richtung hin aus. Da wird davon geredet, daß Konzept um Konzept vorgelegt würde. Hier haben wir ein Konzept, das tatsächlich substantielle Vorschläge auf der Basis von Grundprinzipien einer modernen Abfallwirtschaft enthält. Wie schaut das bei der ÖVP aus, was haben wir von der ÖVP dazu gehört? Bringen wir es auf ganz einfache Slogans.

Das Zusperrern vom Flötzersteig. Notwendigerweise ergibt sich, nachdem die Schadstoffemissionen der Spittelau dieselben sind, auch das Zusperrern der Spittelau. Gleichzeitig soll auch die Mülldeponie Rautenweg zugesperrt werden, weil sie ja im Grundwasser liegt, wie Herr Stadtrat Fürst immer wieder behauptet, und es daher zu Schadstoffemissionen kommt. Die Alternative dazu ist, wir können ohne weiteres den Flötzersteig zusperrern, und dann natürlich auch die Spittelau, weil das ja dasselbe ist.

Das Vorsortieren können wir von heute auf morgen umsetzen, und hier teile ich die Überlegungen des Herrn Abg. Arthold, daß es auch eine Frage der Erziehung ist, daß es eine Frage der Bewußtseinsbildung ist, daß es eine Frage der Zumutbarkeit für den Bürger ist. Dafür können wir alle bestehenden Entsorgungseinrichtungen, die es in Wien für Müll gibt, einfach auf den Haufen schmeißen und mit der Vorsortierung anfangen, wenn wir gleichzeitig auch noch diese Bewußtseinsbildungsarbeit machen können. Na, da wird wahrscheinlich das passieren, und das ist die Quintessenz aus diesen Vorschlägen, die da gemacht worden sind, daß halt nur hin und wieder durch irgendwelche Abwasserwogen dieser noch bestehende, in den Straßen und Plätzen unserer Stadt lagernde Müll dann in die Donau gespült wird. Das ist die Quintessenz, die aus den Vorschlägen der ÖVP zu ziehen ist.

Heute ist etwas Neues gekommen, ich muß mich korrigieren. Nicht neu war der finanzielle Anreiz, no na! Wann immer irgendwelche Überlegungen angestellt werden ist natürlich die Frage des finanziellen Anreizes dabei, wobei ich mich nicht gegen eine Diskussion sperre. Ich sperre mich nicht gegen eine Diskussion über die Frage des finanziellen Anreizes, ich würde mich nur gegen diese Formulierung wehren, die Sie, Herr Kollege Arthold, da dabei gebraucht haben. Ich habe es mir gemerkt: "Wenn Du, Bürger, Aufgaben für uns übernimmst, sollst Du also auch noch belohnt werden." Das stimmt doch bitte nicht! Wieso übernimmt der Bürger Aufgaben für eine Stadtverwaltung, wenn er vorsortiert? (Abg. Hahn: Er zahlt genug!) Weil er vorsortiert übernimmt er Aufgaben, also das kann doch nicht wahr sein! (Abg. Neumann: Er zahlt es ja!) Also bitte, das ist ein völliges Mißverständnis, und ein total ökonomistisch determiniertes Politikverständnis, das Sie da haben. Ein umweltbewußter Bürger hat doch selbstverständlich auch seinen Beitrag dazu zu leisten, daß die Entsorgung in unserer Stadt einfach umweltfreundlicher wird. Da leistet er doch in hohem Aus-

maß für sich und für die Gemeinschaft einen Beitrag, aber doch nicht für die Stadtverwaltung als solche! (Beifall bei der SPÖ.)

Der zweite substantielle Vorschlag, den ich heute in der herben Kritik dieses Abfallwirtschaftskonzeptes gehört habe, war der einer Volksbefragung. Ich bin fasziniert. Man solle an das Volk die Frage richten: Volk willst Du Abfall vermeiden oder willst Du, Volk, nicht Abfall vermeiden? Die Frage ist natürlich mit "Ja" und mit "Nein" zu beantworten. Diese Alternative steht dem Volk ja zu. Also ich bin vollkommen überzeugt davon, das wird der Hit. Wir werden damit einen entscheidenden Durchbruch im Hinblick auf den Ausbau der direkten Demokratie erringen. Wir werden damit einen entscheidenden Durchbruch im Verständnis der Menschen für die Frage der Müllvermeidung erreichen. Ich bin froh, ich bin glücklich und ich bin dankbar dafür, daß die Österreichische Volkspartei einen derartig richtungsweisenden Vorschlag für die künftige Projektierung der Müllvermeidung eingebracht hat. (Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Wenn wir einer gewissen Scharlatanerie, das ist heute schon scharf formuliert worden und daher erlaube ich mir das auch, nicht auf den Leim gehen wollen, dann werden wir uns nur an einer tatsächlich konzeptiven und modernen Abfallbewirtschaftung orientieren können, die in die Richtung geht, einen tendentiellen Zielpunkt in einer modernen Kreislaufwirtschaft anzugeben.

Ich glaube, daß dieses grüne Papier, das heute vorgelegt wurde, das Wiener Abfallwirtschaftskonzept 1985, ein sehr wesentlicher Beitrag auf diesem Weg von einer Vergeudungswirtschaft hin zu einer ökologisch orientierten Kreislaufwirtschaft ist. Wir werden uns an diesem Konzept orientieren. (Abg. Arthold: Wie lange?) Wir werden dieses Konzept wo immer es notwendig ist auch weiterentwickeln und diese Diskussion darüber führen, und wir werden uns nicht durch irgendeinen politischen Gag der hier eingebracht wird davon abhalten lassen, dieses Konzept auch umzusetzen und die inhaltliche Diskussion und auch die Bewußtseinsbildung in der Bevölkerung entsprechend weiterzutreiben. Danke. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Sallaberger: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Fürst. Ich erteile es ihm.

Stadtrat Fürst: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, Abg. Häupl, dürfte den Akt, der uns heute überfallsartig im Zusammenhang mit EBS und Hauptkläranlage vorgelegt wurde, auch nicht gelesen haben. Er geht nämlich davon aus, daß hier die Sanierung dieser beiden problematischen Entsorgungsbetriebe vorangetrieben werden wird. Das ist durch diesen vorliegenden Antrag heute keineswegs der Fall. Tatsache ist allerdings, daß man diesem heute vorliegenden Antrag zur Sanierung der EBS und zur Sanierung der Hauptkläranlage, die auch Bestandteil dieses Abfallwirtschaftskonzeptes sind, entnehmen kann, daß die Fristen für die Fertigstellung dieser Projekte immer weiter hinausgeschoben werden.

Herr Abg. Ing. Worm hat schon darauf hingewiesen, daß im Juli 1987 laut Auftrag der Wasserrechtsbehörde die Verbrennung des gesamten anfallenden Klärschlammes gefordert wird. Es hat dann der Herr Bürgermeister erklärt, und im vorliegenden Antrag an den Gemeinderat findet sich dieser Termin wieder, daß dieser Punkt der Auflage der Wasserrechtsbehörde und diese Notwendigkeit im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung erst mit 31. Dezember 1987 gegeben sein wird, also ein halbes Jahr nach dem Termin, den die Oberste Wasserrechtsbehörde als den letzten denkbaren bezeichnet und dessen Unterschreitung sie außerdem fordert. Nun ist aber nicht das Deckblatt des Antrages für uns entscheidend, sondern der Inhalt der Vereinbarung, die sich im Akt befindet. Ich habe mit Erstaunen dort zur Kenntnis nehmen müssen, daß entgegen dem Wortlaut des Antrages an den Gemeinderat, entgegen den dort angegebenen Terminen in der Vereinbarung die Frist für die Verbrennung des gesamten Klärschlammes durch die EBS noch weiter hinausgeschoben wird, und zwar um ein volles Jahr auf den 1. Jänner 1989. Ich ersuche daher dringend darum, aus diesem Mißverständnis oder aus dieser Schlamperei, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung des heutigen Gemeinderates abzusetzen, weil hier eine Vereinbarung geschlossen

würde, die in Wirklichkeit mit dem Antrag an den Gemeinderat nichts zu tun hat und mit der in Wirklichkeit nur die Bevölkerung über die wahren Tatsachen, über die wahren Verzögerungen und über die wesentliche Überschreitung der gesetzten Fristen für die Sanierung von EBS und Hauptkläranlage hinweggetäuscht wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist heute schon eine Menge zum vorliegenden, sogenannten Abfallwirtschaftskonzept gesagt worden. Ich möchte noch einige mir wesentlich erscheinende Punkte hinzufügen. Es ist schon davon gesprochen worden, daß dieses Abfallwirtschaftskonzept den heutigen Stand darstellt. Es steht auch unter dem Titel "Das Wiener Abfallwirtschaftskonzept" - darunter "Stand 1985". Nun kann man offensichtlich, wie man da sehen muß, unterschiedlicher Meinung darüber sein, was ein Konzept zu sein hat. Sie scheinen der Meinung zu sein, daß es die Fortschreibung eines Status quo oder die Fortschreibung einer Entwicklung ist, und wir gehen davon aus, daß ein Konzept in die Zukunft weisen sollte. (Abg. Ing. Svoboda: Dann haben Sie das aber nicht gelesen!) Nur das Nachschreiben der Entwicklung, und das stellt das Konzept dar, ist für uns keine Weichenstellung für die zukünftige Abfallentsorgung.

Mit Erstaunen und Enttäuschung mußten wir feststellen, daß ein wesentlicher Punkt einer modernen Abfallwirtschaft, nämlich die Abfallvermeidung, in diesem Konzept völlig fehlt. Wir bedauern dies deshalb, weil es auch im Widerspruch zu den Ankündigungen des Herrn Amtsführenden Stadtrates steht, die in der Präambel zu diesem sogenannten Abfallwirtschaftskonzept enthalten sind, nämlich daß die Abfallvermeidung eine wesentliche Priorität eines Konzeptes zu sein hat.

Ich, der ich dieses Konzept aufmerksam gelesen habe, wollte nun gleich einmal nachsehen, was dieses Konzept für die Zukunft der Abfallvermeidung zu berichten hat und welche konkreten Maßnahmen hier zu erwarten sind. Nun habe ich vergeblich das Wort Abfallvermeidung im Inhaltsverzeichnis gesucht. Das Wort Abfallvermeidung gibt es im Inhaltsverzeichnis nicht, es kommt im Inhaltsverzeichnis dieses sogenannten Abfallwirtschaftskonzeptes nicht vor. Dann habe ich aufmerksam den Text dieses Abfallwirtschaftskonzeptes gelesen und hier wird zwar der Begriff Abfallverringerung im Sinne der Vorsortierung und Nachsortierung erwähnt, auch der Begriff der Abfallvermeidung, nämlich das, was vorweg dafür sorgen sollte, daß keine Produkte erzeugt werden oder die Beschränkung von der Erzeugung von solchen Produkten angestrebt wird, die dann in der Entsorgung als Abfall Probleme ergeben, aber auch darüber findet man in diesem sogenannten Abfallwirtschaftskonzept nichts. (Abg. Vejtisek: Auf Seite 5!) In dem Sinn ist wieder ein neues Konzept, ein sogenanntes Konzept, dazugekommen, das Herr Abg. Freinberger offensichtlich nach dem Gewicht bemessen hat, denn er hat darauf hingewiesen, daß es mehr Seiten enthält als das letzte. Aber die wesentlichen Erfordernisse der Abfallvermeidung im Sinne von gesetzlichen Maßnahmen, die dazu führen, daß weniger Produkte in Umlauf kommen, die uns dann große Probleme bereiten, darüber sagt dieses Konzept nichts aus, und angesichts dieses und ähnlicher Konzepte müßte man eigentlich schon eine wesentliche Forderung der Abfallvermeidung aufstellen, nämlich weiterhin solche mangelhaften Konzepte zu produzieren, die dann letztlich im Mistkübel landen müssen und auf diese Weise sicherlich auch ein unnötiges Abfallproblem darstellen, das in Wirklichkeit vermieden werden könnte. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben schon so oft über die dringenden Probleme der Entsorgung gesprochen und über die Wichtigkeit der Abfallvermeidung und der Vorsortierung, daß es eigentlich nicht mehr notwendig erscheint, dies noch näher auszuführen. Ich möchte dennoch daran erinnern, daß wir am 6. Februar 1984 wieder einmal Sofortmaßnahmen zur Müllentsorgung, Müllvermeidung und Müllverwertung vorgeschlagen haben. Das ist jetzt schon fast zwei Jahre her. Wir haben damals in einem Papier von insgesamt sieben Seiten ganz konkrete Vorschläge erstattet und wir haben uns sehr darüber gefreut, daß der damalige Amtsführende Stadtrat für eine einheitliche Vorgangsweise eingetreten ist und in einer Presseaussendung erklärt hat, er freue sich darüber, daß die ÖVP mit ihren Vorschlägen zur Müllproblematik auf seiner, Schieders, Linie liege.

Gut, wir haben gewartet, daß es zu konkreten Konzepten kommt. Da diese konkreten Kon-

zepte in den Folgewochen auch nicht einmal ansatzweise sichtbar waren, haben wir einen Beitrag, einen weiteren Beitrag, für ein solches Müllkonzept geleistet und am 27. Februar auf vier Seiten eine Punktation vorgelegt, in der wir ganz konkret gesagt haben, was ein Müllkonzept unserer Meinung nach enthalten sollte und wie diese Forderungen auch realisiert werden könnten. Wir haben in diesem Vorschlag sogar einen Terminplan vorgelegt, in dem in drei Etappen eine Realisierung dieses Müllkonzeptes vorgeschlagen wurde. Die erste Etappe hätte bis April 1984 realisiert werden sollen, und es hätte hinsichtlich der Sonderabfallentsorgung, hinsichtlich der Verdichtung des Sammelnetzes für die Wertstoffsammlung, für die Finanzierung des Einbaues von Rauchgasreinigungsanlagen und für die Information und Motivation der Bevölkerung konkrete Maßnahmen geben sollen.

Bis Ende Mai 1984 hätten Sammelstellen in allen Bezirken errichtet werden sollen, wo man Problem Müll abgeben kann. Es hätte gemeinsam mit der Wiener Wirtschaft nach dem Vorbild des Landes Niederösterreich eine Informationskampagne der einzelnen Branchen über die im Haushalt verwendeten Giftstoffe und über deren sachgemäße Verwendung und Verwahrung sowie über die Rücknahmemöglichkeit durchgeführt werden sollen. Und es hätte bis zu diesem Zeitpunkt mit dem Einbau der Rauchgasreinigungsanlagen in die Kraftwerke und Entsorgungsanlagen begonnen werden sollen.

Bis zum Ende des Jahres 1984 hätten die Maßnahmen zur Müllvermeidung zumindest initiiert werden sollen, auch die waren konkret aufgezählt. Es hat damals der zuständige Amtsführende Stadtrat nicht bestritten, daß dieser Zeitplan einhaltbar ist. Er hat nicht gesagt, die ÖVP fordere Dinge, die nicht realisierbar sind, sondern er hat auch hier dazu erklärt, daß er sich vorstellen könne, daß es so gemacht wird und daß das ohnedies die Absicht der Stadt sei.

Am 20. Oktober 1984, als immer noch nichts dergleichen vorlag und nichts dergleichen getan wurde, haben wir im Messepalast in einer Ideenwerkstatt ganz konkrete Vorschläge ausgearbeitet und der Öffentlichkeit vorgelegt, wie man Müllvermeidung betreiben könnte, also das, was im wesentlichen von der Gesetzgebung her zu bewerkstelligen wäre, wie man die Müllmenge durch Aussortierung von Wert- und Problemstoffen verringern könnte und wie konkret ein Abfallwirtschaftskonzept für Wien aussehen könnte. Auch damals wurde vom Amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Bürgerdienst nicht bestritten, daß diese Dinge notwendig und realisierbar seien. Doch dann hat ein Wechsel im Ressort stattgefunden (Zwischenruf bei der ÖVP.) Danke für die Korrektur, es war schon vorher. Das heißt, es wurde auch vom hier anwesenden Amtsführenden Stadtrat nicht bestritten, daß das Inhalt eines Abfallwirtschaftskonzeptes sein könnte und sollte. Und darum unsere große Enttäuschung heute, daß all diese Dinge in dem sogenannten Abfallwirtschaftskonzept nicht enthalten sind.

Wir müssen uns heute die Frage stellen, ob nicht Politik auch etwas mit Fleiß, Mut und Würde zu tun haben sollte. (Abg. Ing. Riedler: Ja, alles!) Ja, alles. Seit Jahren wurden aber dem Wiener Gemeinderat immer wieder nur Problemstellungen vorgelegt, Absichtserklärungen abgegeben und neue Grundsätze der Müllentsorgung deklamiert, nur konkrete Maßnahmen zu einer Neuordnung der Abfallwirtschaft sind uns die SPÖ und der zuständige Stadtrat bis heute schuldig geblieben. Es war Zeit genug vorhanden, aber es hat offenbar am Fleiß gefehlt, diese Dinge auch auszuarbeiten, einzuleiten und dem Gemeinderat die entsprechenden Anträge und Konzepte vorzulegen. Es hat auch dieses Konzept so gut wie nichts gebracht.

Es gibt in der Zwischenzeit einige Probeläufe der modernen Abfallwirtschaft, von denen uns aber gesagt wurde, daß die das Problem in dieser Form nicht lösen könnten. Wir vermissen aber die konkrete Angabe, wie das in Zukunft stattfinden sollte. Es wurde vom Amtsführenden Stadtrat im Sommer einmal in einer Presseaussendung erklärt, daß die im Planquadrat in einem kleinen Teil des 19. und 20. Bezirks durchgeführten Versuche mit vielen verschiedenen Tonnen nicht das flächendeckende Modell für Wien sein könnten, und er hat damals von der grünen Tonne gesprochen. Dann war wieder von der grünen Tonne nicht die Rede, aber sie findet sich jetzt hier als eine der möglichen Varianten wieder. Ich bin durchaus der Meinung, daß man nicht ein flächendeckendes

Modell für ganz Wien schaffen muß, ich kann mir durchaus vorstellen, daß es je nach Struktur der Stadtbereiche unterschiedliche Modelle für die getrennte Sammlung von Alt- und Problemstoffen geben kann, nur soll man endlich in einem Konzept sagen, wo man was machen will und nicht wieder nur Absichtserklärungen abgeben, daß die Müllverringerung die erste Priorität eines Abfallkonzeptes sein müßte.

Das Problembewußtsein zur Mitwirkung der Bevölkerung, die Bereitschaft zur Mitwirkung an der Müllvermeidung und an der Vorsortierung ist groß. Das wissen wir aus der Meinungsforschung und das wissen wir aus den Versuchen, die bis jetzt unternommen wurden. Nur die Versuche sind ja schon eine Weile gelaufen. Es hat sie vor Jahren im Planquadrat in der Per-Albin-Hansson-Siedlung und in einem Innenbezirk gegeben, es hat sie bei der Sondermüllsammlung im Frühjahr 1984 gegeben und es hat sie in den Planquadratversuchen in Teilen des 19. und 20. Bezirkes gegeben. Es wurden bis heute keine flächendeckenden Konsequenzen daraus gezogen und nicht einmal in diesem sogenannten Abfallkonzept finden sich solche flächendeckenden Konsequenzen mit konkreten Angaben, was, wo, wie gesammelt werden soll.

Aus diesen bisherigen Versuchen ergibt sich, daß neben dem Fleiß zur Erstellung eines vernünftigen Konzeptes gar nicht so viel Mut nötig gewesen wäre, um konkrete Maßnahmen für ganz Wien festzulegen. Trotzdem wird heute noch immer behauptet, man wisse noch nicht, wie die Bevölkerung dazu steht, und man hoffe nur, daß sich im Bereich der Müllvermeidung und Vorsortierung bessere Ergebnisse zeigen würden.

Nun kann es unserer Meinung nach nicht Aufgabe der Politik sein, Hoffnungen zum Ausdruck zu bringen, sondern es ist Aufgabe der Politik, konkrete Maßnahmen zu setzen. Aber nicht einmal dieses bißchen Mut hat die SPÖ bis jetzt aufgebracht, denn es finden sich hier nicht die konkreten, erforderlichen Maßnahmen. (Beifall bei der ÖVP.) Mut haben sicherlich jene sozialistischen Gemeinderäte bewiesen, denen diese Untätigkeit der Rathausführung in diesen Fragen auch nicht gepaßt hat. Mut haben jene sozialistischen Gemeinderäte bewiesen, die, obwohl sich die SPÖ ja in Wien in der Mehrheit befindet und alles realisieren kann, was sozialistische Mandatare wollen, hier im Gemeinderat Anträge eingebracht haben, um endlich die sozialistischen Amtsführenden Stadträte und den Bürgermeister zu Aktivitäten in dieser Richtung zu bewegen.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Anträge, die von sozialistischen Gemeinderäten im Dezember 1984 und im Mai 1985 gestellt wurden, mit denen der Stadtsenat, also die zuständigen Amtsführenden Stadträte und der Bürgermeister, aufgefordert wurden, endlich beim Bund aktiv zu werden und den Bund zu veranlassen, daß er jene Maßnahmen setzt, die bereits seit 1. Jänner 1984 laut § 10 des Sonderabfallgesetzes möglich sind, nämlich zum Beispiel die Beschränkung oder das Verbot von umweltfeindlichen Einwegverpackungen, Kunststoffen und ähnlichen Dingen. Mit Dank haben wir vermerkt, daß auch in der Mehrheitsfraktion Mandatare der Überzeugung sind, daß hier endlich etwas geschehen muß, daß die Minister Steger und Steyrer, die laut Sonderabfallgesetz dafür zuständig sind, endlich etwas tun sollen. Und wir haben mit Freude diesen drei Anträgen auch unsere Zustimmung erteilt.

Ein halbes Jahr später haben wir im Wiener Stadtsenat nicht einmal noch einen Bericht erhalten, und bis zum heutigen Tag wurden wir über keine Ergebnisse informiert. Ich bewundere den Mut der Gemeinderäte der SPÖ-Fraktion, die diese Anträge gestellt haben. Ich kann nur nicht verstehen, daß Sie es mit Ihrer Würde als Mandatare dieser Stadt vereinbaren können, daß man Ihnen bis heute nicht einmal über die stattgefundenen Verhandlungen und über allfällige Ergebnisse einen Bericht erstatten konnte. Ich glaube, es hängt mit der Würde unseres Hauses zusammen, daß wir darauf bestehen müßten, daß die Amtsführenden Stadträte und der Herr Bürgermeister wenigstens einstimmige Beschlüsse des Wiener Gemeinderates durchführen. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber das gestörte Verhältnis zu Beschlüssen der Organe der Stadt Wien in jüngster Zeit haben wir nicht nur in diesem einen Fall feststellen müssen. Wenn heute der Antrag im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von EBS und Hauptkläranlage vorliegt, so müssen wir feststellen, daß die-

sem Antrag etwas Wesentliches fehlt. Es fehlt nämlich vor allem die begleitende Kontrolle dieser Planung, die nach überfallsartiger Einbringung des Antrages auf Erteilung des Planungsauftrages in der Stadtsenatssitzung vom 30. April 1985 beschlossen wurde. Da wurde ausdrücklich beschlossen, daß die einzelnen Planungsabschnitte einer begleitenden Kontrolle zu unterziehen sind, durch eine Expertenkommission, die von internationalen Experten, von der Akademie der Wissenschaften und von der Rektorenkonferenz nominiert hätte werden sollen. Das Ziel und der Sinn dieses Beschlusses war es, daß dem Gemeinderat nach fünfmonatiger Planungszeit, also Anfang Oktober, am 2. Oktober, bereits ein ausschreibungsreifes Projekt vorliegt, das bereits mit einem Gutachten der Experten versehen ist, wonach es technisch plausibel und mit den Geboten der Wirtschaftlichkeit in Einklang zu bringen ist. Bis heute gibt es aber kein ausschreibungsreifes Projekt, die begleitende Kontrolle der Planung wurde noch nicht einmal veranlaßt, ein Termin dafür wurde wieder abgesagt, und nicht einmal das von der Holding außertourlich in Auftrag gegebene Consultinggutachten über die Grundzüge dieses Projektes liegt vor. Aber der Herr Bürgermeister hat sich mit 32 Aktenordnern fotografieren lassen und versucht heute den Eindruck zu erwecken, es würde mit diesem Antrag in der Sache der Sanierung von EBS und Hauptkläranlage irgendetwas weitergehen.

Mitnichten, meine Damen und Herren, bis jetzt ist nur klar, daß bereits eine Verzögerung von mehreren Wochen bei der Sanierung von EBS und Hauptkläranlage eingetreten ist. Bis jetzt ist klar, daß der im Frühjahr versprochene Baubeginn für Sanierung von EBS und Hauptkläranlage, sogar erinnere ich anhand eines großflächigen Plakates, nicht eingehalten werden kann. Erwiesen ist auch die Tatsache, daß eine begleitende Kontrolle der Planung entgegen dem Beschluß des Stadtsenates und entgegen dem nachträglichen Beschluß des Gemeinderates nicht stattgefunden hat.

Der Herr Bürgermeister versucht mit der Vorlage einer Vereinbarung, in der die Termine für die Fertigstellung der Sanierung noch weiter hinausgedrängt werden - in einem Fall schon um ein- einhalb Jahre über den Termin, den der Wasserwirtschaftsfonds festgelegt hat -, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken - nicht nur mit diesem Antrag sondern auch mit Presseaussendungen -, als würde die Verzögerung wieder aufgeholt werden können, als würde jetzt rascher etwas geschehen. Nichts dergleichen ist der Fall und wir stellen nur fest, daß auch hier wieder der Versuch unternommen wurde, unter Mißachtung von Beschlüssen des Stadtsenates und Gemeinderates, die Bevölkerung über das wahre Dilemma dieser Planung und über die bereits stattgefundenen Verzögerungen hinwegzutäuschen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir stehen heute vor diesem sogenannten Abfallwirtschaftskonzept und stellen fest, daß es sich in Wirklichkeit nur um die Nachschreibung bereits eingegangener Verpflichtungen handelt. Es wurden hier mit Mehrheit der SPÖ Beschlüsse gefaßt, die beispielsweise die Müllverbrennung und die dort hinzuliefernden Tonnagen an Müll bis über das Jahr 2000 festlegen, genau bis zum Jahr 2005. Es wurden Vereinbarungen hinsichtlich des Rinter-Zeltes abgeschlossen, die uns bis zum Jahre 2001 binden, wo der Wiener Gemeinderat durch Ihren Mehrheitsbeschluß sogar auf die Kündbarkeit, auf das Recht aufzukündigen, einseitig verzichtet hat. Und das wurde jetzt in diesem sogenannten Konzept nachgeschrieben, daß Sie nicht bereit sind, an den Versorgungsschienen, wie sie jetzt bestehen, etwas zu ändern.

Wir glauben, daß wir eine größere Verantwortung gegenüber der Bevölkerung haben als nur Dinge nachzuschreiben, sondern wir sollten Lösungen für die Zukunft anbieten. Wir glauben, daß Politik auch mit Anstand, Mitgefühl und Wahrheit zu tun haben sollte. Unsere Enttäuschung ist groß, daß gerade das Problem der Müllverbrennung in diesem Konzept keine Veränderung erfahren soll. Es läßt gerade diese Tatsache den geforderten Anstand, das Mitgefühl und die Wahrheit vermissen. Wir vermissen den Anstand, nicht herumzureden und so zu tun, als würde die bloße Existenz einer Müllverbrennungsanlage nicht nur ihren weiteren Betrieb, sondern sogar auch noch ihren Ausbau und ihre Erweiterung rechtfertigen. Wir vermissen das Mitgefühl mit den Menschen, die dort wohnen oder mit den Patienten, die dort in den Spitälern liegen, die wenigstens die Chance einer Umweltverträglichkeitsprüfung erhalten sollten, was bisher allerdings verweigert wurde.

Ich möchte hier nicht ohne Sorge und nicht ohne Enttäuschung einen Brief zitieren (Abg. Outolny: Es haben Ihre Funktionäre in der Wirtschaftskammer die größten Bedenken angemeldet), den das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz unter der Leitung Ihres Gesundheitsministers und Ihres Präsidentschaftskandidaten, Dr. Kurt Steyrer, der überparteilichen "Bürgerinitiative Müllverbrennungsanlage Flötzersteig" geschrieben hat. Die haben ihn darum gebeten zu veranlassen, daß vor Erweiterung dieser Anlage eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird. Und der Herr Bundesminister läßt zurückschreiben: "Wie aus den nun vorliegenden Stellungnahmen von Stadtrat Braun und anderen hervorgeht" - ich weiß nicht, wer die sind -, "erscheint eine Umweltverträglichkeitsprüfung für den Umbau der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig schon allein deshalb nur bedingt zweckmäßig, weil nicht auf einen anderen Standort ausgewichen werden kann." Das heißt, allein die Tatsache, daß es dort schon eine Müllverbrennungsanlage gibt, rechtfertigt in den Augen des Gesundheitsministers, daß sie nicht nur weiterbetrieben, sondern auch noch in ihrem Umfang und in ihrer Durchsatzmenge wesentlich vergrößert wird. (Abg. Hahn: Dafür gibt es 230 Beamte im Gesundheitsamt!) Einen solchen Gesundheitsminister können wir uns eigentlich einsparen! (Beifall bei der ÖVP.)

Wir vermissen auch die Wahrheit, die für die Politik gebotene Wahrheit, über das tatsächliche Ausmaß der Umweltbedrohung, die Wahrheit, die wir nicht nur beim Rautenweg jahrelang vergeblich gefordert haben, sondern die wir auch bis heute noch nicht hinsichtlich des Flötzersteiges gehört haben. Warum werden der Öffentlichkeit Gutachten verschwiegen? (Abg. Dr. Häupl: Welches Gutachten?) Warum wird das Ausmaß der Umweltbedrohung durch den Flötzersteig, auch nach dem Einbau der Rauchgasreinigungsanlagen, verschwiegen?

Ich möchte Ihnen hier eine Stellungnahme der Technischen Universität über die Konzentration an Dioxin und Furanen im Bereich der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig zur Kenntnis bringen. (Abg. Dr. Häupl: Das ist der Öffentlichkeit verschwiegen worden? Es liegt in Publikationen vor!) Ja, das liegt in Publikation vor und das liegt im Rathaus vor, nur wurde es nicht der Öffentlichkeit bekanntgegeben, sonst müßten die Entscheidungen in diesem Abfallkonzept andere sein. Hier heißt es nämlich, daß im Umkreis von etwa 850 Metern rund um die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig die maximale Immissionsbelastung durch das - ich werde es Ihnen jetzt nicht in der chemischen Formel zur Kenntnis bringen - landläufig benannte Seveso-Dioxin das Dreifache des international anerkannten Grenzwertes von höchstens vierzig Fentogramm pro Kubikmeter Luft erreicht. Dort liegen übrigens die Krankenanstalten, und in einer Zone, die bis auf etwa 1.300 Meter, also mehr als einen Kilometer, um die Anlage reicht, wird der eineinhalbfache Grenzwert an Seveso-Gift erreicht. Und erst ab dieser Entfernung von etwa 1.300 Metern liegt die Immissionsbelastung an diesem Seveso-Dioxin unter dem international anerkannten Grenzwert.

Nun können Sie sagen: "Ja, dazu machen wir ja die Rauchgaswäsche", und wir sagen: "Sicher ist die Rauchgaswäsche gut, aber es liegt ebenfalls ein Gutachten vor, wonach gerade diese hochgiftigen, chlorierten Kohlenwasserstoffe durch Rauchgaswäsche nur zu einem Teil entfernt werden können, nämlich diejenigen, die sich in den Feststoffen befinden, nicht aber die, die sich in gasförmigem Zustand befinden und auch nach der Rauchgaswäsche die Schloten verlassen werden." Ich beziehe mich dabei auf ein Gutachten der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Abteilung Wien, die eine Stellungnahme zur Müllverbrennungsanlage Flötzersteig abgegeben hat. (Abg. Dr. Häupl: Das ist abgeschrieben! Das ist genau dasselbe!) Ich möchte Universitätsdozent Dr. Lötsch zitieren, den Sie ja in letzter Zeit vor allem in Hinblick auf die Staustufe Wien auch recht gerne zitieren. Ich zitiere ihn heute auch gerne, weil ich es für wichtig halte, daß die Bevölkerung endlich darüber informiert wird, was von der Müllverbrennung im besonderen als Entsorgungsschiene in der Abfallwirtschaft zu halten ist, und wie notwendig es wäre, diese Entsorgungsschiene zu reduzieren und sich in einem Abfallwirtschaftskonzept nicht auf eine Erweiterung der Verbrennungsmenge festzulegen. Es heißt hier nach einer Darstellung der Problematik des Mülls als Brennstoff unter anderem zu den Dioxinen: "Diese unerwünschten und äußerst giftigen Substanzen werden nicht,

wie häufig behauptet wird, ausschließlich mit dem Flugstaub aus der Rauchgasreinigung, sondern in quantitativ größeren Mengen gasförmig oder als Schwebstaub emittiert." Es heißt weiter: "Die energetische Nutzung von Hausmüll, eine Sackgasse." Es wird dargestellt, daß sowohl aus energie-wirtschaftlichen Gründen, vor allem aber aus ökologischen Vernunftgründen, das kein Schwergewicht eines künftigen Abfallkonzeptes sein kann. Und es schließt dieser Passus mit den Worten: "Die Nutzung der Verbrennungswärme aus Hausmüll ist daher als Dauerlösung aus den genannten umwelthygienischen Gründen abzulehnen." (Abg. Dr. Häupl: Zitieren Sie ganz!)

Aus diesen Gründen spricht sich die Abteilung Wien der österreichischen Akademie der Wissenschaften auch gegen die Erweiterung der Durchsatzmenge der Müllverbrennungsanlage aus. Und sie schließt mit der Stellungnahme, daß eine zukunftsorientierte Abfallwirtschaft nur in den Bereichen der Müllvermeidung eine wirklich vernünftige Dauerlösung finden kann.

Wir vermissen nun diese Hinweise in den Erklärungen des Amtsführenden Stadtrates und des Bürgermeister, wir finden im Abfallwirtschaftskonzept leider nicht die Rücksichtnahme auf die Stellungnahme der Wissenschaft, nicht die Nutzung der wissenschaftlichen Ressourcen, und wir finden nur immer wieder den Mißbrauch von Wissenschaftern zur Erklärung oder zur Unterstützung von Behauptungen der Mehrheitsfraktion dieses Hauses. Es wird ja darüber noch ausführlich anläßlich der Diskussion um den Rautenweg zu sprechen sein. Ich möchte es hier damit bewenden lassen.

Es fehlen also Anstand, Mitgefühl und Wahrheit in der Politik der Rathausmehrheit, und wir sehen gerade aus diesem sogenannten Abfallwirtschaftskonzept, daß die Rathausmehrheit nicht zu diesen wesentlichen Wertbegriffen in der Politik bereit ist. (Abg. Edlinger: Das ist sehr stark, was Sie sagen! Zuerst denken!)

Ich möchte Ihnen auch noch anhand eines ganz konkreten Beispiels aus den Mengenangaben dieses Entsorgungskonzeptes sagen, daß Sie überhaupt an der Realität vorbeigehen. Wenn Sie sich nur diese Mengenaufstellung, die derzeitige und künftige Mengenaufstellung, auf den letzten Seiten dieses sogenannten Konzeptes ansehen, dann sehen Sie zunächst einmal eine wesentliche Sache.

Sie haben hier einen Streifen, das heißt, es ist nur ein dünner Strich, es wird sozusagen die Menge in Breite der Graphik angegeben, ein ganz dünner Strich über die Dinge, die auf eine Sonderabfalldeponie gehen müssen. Sie tun damit so, als ob Sie nicht jetzt schon Zehntausende Tonnen überwachungsbedürftigen Sonderabfalls hätten, von dem Sie nicht wissen, wo Sie ihn eigentlich hingeben sollen, wo Sie jetzt nur wissen, daß die Deponie Rautenweg, wo Sie ihn jetzt hintun, undicht ist. Und hier, in einem Abfallkonzept, geben Sie nicht einmal Tonnen an, weil sozusagen der Platz zu klein ist, nur so eine dünne Linie ist, als ob es diese Sonderabfallmengen nicht jetzt schon gäbe, als ob nicht durch die Rauchgasreinigung noch Zehntausende Tonnen pro Jahr dazukommen würden.

Ich stelle mit Verwunderung fest, daß auch bei der Angabe der Mengen an Schlacke und Asche aus den Entsorgungsbetrieben, aus den Verbrennungsanlagen keine Veränderung der Menge angegeben ist. Ja, entweder rechnen Sie in diesem Konzept nicht damit, daß die Rauchgasreinigung je funktioniert, oder Sie haben vergessen, diese Tausende von Tonnen pro Jahr, die durch die Rauchgasreinigung noch zusätzlich anfallen werden, in diesem Abfallwirtschaftskonzept auch nur zu erwähnen oder in der Graphik aufzuzeichnen.

Wir vermissen jegliche Mengenangabe über die geplanten Ergebnisse an Müllverringerung durch die Müllvermeidung. Kein Wort und keine Zahl ist hier zu finden. Und wir vermissen letztlich die Angabe, was denn auf der Deponie Rautenweg, im Rinter-Zelt von der zweiten Anlage, der alten, noch funktionslos stehenden Anlage, von der Andritzer verwertet werden soll. Sie haben aber einen Vertrag mit den Andritzern abgeschlossen, mit Mehrheit hier im Haus, wonach sich die Andritzer jederzeit jede beliebige Menge an Hausmüll liefern lassen kann, um ihre Versuche durchzuführen. Auch darüber findet sich kein Wort in diesem Konzept, keine Angabe in dieser Graphik, und wir wissen, daß diese Anlage für 200.000 Tonnen Müll ausgelegt ist.

Das heißt, es gibt Einsparungsmöglichkeiten über Einsparungsmöglichkeiten, aus denen sich längerfristig die Stilllegung der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig ableiten läßt.

Und daher sagen wir heute: Legen Sie uns ein Abfallkonzept vor, in dem nicht nur eine Verringerung der Deponiemenge sondern aus ökologischen Gründen auch eine Verringerung der Verbrennungsmenge enthalten ist, denn im Gegensatz zur Deponierung, die nur eine Gefährdung oder immerhin eine Gefährdung von Grundwasser und Boden mit sich bringt, bringt die Müllverbrennung sowohl Gefahr für den Boden als auch Gefahr für das Grundwasser und zusätzlich noch Gefahr für die Atemluft der Wiener mit sich, die auch durch die beste Rauchgasreinigungsanlage nicht vollends beseitigt werden kann. Daher kann ein vernünftiges Abfallwirtschaftskonzept nur dazu dienen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, auch im Bereich Verbrennung zu reduzieren. Ich sage ja nicht, daß wir von heute auf morgen reduzieren sollen, ich sage auch nicht, daß es uns möglich sein wird, in absehbarer Zeit die Verbrennung von Müll überhaupt einzustellen (Abg. Riedler: Aber den Flötzersteig wollen Sie zusperren? Sie widersprechen sich!), wenngleich es möglicherweise eine Forderung der Zukunft sein könnte. Aber wir fordern, daß Sie heute schon damit beginnen, eine der beiden Müllverbrennungsanlagen längerfristig stillzulegen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir bedauern daher und wir sind enttäuscht darüber, daß es bis zum heutigen Tag, trotz langjähriger Vorarbeiten, der Mehrheit in diesem Haus nicht möglich war, ein Abfallwirtschaftskonzept vorzulegen, das wenigstens jene Punkte enthält, zu denen sich, zumindest verbal, auch die Mehrheitsfraktion bekennt. Der längerfristige Aspekt für die Müllvermeidung, der den Ansatzpunkt für eine neue Weichenstellung bieten würde, fehlt im vorliegenden sogenannten Müllkonzept zur Gänze. Es ist in Wirklichkeit nur eine Fortschreibung des Zustandes und eingegangener Verpflichtungen. Es wären für ein zukunftsorientiertes Abfallwirtschaftskonzept offenbar mehr Fleiß, Mut, Anstand, Mitgefühl, Wahrheit und Würde notwendig gewesen, als Sie von der Sozialistischen Mehrheit derzeit aufzubringen vermögen. Wir können daher dieses Konzept bestenfalls als einen dürftigen ersten, zweiten oder dritten Zwischenbericht zur Kenntnis nehmen, dessen äußerste Mangelhaftigkeit vielleicht der Anlaß sein könnte, innerhalb von ein paar Monaten vielleicht doch zu einem modernen Müllkonzept zu kommen, das wir brauchen, um die Abfallprobleme unserer Stadt auch in Zukunft in den Griff zu bekommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Sallaberger: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Amtsführender Stadtrat Hatzl. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat Hatzl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Wiener Landtages! Ich habe vor, nur ganz kurz das Wort zu ergreifen und mich lediglich auf die letzten Feststellungen des Kollegen Fürst zu beziehen, in denen er die Frage der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig hier behandelt hat.

Es ist bekannt, und ich muß es in diesem Haus offensichtlich nochmals wiederholen, daß am 9. Oktober 1984 der Herr Bürgermeister, der Herr Stadtrat Braun und ich über die Sanierung der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig und die Übernahme durch die Heizbetriebe Wien berichtet haben, und daß wir damals mitgeteilt haben, daß alle Maßnahmen gesetzt werden, um diese Anlage umweltfreundlicher und rationeller zu gestalten. Wir haben damals auch deutlich gesagt, daß die Durchsatzmenge dieser Anlage so ausgelegt sein wird, daß sie nicht höher sein wird als sie bereits in den 60er Jahren geplant und auch errichtet wurde. Von einer Erweiterung, und Sie haben von einer wesentlichen Vergrößerung gesprochen, ist überhaupt nicht die Rede und kann auch beim besten Willen nicht aufrechterhalten bleiben. (StR. Fürst: Das ist wieder eine Unwahrheit!) Herr Kollege Fürst, nehmen Sie den Vorwurf der Unwahrheit zurück. (StR. Fürst: Den nehme ich nicht zurück, ich trete den Wahrheitsbeweis an!) Sie werden ihn nicht antreten können, weil es Ihnen nicht gelingen wird. Es ist Tatsache, daß ich damals mitgeteilt habe, daß die Durchsatzmenge nicht erhöht werden wird und auf dem Stand des Jahres 1960, wie auch die ursprüngliche Anlage auf die 200.000 Tonnen konzipiert ist, belassen wird. Das ist einmal das eine.

Das zweite: Wir haben auch in der Vergangenheit klargestellt, auch wenn wir jetzt die Anlage

erneuern und in Ordnung bringen, daß es trotz dieser Erneuerung in den nächsten Jahren nicht beabsichtigt ist, hier eine größere Durchsatzmenge vorzunehmen als sie jetzt bereits gegeben ist. Das heißt, der Bereich den es jetzt gibt, bleibt gleich, und es wird alles so wie bisher in der Spittelau und am Flötzersteig auch entsprechend zur Verbrennung gelangen. Daher kann man hier auch nicht von einer wesentlichen Vergrößerung sprechen.

Nur glaube ich, es wäre wahrscheinlich die Wiener ÖVP, die uns vorwerfen würde, daß man hier etwas kurzsichtig tut, wenn man etwas zur Gänze erneuert, wenn man dann die Maßnahmen so setzt, daß man den engst begrenzten Raum an Möglichkeiten ausnützt. Und ich könnte mir vorstellen, nachdem sich die Bocksprünge der Wiener ÖVP in dieser Frage von Monat zu Monat ständig ergeben, daß man dann hier eine ganz andere Meinung hätte und uns vorwerfen würde: "Ja wie könnt Ihr nur etwas auf 120.000 oder 130.000 auslegen, wenn es sogar früher bei der alten Anlage bereits 200.000 waren und in diesem Zusammenhang hier das ganze unwirtschaftlich und unrealistisch gestalten."

Und, Herr Stadtrat Fürst, Sie haben heute wieder einen untauglichen Versuch unternommen, der Öffentlichkeit einreden zu wollen, daß es das gleiche wäre, wenn man mit 200.000 Tonnen Durchsatzmenge arbeitet oder mit 120.000 Tonnen. Das würde zutreffen, wenn es in der Zwischenzeit keine Maßnahmen geben würde. Aber es ist sehr wohl ein Unterschied, wenn eine Anlage erstens nach dem modernsten Stand der Technik ausgestaltet wird und zweitens mit der Rauchgaswäsche versehen ist. Und das ist, bitte, zu berücksichtigen. Und selbst wenn wir - ich sage es nochmals, wir tun es nicht - in den nächsten Jahren, weil wir eben aufgrund der Konzeption, die vorliegt, ganz einfach meinen, daß wir die Hoffnung haben, daß es in diesem Zusammenhang gewisse Verringerungen in der Müllmenge gibt oder zumindest kein Ausufern und keine Erhöhung, daß man auf dieser Ebene dem allen Rechnung trägt.

Was wäre die Konsequenz? Wenn wir es machen wie Sie es vorschlagen, eine Müllverbrennungsanlage einzustellen, dann ist die Konsequenz, wenn die Verbrennung ausschließlich in der Müllverbrennungsanlage Spittelau zu erfolgen hat, daß die Spittelau logischerweise ausgebaut werden müßte, weil ja der Müll, der dann am Flötzersteig dann nicht zur Verbrennung gelangt, wenn er nicht eingespart werden kann, wenn er nicht deponiert werden soll, dann woanders für die energetische Nutzung verwendet werden muß. Und damit heißt das im Klartext: Sie sagen keinen Alternativstandort, Sie sind gegen die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, aber Sie sind dafür, daß die Spittelau ausgeweitet wird. Das ist in Wirklichkeit die Konsequenz Ihrer politischen Aussage.

Meine Damen und Herren! Das ist dann in Wirklichkeit die Ausgangsbasis, wo Sie die Worte Mut, Fleiß, Würde, Ehrlichkeit, Anstand und Mitgefühl für sich selbst verwenden müssen und nicht für uns, denn wir sagen der Bevölkerung ehrlich, was wir vorhaben, was wir tun, wie wir es tun und welche Beweggründe dahinterstecken und diese Schlagworte, die Sie verlesen und in den letzten Tagen als Aussagen Ihres Obmanns plakatiert haben, müßten eigentlich für Sie Geltung haben und von Ihnen angenommen werden.

Letzte Bemerkung. Ich sagte Bocksprünge, man könnte aber auch Fürstsprünge sagen. 1983 - Vizebürgermeister Busek: "Den Wienerwald retten, dies bedeutet unter anderem den sofortigen Einbau wirksamer Filteranlagen in den Wiener Kraftwerken und Müllverbrennungsanlagen." Also keine Spur vom Aufgeben eines Standortes.

Vizebürgermeister Busek spricht im Juli 1983 von Maßnahmen, die getroffen werden müssen, Entscheidung über das Rinter-Zelt, Funktionstüchtigkeit der EBS und der Hauptkläranlage, Ersatz für die alte Müllverbrennungsanlage Flötzersteig. Auch keine Aussage "weg mit dem Flötzersteig". Das war nämlich in dem Zusammenhang, daß man den Flötzersteig endlich auf den modernsten Stand der Technik bringen soll.

GR. Worm, November 1983: "International hat es sich als billiger und zielführender ergeben, den Müll unter Berücksichtigung einer Emissionsreinigung auf den letzten Stand der Technik direkt zu verbrennen."

Klubobmann Goller forderte im November 1983 außerdem die baldige Sanierung der Wiener Müllverbrennungsanlagen, "die derzeit die Wiener Luft mit enormen Mengen an Schadstoffen, vor allem Salzsäure, verpesten. Der Stand der internationalen Technik und bereits längst in Betrieb befindliche Anlagen zeigen, daß man hier sogar weit unter die Grenzwerte kommen könnte. Im Sinne der Wiener Umweltpolitik muß dieses Ziel so bald als irgend möglich angestrebt werden", sagte Goller.

Eine weitere Aussage in der gleichen Richtung, November 1983, die GRe. Ing. Worm und Dr. Hawlik haben an den Amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Bürgerdienst eine dringliche Anfrage gerichtet. Und in dieser Anfrage war unter anderem, ich zitiere: "...und ob er bereit sei, für die beiden Anlagen" - also Flötzersteig, Spittelau - "Filteranlagen nach dem neuesten Stand der Technik vorzusehen, um die Umweltbeschädigungen vor allem durch Salzsäure hintanzuhalten. Eine sofortige Generalsanierung" - bitte das jetzt zu beachten - "der beiden Anlagen wäre allerdings mit enormen Schwierigkeiten verbunden, da hiezu eine Abschaltung notwendig wäre. Das würde aber einerseits einen Ausfall der von den beiden Anlagen erzeugten Fernwärme bedeuten, andererseits seien die beiden Müllverbrennungsanlagen derzeit die beiden einzigen Säulen der Wiener Müllentsorgung."

Ich kann Ihnen das seitenweise weiterlesen, bis zum heutigen Tag, wie sich das langsam verändert. Fast wäre ich geneigt zu sagen, wir erfüllen die ÖVP-Wünsche. In Wirklichkeit war es natürlich unsere Absicht, hier etwas zum geeignetsten Zeitpunkt zu tun. Aber ich übertreibe scharf und sage: Wir erfüllen den ÖVP-Wunsch nach Einbau von Filteranlagen, wir erfüllen trotz Bedenken der ÖVP eigentlich den Wunsch nach einer Generalsanierung der Anlagen. Und jetzt kommen Sie und sagen: "Das ist alles nichts, das alles gehört zugesperrt und weggerissen." Das verstehe ich unter "Fürstsprüngen" oder Sprüngen der Wiener ÖVP, und daher ist es so schwer, Ihnen Vertrauen in dieser Frage entgegenzubringen, weil in zwei Monaten Ihre Aussagen wahrscheinlich schon wieder ganz anders sein werden als sie vor zwei Monaten gewesen sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Sallaberger: Herr Stadtrat Fürst hat sich gemäß § 21 der Geschäftsordnung zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet. Ich mache ihn aufmerksam, daß die Redezeit maximal fünf Minuten beträgt.

Stadtrat Fürst: Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind es ja schon längere Zeit gewöhnt, daß uns das Wort im Mund umgedreht wird. (Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.) Daß das in unmittelbarer Wortfolge passiert, verwundert, erstaunt und enttäuscht mich. Aber das gehört offenbar zum Stil, den die Mehrheit dieses Hauses in den letzten Monaten gewählt hat.

Warum ich mich zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet habe ist nicht, um es noch einmal zu sagen, daß die Reduktion der Müllverbrennung durch ganz konkrete, von mir genannte Maßnahmen getroffen werden könnte, sondern es geht mir darum, die Frage der Wahrheit der Erklärungen darzustellen.

Ich habe Ihren Erklärungen, Herr Stadtrat, entnommen, daß die Mülldurchsatzmenge verringert werden soll. Ist das richtig? (Amtsf. StR. Hatzl: Reden Sie nur weiter!) Ich meine, ich habe das entnommen. Widersprechen Sie mir nicht? Gut, also Sie widersprechen nicht. (Amtsf. StR. Hatzl: Sehen Sie, jetzt beginnen wir mit den Entstellungen!) Ich habe Ihrer Erklärung entnommen, daß die Mülldurchsatzmenge ohnedies verringert wird.

Dann muß ich die zweite Frage stellen: Haben Sie dieses Abfallwirtschaftskonzept gelesen? Ja oder Nein? (Abg. Dinhof: Was ist das? Das ist ja keine Fragestunde!) Also ich nehme an, Sie haben es gelesen, oder widersprechen Sie mir da? - Gut, ich nehme an, Sie haben es gelesen. (Amtsf. StR. Hatzl: Herr Kollege! Wie war die Frageneinleitung?) Dann stelle ich mir hier die Frage: Wie können Sie sagen, obwohl Sie wissen, was da drinnensteht, daß die Mülldurchsatzmenge reduziert wird?

Präsident Sallaberger (das Glockenzeichen gebend): Herr Stadtrat Fürst, darf ich Sie bitten, einen Augenblick in Ihrer Rede innezuhalten. Ich bitte Sie, die tatsächliche Berichtigung anzubringen, und nicht in die Debatte weitere zusätzliche Aspekte hineinzuführen.

Stadtrat Fürst (fortsetzend): Ich bin gerade dabei, Herr Präsident (Abg. Ing. Svoboda: Müh-

selig!) und möchte darauf hinweisen, daß hier in diesem Müllkonzept, das Sie offensichtlich gelesen haben, drinnensteht, daß - ich will mich gar nicht auf Diskussionen einlassen und nehme es jetzt von Ihnen hier vorgegeben zur Kenntnis - eine derzeitige Mülldurchsatzmenge in den beiden Verbrennungsanlagen von 371.331 Tonnen sei, und nach Realisierung der Teilschritte zum neuen Abfallwirtschaftskonzept sollen es, nach diesem Konzept, 400.000 Tonnen sein. Das sind jedenfalls um 30.000 Tonnen mehr.

Ich will jetzt gar nicht definieren, was eine Unwahrheit und was eine Lüge ist, denn da kommt man aufgrund dieser Erklärung von Ihnen und aufgrund dieser vorgelegten Konzeptes, das Sie gelesen haben wollen, zu eindeutigen Schlüssen. Ich will nur sagen, daß Politik auch mit Wahrheit zu tun haben sollte. (Amtsf. StR. Hatzl: Das gilt für Sie besonders!) Entweder sind Sie nicht mit diesem Konzept einverstanden, dann schmeissen Sie es in den Mistkübel, oder Sie sind damit einverstanden, dann müssen Sie aber auch gegenüber der Bevölkerung erklären, warum Sie die Durchsatzmenge der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig erhöhen wollen, anstatt, wie wir es uns vorstellen und wie es sich die Bevölkerung vorstellt, diese Anlage längerfristig durch Maßnahmen der Müllvermeidung stillzulegen. (Beifall bei der ÖVP. - Amtsf. StR. Hatzl: Das war eine schöne Einstellung!))

Präsident Sallaberger: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr Präsident Hahn. Ich erteile es ihm.

Abg. Hahn: Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren! Der heutige Tag ist der, glaube ich, der von der SPÖ als Generalreinigungstag gedacht war, der die Absolution von all ihren Sünden und Fehlern des letzten Jahrzehntes auf dem Gebiete der Ver- und Entsorgung bringen soll, eigentlich ein richtiges Tröpferbad geworden, denn man erkennt ja jetzt schon, daß alle diese Termine, die angekündigt worden sind - man sieht es in dem Konzept beim ersten Durchlesen - sicherlich wiederum nicht eingehalten werden können. Aber diese Generalreinigung gibt mir auch die Möglichkeit, über diese Probleme, die uns ja seit fünf Jahren - ich nehme jetzt nur die letzten fünf Jahre, in Wirklichkeit ist es natürlich schon länger - ständig beschäftigen, noch einmal darzustellen, und ich muß da mit den SPÖ-Stadträten beginnen.

Der als maßgebender SPÖler auf Seiten der Israelis stehende und gegen den Araberterror kämpfende Stadtrat Heinz Nittel, welcher selber Opfer eines grausamen Anschlages wurde - ich glaube, heute kann man es bei aller Achtung vor dem Toten sagen -, hat ja, und ich bitte die älteren Mitglieder sich daran zu erinnern, als besonderen Hit immer die genauen Eröffnungstage, Festdaten festgesetzt, was bei den Bädern auch funktionierte, das muß anerkannt werden, aber bei der EBS, die er natürlich übernommen hat, bei der Hauptkläranlage und beim Rinter-Zelt - und das können Sie eben nicht ableugnen - von einem Desaster zum anderen führten.

Die Opposition hat Sie oft genug rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht. Damals haben Sie ja alle diese Anträge und Anfragen abgeschmettert. Es ist sicherlich - und ich komme dann darauf zu sprechen - ein Verdienst des Kontrollamtes, daß sich in den letzten Jahren wenigstens auf diesem Gebiet die Situation gebessert hat, denn ich nehme an, daß Sie zumindest die Berichte des Kontrollamtes in diesen Punkten voll und ganz akzeptieren. Ich werde Ihnen auch hier einige Punkte aufzählen müssen.

Der zweite Stadtrat, Veleta, wurde bereits von Herrn Kollegen Ing. Worm recht treffend gezeichnet. Er wurde in seiner Lebenswürdigkeit von den Problemen vollkommen überrannt, versuchte sich mit einem Schluck aus der Abwasserbrühe in der Öffentlichkeit zu retten, was zwar sehr mutig war, ihm aber leider eine leichte Infektion eintrug. Man kann sich wirklich nicht des Eindruckes erwehren - wir haben das sehr oft überlegt -, daß er, als das Ressort auch noch um die Holding ausgeweitet wurde - bitte nicht zu vergessen - restlos überfordert sein mußte. Zusätzlich zu all diesen Problemen hatte er auch noch die Grundstücke. Er konnte das eigentlich gar nicht, aber das haben eben die SPÖ oder der Bürgermeister so beschlossen. Sie haben gesagt: "Jetzt jagen wir den Veleta da hinein, er ist ohnedies ein netter Mensch und auch nicht so angreifbar." Ich meine, das muß man ja wirklich alles bei der Rekapitulation, dieser sogenannten Generalreinigung, die Sie

heute hier durchführen wollen, sagen. Er legte zwei Müllkonzepte vor, die sicherlich besonders düftig waren, aber das fünfte, das wir heute von Stadtrat Braun bekommen haben, ist natürlich auch noch nicht die Lösung der Probleme.

Der dritte war dann Stadtrat Schieder, der Schnellredner, der es verstanden hat, alle niederzureden. Er hat hier eine halbe Stunde mit Lautstärke und Temperament und manchmal noch temperamentvoller gesprochen, und es war bei ihm immer alles in Ordnung, so daß man selbst verblüfft war und nachgedacht hat, ob man denn jetzt das Richtige gesagt hat, denn der Schieder stellt das so dar, als ob ja schon alles erledigt wäre.

Nur, und das muß man der SPÖ in aller Ruhe sagen, bei seiner Abschiedspressekonferenz - er hat sein Ziel, Vizebürgermeister der Stadt Wien zu werden, nicht erreicht - hat er seinem Nachfolger, dem Kollegen Stadtrat Braun, die Latte so hoch gelegt, daß auch der beste Stabhochspringer nicht über diese Latte drüberkommen kann. Aber, meine Damen und Herren von der SPÖ, Sie können von der Opposition jetzt nicht erwarten, daß sie dem Stadtrat Braun womöglich noch eine weiche Matte hinlegt, damit er beim Fallen nicht zu Sturz kommt. Das kann von der Opposition wirklich nicht verlangt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Und jetzt der Herr Stadtrat Braun. Nach den ersten Wochen hat man gesagt: "Der bemüht sich, die Probleme sachlich zu lösen, er interessiert sich für alles", was ja von seinem Vorgänger nicht immer zu sagen war. Aber jetzt natürlich, jetzt ist das Jahr um. Wir haben allerdings schon einen wesentlichen Unterschied zur Situation vor fünf oder vier oder drei Jahren, denn jetzt haben wir einen Bürgermeister, der über allem steht, er ist für alle Wiener da und er gibt für alles eine Garantieerklärung ab. Und sehen Sie, ich muß das immer wieder sagen, das ist im Fernsehen und das ist die größte Leistung. (Amtsf. StR. Hatzl: Er hält sie auch ein!) Herr Stadtrat Hatzl, ich komme jetzt sowieso auf ein paar Punkte, da werden wir zum richtigen Zeitpunkt - die genauen Termine, die haben wir natürlich schon auch gesammelt - den Herrn Bürgermeister fragen, was mit der Garantieerklärung jetzt wirklich geschehen ist.

Eine kommt heute dran, die Pfannbauernquelle. Am Tag der offenen Tür hat der Herr Bürgermeister gesagt: "Ende 86 werdet Ihr Wiener nur mehr reines Hochquellenwasser, fast wie Mineralwasser trinken". Bitte schauen Sie sich den Zeitplan an, das geht gar nicht bis Ende 86. (Amtsf. StR. Hatzl: Geduld!) Herr Vizebürgermeister Mayr hat es im Finanzausschuß zugegeben. Die Maschinen müssen erst aus dem Ausland angeschafft werden. Das geht gar nicht! (Amtsf. StR. Hatzl: Aber wo denn! Abwarten!) Das ist die erste Garantieerklärung des Herrn Bürgermeisters, wo wir jetzt schon nachweisen können, daß sie nicht gehalten werden kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber ich möchte mich in meinen Ausführungen, und das ist natürlich bei dem Thema eine Schlüsselsache, eigentlich der Finanzierung beziehungsweise der Abwicklung beim Wasserwirtschaftsfonds widmen, denn an und für sich hat ja das Ressort die Riesenchance, daß es 55 beziehungsweise 70 Prozent aller ordentlich eingereichten, bewilligten Projekte zurückbekommt. Das ist eine sehr große Chance. Ich habe schon einmal hier gesagt, daß sich die Bundesländer des Wasserwirtschaftsfonds recht gut bedienen. In Wien war es jedoch ein einziges Fiasko, und es hat sich bis zum heutigen Tag noch nicht wesentlich gebessert. (Abg. Ing. Svoboda: O doch!) Ich komme schon darauf zurück.

Ich habe am 22. März des heurigen Jahres dem Gemeinderat bei einem an und für sich harmlosen Tagesordnungspunkt - irgendein Kanal im 8. Bezirk - erstmals über alle Unzulänglichkeiten bei den Abrechnungen, vor allem der EBS, die damals immer noch nicht abgerechnet war, berichtet, wobei ich mich damals schon auf einen ersten Kontrollamtsbericht stützen konnte, und letztendlich haben mich dann meine Erfahrungen in zwei oder drei Sitzungen des Wasserwirtschaftsfonds dazu bewogen, einen Antrag zu stellen, daß das Kontrollamt sämtliche Ansuchen beziehungsweise deren Abrechnung, die Wien seit Anfang der 70iger Jahre beim Wasserwirtschaftsfonds eingereicht hat, überprüfen möge. Der Antrag wurde im Kontrollausschuß am 27. März beschlossen, und die Beamten des Kontrollamtes haben sich dessen mit gewohnter Genauigkeit und Gründlichkeit ange-

nommen, und ich kann Ihnen heute schon einige Zahlen nennen. Ich glaube, das sollte man bei einer sachlichen Debatte, und die Debatte ist ja bis jetzt im großen und ganzen sehr sachlich verlaufen, schon sagen.

Jetzt kommt meine erste Attacke gegen den Herrn Vizebürgermeister und Finanzstadtrat Mayr, der das Ressort schon seit 73 hat, während ja die anderen Stadträte immer im 2-Jahres-Rhythmus gewechselt haben. Ich würde sagen, bis der Stadtrat nach einem Jahr gewußt hat, was der Wasserwirtschaftsfonds überhaupt kann, ist er schon wieder weg gewesen. (Abg. Prof. Wiesinger: Aber Sie wissen schon, Herr Präsident: Die Akten waren noch nicht im Ausschuß! Was Sie hier veröffentlichen, war noch nicht im Ausschuß! Ich möchte Sie nur darauf hinweisen!) Ja, ja, einige Zahlen kann man, glaube ich, schon nennen. Na ja, das ist Ihnen natürlich nicht recht, wenn ich das sage. (Abg. Prof. Wiesinger: Bei der Pressekonferenz am Tag darauf werden Sie das alles ganz deutlich sagen!) Nein, das werde ich nicht sagen, weil wir nicht zu der Pressekonferenz hingehen. (Abg. Prof. Wiesinger: Ich stelle es nur fest!) Wenn heute so ein Thema behandelt wird, wo es um Milliarden geht, dann darf man das sicherlich sagen.

Jetzt beginne ich einmal mit dem Umfang, damit Sie das wissen. Ich nehme ja an, das interessiert alle Abgeordneten, auch die der SPÖ. Seit dem 8. Mai 1968 hat Wien bisher 166 Projekte mit Baukosten von 6,4 Milliarden beantragt, wovon 4,4 Milliarden auf Kanalbauten, 1,8 Milliarden auf Wasserversorgung und auf EBS zusätzlich Klärschlammverbrennung 768 Millionen entfielen, also insgesamt knapp 7 Milliarden. Nun gibt es leider zahlreiche Projekte für die es keine Zusicherung gibt, und diesen Fehler darf man schon aufzeigen, das haben wir ja das letzte Mal schon gewußt. Kollege Wiesinger, darf ich Ihnen in aller Bescheidenheit sagen, daß ich dazu keinen Kontrollamtsbericht brauche. Das weiß ich aus dem Wasserwirtschaftsfonds (Abg. Ing. Svoboda: Dann darf ich nicht zitieren!), daß ja zahlreiche Projekte deswegen nicht bewilligt wurden, weil immer wieder zu bauen begonnen wurde, obwohl das Projekt noch gar nicht bewilligt war. Und es hat bis zum 7. Juni 1985 gedauert, bis Herr Stadtrat Braun gesagt hat: "Jetzt ist es aus. Erst bis die Bewilligung da ist!" Das ist so wie bei der Wohnbauförderung. Wenn jemand zu Bauen beginnt, bevor die Landesregierung den Zuschuß bewilligt hat, dann gibt es kein Geld. Beim Wasserwirtschaftsfonds ist es genauso.

Es geht hier um 27 Fälle, den Betrag weiß ich nicht, wo vorzeitig begonnen wurde und wo das Geld sowieso á fonds perdue ist. Da gibt es sehr zahlreiche weitere Fälle, das habe ich auch schon hier gesagt, ich wiederhole mich nur. Der Liesingtalsammelkanal wurde sogar ausnahmsweise bewilligt, obwohl die Unterlagen noch nachgereicht werden müssen. Herr Kollege Wiesinger, ich erinnere daran, daß der Herr Vizebürgermeister Mayr, als ich in der Fragestunde gefragt habe, was geschähe, wenn die Unterlagen nicht nachgereicht würden, selbst zugegeben hat: "Sie haben recht, dann gibt es kein Geld durch den Wasserwirtschaftsfonds." Also, ich hoffe, daß die Unterlagen über den Liesingtalsammelkanal nachgereicht sind.

Eines der Projekte ist die Mülldeponie Rautenweg, die auch heute verhandelt wird. Das war Gegenstand einer Auseinandersetzung und wurde ja immer schon angerissen. In der Mai-Sitzung hat sich Herr Stadtrat Braun furchtbar aufgeregt, als wir gesagt haben, es gäbe ein Gutachten eines Ingenieurs, der jetzt übrigens bei diesem Auftrag dabei ist, in dem die Gefährlichkeit des Grundwassers festgestellt wurde. Es war eine riesige Aufregung, es wurde dementiert. Heute haben wir den Antrag, allerdings nur für die erste Planungsphase.

Es kommt aber noch viel besser. Im Budget sind beim Rautenweg beim Müll schon 55 Millionen drinnen, die sind beim Rechnungsabschluß natürlich wieder nicht ausgegeben beziehungsweise wahrscheinlich sind 1,3 Millionen davon bedeckt. Also so geht das wirklich nicht! Wie lange weiß man das jetzt schon und wie oft wurden wir beruhigt. Und immer wieder wurde gesagt, daß die böse ÖVP immer nur Panikstimmung mache.

Die Wasserwirtschaftsfondssitzungen finden sinnigerweise immer knapp nach dem Budget im Parlament statt, also das heißt, es ist immer ein Christkindl. Es ist also etwa bis zum 20. Dezember

Zeit. Ob das jetzt reicht, das entzieht sich meiner Kenntnis, denn eingereicht wurde, glaube ich, Ende September.

Insgesamt sind also von den zugesicherten Förderungsdarlehen - eingereicht wurden 167, 112 sind zugesichert, alles andere ist weg - 94 Projekte fertiggestellt und 58 Projekte endabgerechnet. Es sind also für 36 Projekte noch die Förderungen ausständig, sicherlich in einer größeren Höhe, und auch bei der EBS gibt es noch eine Restforderung von 178 Millionen. Es sind also einige hundert Millionen, die halbe Milliarde ist sicherlich erreicht, die insgesamt echt verschlampt wurden. Das heißt, mit der halben Milliarde, die wir schon vor zwei, drei oder vier Jahren hätten bekommen können, hätte man alle diese Projekte, die immer wieder zur Debatte stehen, schon finanzieren können. Das heißt, der Wiener Steuerzahler wurde zweimal geschädigt. Erstens, weil die Darlehen nicht rechtzeitig in Anspruch genommen wurden und zweitens, weil ja die Gebühren ständig erhöht wurden. Ich sage nur: Kanalgebühr von 2 Schilling auf 8 Schilling achtzig. Die Investitionsrate - wenn da einer an den Zahlen zweifelt, braucht er nur im Budget nachzuschauen - war immer unzureichend, und da hat sich weder der Stadtrat Schieder durchsetzen können, noch bisher der Stadtrat Braun.

Wir hoffen also, daß es 1986 besser wird. Ich sage nur noch einmal: Den Wasserwirtschaftsfonds hat man verschlampt, das müssen Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ zur Kenntnis nehmen. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Prof. Wiesinger: Wir haben auch im Ausschuß gezeigt, daß wir nicht einverstanden sind! Wir haben auch für den Antrag auf Untersuchung gestimmt! Ich wehre mich nur gegen die Art, daß Akten, bevor sie im Ausschuß behandelt werden, in den Gemeinderat kommen! Das ist gegen die Geschäftsordnung!) Also erstens, erstens bin ich ein Mitglied des Wasserwirtschaftsfonds, wenn Sie das gestatten (Abg. Prof. Wiesinger: Dann hätten Sie es nicht zitiert!), und zweitens, wenn Sie den Antrag im Kontrollausschuß auch noch abgelehnt hätten, dann hätten Sie ja praktisch das ganze Kontrollamt oder den Kontrollausschuß in seiner Tätigkeit wieder auflösen können. (Abg. Prof. Wiesinger: Jetzt drehen Sie mir das Wort im Mund um!)

Und jetzt komme ich zum Absurden, das muß auch gesagt werden, wobei ich zugebe - ich sage das jetzt zu meiner Seite gewendet -, daß sich in diesen Fragen auch der Vorsitzende des Ausschusses Herr Kollege Wiesinger immer voll der Meinung meiner Fraktion angeschlossen hat. (Abg. Prof. Wiesinger: So würde ich es nicht formulieren!)

Was ich nicht verstehe, ist folgendes. Während alle Landesregierungen drei bis vier Spitzenbeamte haben, die bei den Sitzungen des Wasserwirtschaftsfonds mit ihren jeweiligen Landesräten aufmarschieren, hat Wien nur einen B-Beamten gehabt, der alle diese Projekte - ich sage es noch einmal: In 10 Jahren 7 Milliarden, 7 Milliarden! - ordnungsgemäß einreichen und abrechnen hätte sollen. Der Beamte hatte auch noch einen Autounfall und war Monate im Krankenstand, so daß es überhaupt niemanden gegeben hat. Bitte, so etwas ist leider nur in Wien möglich! Das ist ein Verwaltungsdesaster ohnegleichen, für das auch der Baudirektor, der Bereichsleiter und all die anderen zuständig sind, die hier jahrelang zugeschaut haben. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Hengelmüller: Alle hohen Beamten!) Jetzt muß ich den in Pension gehenden oder schon gegangenen Senatsrat Stich in Schutz nehmen, der uns im Ausschuß glaubhaft versicherte, daß er immer wieder Beamte verlangt hat. Es wurde gesagt: "Das geht nicht, es ist kein Dienstposten frei." Das ist bis zu den Spitzen gegangen, die ich ohnehin schon genannt habe. Wenn Ihnen das Geld Wurscht ist, dann kann ich auch nichts machen!

Aber jetzt kommt das Neue, etwas Skurrile an der Situation. Man hat sich dann bei einer Krisensitzung, ich glaube heuer im Mai nach dem Kontrollausschußbeschuß, endlich dazu durchgerungen und hat einen Diplomingenieur und einen Mittelschulingenieur zusätzlich eingestellt, zusätzliche Dienstposten. 139 Förderungsfälle sind offen, der A-Posten soll wieder im Wackeln sein, weil ein Beamter der Baudirektion - da kann man jetzt vermuten, daß das der Senatsrat ist, der bei der EBS abgelöst werden mußte - das alles koordinieren soll. Jetzt sage ich noch einmal: Es gibt eine Fülle von noch nicht abgerechneten Fällen, es gibt eine Fülle von neuen Großprojekten, größten

Projekten und ich hege nur Bewunderung für jene Beamte, die sich jetzt überhaupt auf so einen Himmelfahrtskommandoposten hinsetzen. Bitte, das ist ein echtes Himmelfahrtskommando, denn daß die Opposition hier natürlich ständig fragen wird, das ist doch wohl klar. Und eines muß auch gesagt werden: Hätte nicht die Opposition, die ÖVP, ständig gedrängt, dann wüßten wir ja nicht einmal das, was wir heute allerdings leider zu spät wissen. Das können Sie nicht leugnen, meine Damen und Herren von der SPÖ. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich komme jetzt zu dem berühmten Papier, das am 20. November 1984, natürlich wiederum groß, in den Massenmedien angekündigt wurde, dem Staatsvertrag zwischen Bund und Wien. Es ist eigentlich - jetzt haben wir das ja nach mehreren Urgenzen bekommen - ein Papier mit 26 Zeilen, eine Liste, die Sie alle kennen, "rk" vom 20. November 1984: "Sie beinhaltet Projekte mit insgesamt 5,6 Milliarden Schilling." Da ist, bitte, damit das klargestellt ist und mir werden Sie sicherlich nie einen Widerspruch vorhalten können, der Rautenweg sicherlich noch nicht dabei. Der war damals erst mit 55 Millionen im Budget, und es war ja laut Stadtrat Braun nicht gefährlich. Heute wissen wir, daß das 500, 700 oder 800 Millionen kosten wird, die diesen Betrag noch erhöhen würden. Wenn allerdings das Grundwasserwerk-Nord, das damals auf der Liste war, wegfällt, dann können Sie sagen: "Na, was regt sich der Hahn auf, es bleibt ohnehin bei 5,6 Milliarden oder vielleicht sind es dann 5,8 Milliarden."

Die Projekte sind ja im großen und ganzen bekannt. Ich zähle sie jetzt nur zu einem heutigen Tagesordnungspunkt auf:

Hauptkläranlage Simmering, biologische Reinigung von 24 Kubikmeter Mischwasserzufluß pro Sekunde: 500 Millionen Schilling.

Bau eines Mischwasserspeichers im Bereich der Hauptkläranlage: 100 Millionen Schilling.

Entsorgungsbetriebe Simmering, Erweiterung der Schlammbehandlung und Umbau für Sonderabfallbehandlung: 425 Millionen Schilling.

Entsorgungsbetriebe Simmering, chemisch-physikalische Anlagen: 95 Millionen Schilling.

Wenn ich das zusammenzähle, so komme ich auf 1.120 Millionen Schilling. Das heißt, hier ist natürlich schon EBS, im Zusammenhang mit dem Firmenkonsortium, ein größeres Spatium von ein paar 100 Millionen Schilling, die da offen sind.

Nicht zu vergessen aber, bitte, Kanaldebatte führen wir heute keine, Entlastungskanal für den rechten Hauptsammelkanal entlang des Donaukanals, rechtes Ufer: 2 Milliarden Schilling.

Zwei Entlastungskanäle für die Wien-Fluß-Sammelkanäle: 1,8 Milliarden Schilling.

Ich hoffe, daß mir in Kürze in der Fragestunde der Herr Finanzstadtrat die Frage beantworten wird, wie viele Projekte denn noch aktuell sind und wann sie eingereicht werden, und zwar so eingereicht, daß sie den Bestimmungen des Wasserwirtschaftsgesetzes und der Überprüfung auch standhalten.

Ich sage noch einmal: Wenn die zwei Beamten, die das derzeit machen, das alles bewältigen, dann würde ich heute schon vorschlagen, den einen sollte man zum Nachfolger des Baudirektors machen und den anderen zum Nachfolger des Magistratsdirektors, denn diese beide Herren sind dann sicherlich wirklich Koryphäen, wenn sie das alles zusammenbringen.

Aber, wie gesagt, der Herr Bürgermeister hat ja bei seiner Amtsübernahme erklärt, er übernehme für alles die Garantie, EBS gehe in Ordnung. Wir haben das Bild in der Zeitung gesehen, Bürgermeister Zilk mit den Generaldirektoren von SGP und Waagner-Biro. 30 Ordner hat er studiert! Ich weiß nicht, wo er die studiert hat und ich sage Ihnen den Ort lieber nicht, wo die Aktenordner stehen. Die Opposition hat die Aktenordner natürlich nicht gesehen. Wir sollen nach der Politik "Vogel friß oder stirb" zustimmen. Und hier muß ich also schon sagen: Leider - ich sage es nicht zum erstenmal -, leider haben wir in den letzten Jahren mit dem Aufzeigen all der Fehlleistungen und Skandale, beginnend mit dem Rinter-Zelt über die EBS bis zu den desolaten Kanälen, immer recht gehabt. Der Weg, den die sozialistische Rathausmehrheit seit Jahren beschreitet, ist sicher falsch. Sie haben den Problemen des Umweltschutzes, vor allem der Ver- und Entsorgung lange

Zeit nicht die richtige Bedeutung beigemessen. Der Finanzstadtrat hat zwar die Gebühren kräftig erhöht, beim Abwasser von 2 Schilling auf 8,80 Schilling, diese Gelder aber nicht für Investitionen verwendet und dem Wasserwirtschaftsfonds als wichtige Finanzierungsquelle wurde nicht die richtige Bedeutung zugemessen.

In dem Entwurf zum Staatsvertrag heißt es in den letzten drei Zeilen: "Der Bundeskanzler und der Landeshauptmann von Wien kommen überein, die zur Umsetzung obiger Festlegungen notwendige 15 a Bundes-Verfassungsgesetz-Vereinbarung und deren Kundmachung umgehend in die Wege zu leiten."

Umgehend sind bisher elf Monate, und es wird sicherlich weitere Monate dauern, die Jahresfrist wird auf jeden Fall überschritten werden. Der Rautenweg - das habe ich bereits gesagt - müssen Sie bei den von mir aufgezählten Projekten jetzt noch dazunehmen. Und jetzt frage ich den Herrn Bürgermeister: Was ist umgehend?, denn vielleicht meldet er sich heute auch wieder zu Wort, er hat ja die Möglichkeit mitzuhören. Was ist umgehend? Monate? Jahre? Auch der Bautenminister Übleis, der in der Öffentlichkeit mit sehr viel Vorschußlorbeeren bedacht wurde und von dem auch die Opposition gesagt hat, daß er ein guter Mann ist - im Moment beherrscht er das Showgeschäft sehr gut -, hat dazu eigentlich noch nie Stellung genommen. Im Wasserwirtschaftsfonds muß immer sein Sekretär die diesbezüglichen Fragen beantworten, und eigentlich möchte man schon wissen - das wird ja auch beim Bundesbudget hoffentlich behandelt werden -, was der Stadt Wien im 86er Jahr und in den darauffolgenden Jahren geboten werden kann.

Ich sage Ihnen jetzt noch einmal, um ja nicht mißverstanden zu werden, ich sage es schon zum dritten Mal: Wir wissen, daß Wien viele Hunderte Millionen versäumt hat, und wir sind trotz Opposition voll auf seiten der Rathausmehrheit, wenn es darum geht, diese wichtigen Gelder, die sich der Wasserwirtschaftsfonds in den letzten Jahren bei Wien ja eigentlich erspart hat, zumindest in den nächsten Jahren durchzubringen. Allerdings, das muß man auch sagen, die Niederösterreicher haben ihren Marchfeldkanal, der kostet auch ein paar hundert Millionen, ich glaube achthundert, vom Wasserwirtschaftsfonds her gesehen, durch, die Steirer haben ihre Mursanierung durch, und wir haben EBS, Rautenweg und all das, was ich aufgezählt habe, noch offen. Ich hoffe, daß der Herr Bautenminister Dr. Übleis einmal dazu Stellung nimmt.

Eines kann ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren von der SPÖ: Die Wiener ÖVP wird nicht müde werden, auf Ihre jahrelangen Versäumnisse, um das ganz höflich auszudrücken, im Interesse der Wiener Steuerzahler, die alle dadurch geschädigt wurden, hinzuweisen, und ich kann Ihnen versprechen, daß wir das immer wieder tun werden. Hoffentlich beflügelt Sie die Opposition künftig mehr als das in den letzten Jahren der Fall war. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Sallaberger: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Riedler. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Riedler: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Hoher Landtag! Was bleibt einer Oppositionspartei oder zwei Oppositionsparteien schon anderes übrig (StR. Fürst: Das haben Sie gerade gehört!), wenn die regierende und bestimmende Partei Erfolge hat, als diese abzuwerten. (Abg. Arthold: Was Sie für Erfolge halten!) Insoferne habe ich für die heutigen Stellungnahmen der ÖVP Abgeordneten durchaus Verständnis. Nur, glaube ich, meine Damen und Herren, sollte die Beurteilung eines so wichtigen Konzeptes, wie es ein Abfallwirtschaftskonzept ist, nicht so oberflächlich geschehen, wie es hier geschehen ist, auch nicht dann, wenn man der Meinung ist, es sei sehr spät vorgelegt worden.

Herr Stadtrat Fürst, aber gerade Sie haben das Konzept seit Montag, vollinhaltlich. (Abg. Arthold: Das ist ungeheuer: Vom Montag bis zum Donnerstag!) Er hat es wahrscheinlich sogar früher bekommen, Freitag mit der Post zugestellt, Montag, da war ein Wochenende dazwischen. (Abg. Hahn: Und was ist mit der EBS?) Zur EBS komme ich noch, dazu kommen wir heute noch einige Male, glaube ich.

Meine Damen und Herren, es war an sich für den Herrn Stadtrat Fürst durchaus Zeit sich einzulesen, er hätte ja auch seine Fraktionskollegen informieren können und ich glaube, er hat es zum

Teil auch schon getan. (Abg. Ing. Worm: Wir reden doch vom gesamten Landtag und nicht von einzelnen Mitgliedern!) Aber, meine Damen und Herren, was bleibt einer Oppositionspartei schon übrig, wenn die regierende Partei Erfolge hat? (Abg. Ing. Worm: Wieder ein Papiererfolg!) Da habe ich vorher einen Zwischenruf gehört, welche Erfolge denn. Es wurde angekündigt, daß der Flötzersteig... (Abg. Arthold: Das hat kein Mensch gesagt! Nicht einmal das merken Sie sich! Erinnern Sie sich, wir haben gesagt: Das, was Sie für Erfolge halten! Das ist ein großer Unterschied! Eine ungeheure Selbstüberschätzung!) Es ist aber so ähnlich, wenn ich sage, was wir als Erfolg betrachten oder Sie fragen, welche die Erfolge sind. Das kommt aufs gleiche heraus! Aber ich will Ihnen ja nur sagen, daß die Erfolge... (Abg. Ing. Worm: Halten, Herr Kollege, nicht reden! Sein und Schein!)

Die SPÖ-Fraktion hat angekündigt, daß der Flötzersteig mit einer Rauchgaswaschanlage ausgestattet wird, ebenso wie die Spittelau. Die Rauchgaswäsche am Flötzersteig ist vorige Woche in Betrieb gegangen. Sie wollten Probetrieb. (StR. Fürst: Es stimmt! Rufen Sie dort an, erkundigen Sie sich dort! Es ist keine weiße Wolke, es ist eine graue Wolke, und es stinkt! Ich hoffe auch, daß es funktioniert! Aber jetzt funktioniert es nicht!) Herr Stadtrat Fürst, das was dort oben aus dem Schornstein der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig herauskommt, das können Sie inhalieren, wenn Sie husten haben. (Bewegung bei der ÖVP.) Das ist ein warmer Dampf, aber Dampf ist immer warm. (Abg. Ing. Worm: Das zeigen Sie bitte vor! Dann sind alle diese Probleme erledigt!) Schauen Sie, Sie wollten die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig stilllegen, Sie haben Anrainer mobilisiert und unrichtig informiert. (Abg. Arthold: Reden Sie von Ihren Erfolgen, bitte! Die wollten Sie uns sagen!) Der Erfolg ist, daß die Müllverbrennungsanlage bestehen bleibt, weil wir sie ganz einfach brauchen, und sogar der von Herrn Stadtrat Fürst zitierte Universitätsdozent Dr. Bernd Lötsch stellt nicht in Abrede, daß wir die Müllverbrennungsanlagen, nämlich beide Müllverbrennungsanlagen, in Wien brauchen. Aber was bleibt der Opposition übrig, wenn die regierende Partei Erfolge hat? Dann wird nur halb zitiert! Ich werde vollständig zitieren, Herr Stadtrat Fürst. (Der Redner muß sich räuspern. - Abg. Dr. Peter Mayr: Halt, jetzt kommt der Husten!) Ja. (Abg. Edlinger: Der Worm raucht zuviel Pfeife!) Sie haben unter Punkt 5.1: Fazit dieser Stellungnahme der Abteilung Wien, Österreichische Akademie der Wissenschaften. Übrigens steht daneben, unterstrichen, daß das kein Gutachten der Gesamtakademie ist, sondern nur eine Stellungnahme der Wiener Abteilung. Und hier steht, daß die Verbrennung von Hausmüll in jedem Fall als äußerst kostspielig und mit unkalkulierbarem Risiko gewertet werden müsse. Aber Lötsch sagt weiter, und das haben Sie unfairerweise nicht zitiert (StR. Fürst: Ich habe den Satz zitiert, den Sie jetzt sagen werden!), daß die bestehenden Müllverbrennungsanlagen dennoch unverzüglich mit effizienter Filter- und Rauchgastechnik auszurüsten sind (StR. Fürst: Das hat ja niemand bestritten!), was beim heutigen Stand des Wissens selbstverständlich ist und worauf nicht verzichtet werden kann. (StR. Fürst: Wir haben ja der Rauchgasreinigung zugestimmt! Das hat doch damit nichts zu tun!) Sie haben der Rauchgasreinigung zugestimmt, aber Sie haben gesagt, den Flötzersteig sollte man zusperren. Also da kennt man sich ja nicht aus, was Sie in Wirklichkeit wollen? (Abg. Edlinger: Sie stimmen dem Dach zu, aber dem Gebäude nicht!) Ja, stellen wir die Rauchgaswaschanlage hin, der stimmen wir zu und das andere tragen wir ab!

Abzulehnen ist hingegen die Ausweitung bestehender Verbrennungskapazitäten, und da hat Herr Stadtrat Hatzl, glaube ich, ja eindeutig dazu Stellung genommen, daß das nicht beabsichtigt ist und auch nicht geschehen wird.

Nächster Erfolg, meine Damen und Herren, auf dem Gebiet des Umweltschutzes in Wien: Die Mülldeponie Rautenweg wird in einem Ausmaß saniert, das die Wissenschaftler nach dem heutigen Stand der Technik als optimal bezeichnen. Aber es ist wieder völlig falsch... (Abg. Ing. Worm: Die Abdeckung haben Sie als die optimale Lösung bezeichnet!) Nicht als die optimale, das hat niemand getan, Herr Ing. Worm. (Abg. Ing. Worm: Lesen Sie Ihre eigenen Reden nach!) Als eine Lösung, die die Probleme nicht mehr weiter aufkommen läßt, also als eine Problemlösung (Abg. Ing. Worm: Und jetzt ist es optimal!), aber nicht als die optimalste Lösung. Das hat auch Herr Stadtrat Braun immer gesagt, und darum hat er ja die Gefährdungsabschätzung machen lassen, die Umspundung und

die Abdeckung. (Abg. Ing. Worm: Die haben doch wir immer gefordert, Herr Kollege!) Fordern kann man leicht, Herr Ing. Worm! Wenn man in der Opposition ist, kann man leicht fordern (StR. Fürst: Aber warum machen Sie es jetzt? - Abg. Edlinger: Alles ist ja nicht dumm, was Sie verlangen!), da kann man von Versäumnissen reden, wie es Herr Präsident Hahn jetzt gemacht hat mit seiner Betrachtung über den Wasserwirtschaftsfonds. Natürlich! Aber es wurde eine Gefährdungsabschätzung gemacht, und die wird nun von der ÖVP-Fraktion, von den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei wieder falsch ausgelegt.

Sie sprechen, und das ist mehrmals in der Diskussion angeklungen, von einer Gefährdung des Grundwassers. Diese Ausdrucksform ist falsch. Im Gegenteil, im Gutachten steht, daß es keine akute Gefährdung des Grundwassers gibt, allerdings an einigen Stellen aus der Deponie Sickerwässer in das Grundwasser eintreten, die sich dann in Form von Fahnen mit dem Grundwasserstrom mitbewegen. (StR. Fürst: Wenn das keine Gefährdung ist, Herr Kollege!) Das ist nach Aussage der Wissenschaftler keine Gefährdung des Grundwasserstromes (Abg. Ing. Worm: Das stimmt doch gar nicht! Ich habe gestern mit dem Kemmerling gesprochen!), weil der Grundwasserstrom mit dieser Belastung durch Sickerwässer... (StR. Fürst: Sie versuchen schon wieder die Bevölkerung zu täuschen! Das Wasser ist als Trinkwasser keinesfalls geeignet! Das hat ein Wissenschaftler im Ausschuß gesagt, und Sie sind dabeigesessen! Ist es als Trinkwasser geeignet - ja oder nein?) Herr Stadtrat Fürst, nein! (StR. Fürst: Und Sie sagen, es ist keine Gefährdung!) Ich habe vom Grundwasser gesprochen, das dort in diesem Bereich, bekannterweise auch oberhalb der Deponie, keine Trinkwasserqualität hat. Im Gegenteil, die Wissenschaftler sagen, daß auch oberhalb der Deponie die Qualität des Wassers zu schlecht ist, so daß man sich fragen muß, ob es überhaupt als Nutzwasser verwendet werden kann. Das ist aber nicht die Schuld von der Stadt Wien, sondern das sind Altlasten in Niederösterreich (Abg. Arthold: Haben Sie das dem Herrn Landeshauptmann auch schon mitgeteilt, was Sie jetzt gesagt haben? Wegen der Garantie frage ich nur!)

Präsident Sallaberger (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, nicht ständig Zwiegespräche zu führen.

Abg. Ing. Riedler (fortsetzend): Meine Damen und Herren! Ich glaube, das ist wieder ein Beispiel par excellence, wie schlecht sich ÖVP-Abgeordnete informieren, wenn sie zu Sachfragen Stellung nehmen. Ich möchte nur feststellen, daß Herr Stadtrat Fürst am vergangenen Montag in der Sitzung des Müllausschusses war. In dieser Sitzung hat Herr Dipl.-Ing. Lechner über die Grundwassersituation im Bereich der Mülldeponie Rautenweg referiert, und er hat Herrn Stadtrat Fürst, der einige Male die Sache so drehen wollte, als ob hier eine Gefährdung des Grundwassers vorhanden wäre, dreimal korrigiert und hat gesagt, es sei eine Belastung da aber keine akute Gefährdung. Heute stellt sich Herr Stadtrat Fürst wieder her und sagt, das Grundwasser dort sei total verseucht, es sei alles kaputt. (StR. Fürst: Dann sagen Sie auch, was der Dipl.-Ing. Lechner als eine Gefährdung deponiert hat auf mehrmaliges Befragen! Sagen Sie, was eine Gefährdung ist!) Eine Gefährdung ist, wenn Schäden am menschlichen Leben entstehen können. (StR. Fürst: Er hat gesagt, daß man, wenn Dioxin drinnen ist und man es trinkt, tot umfällt!) Ja, bitte schön, Herr Stadtrat, ich glaube, da hat er Sie auf die Schaufel genommen mit der Aussage. Das haben Sie aber nicht überzogen, da hat er Sie auf die Schaufel genommen, denn Sie haben ihn immer gefragt, was eine Gefährdung sei. Er hat gesagt, Gefährdung sei seines Erachtens dann 100prozentig gegeben, wenn man einen Schluck Dioxin trinkt und tot umfällt. Also, da hat er Sie auf die Schaufel genommen, das war ja keine wissenschaftliche Aussage, aber das muß man halt auch verstehen.

Meine Damen und Herren! Die ÖVP-Fraktion hat wirklich nicht damit gerechnet, daß Herr Stadtrat Braun heute ein Müllkonzept oder das Abfallwirtschaftskonzept vorlegen wird. Sie hat wahrscheinlich damit gerechnet, daß das irgendwann kommen wird oder wieder hinausgeschoben wird und ähnliches mehr. Darum also die große Enttäuschung, nicht wegen des Inhaltes! Sie müssen jetzt natürlich Enttäuschung vorspielen und sagen, es sei viel zu wenig drinnen, es gehöre angereichert, es gäbe keine Lösungen. Sie wissen ganz genau, daß in der ganzen Welt ähnliche Konzepte

als Wegweiser für die Abfallwirtschaft dienen, und daß wir natürlich in Wien auch nicht den Stein der Weisen oder des Weisen finden können (Abg. Hahn: Sie sagen es jedesmal! Seit fünf Jahren sagen Sie es immer!), sondern uns nur im Rahmen der technischen Möglichkeiten bewegen können. Aber mit diesem Konzept ist der Weg nun eindeutig und hoffentlich auch für Sie verständlich vorgezeigt.

Müllvermeidung. Da möchte ich nur sagen, daß Herr Abg. Arthold eine ganz eigene Vorstellung von Müllvermeidung hat. Er sagt, man müsse die Bürger davon überzeugen, wie notwendig Müllvermeidung ist. Ich sage Ihnen, daß die Bürger das längst wissen. Nur haben sie keine Wahl, wenn sie einkaufen gehen (Abg. Arthold: Weil Sie kein Angebot machen!) und Produkte mit Doppel- und Dreifachverpackung nehmen müssen, weil nichts anderes angeboten wird. (StR. Fürst: Machen Sie ein Gesetz und verbieten Sie es oder schränken Sie es ein!) Herr Stadtrat Fürst, das ist jetzt wieder genau diese Doppelbödigkeit, die Ihre Partei und Sie im speziellen auszeichnet. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie wissen ganz genau, wie die Bemühungen sowohl von Umweltminister Steyrer als auch von Vizekanzler Handelsminister Steger laufen, die Bemühungen mit der Wirtschaft, mit der Verpackungsindustrie, mit den Produzenten, um zu einer Einigung, zu einer Reduzierung von Verpackungsmaterial zu kommen. Aber da gibt es die Bundeswirtschaftskammer, die dagegen ist, da gibt es die Industriellenvereinigung, die dagegen ist, da gibt es dann noch die... (Abg. Ing. Worm: Arbeiterkammer!) Die Arbeiterkammer ist sehr dafür. Da gibt es ein ganz neues Werk. (Abg. Ing. Worm: Einen Minister und einen Bundeskanzler Sinowatz!) Alle erklären verbal, daß sie ohnehin die Müllvermeidung wollen, aber wenn es darum geht, Tatsachen und Taten zu setzen, dann ist die ÖVP dagegen. (StR. Fürst: Und dann gibt es eine Regierung, die nicht da ist!) Meine Damen und Herren! Ganz einfach, weil nach wie vor das Verpackungsmaterial mit allem, was dazugehört, natürlich eine profitträchtige Sache ist und einem, so nehme ich an, offenbar ganz wurscht sein kann, was im Haushalt mit dem Verpackungsmaterial geschieht, ohne zu bedenken, daß der Konsument zweimal zahlen muß. Einmal dafür, daß er dieses Verpackungsmaterial, in dem ein bißchen Inhalt ist, erwirbt und dann bei der Vernichtung oder bei der Entsorgung dieses Verpackungsmaterials.

Meine Damen und Herren! Nicht nur immer zum Rednerpult hinauskommen, schöne Reden schwingen und sagen, Müllvermeidung und Müllverringerung müßten anders sein. Gehen Sie zu Ihren Parteifreunden, reden Sie einmal mit ihnen und machen Sie ihnen klar, daß für eine Großstadt wie Wien, für ganz Österreich die Frage der Verpackung im Müll etwas ganz Wesentliches ist, weil gerade die Arbeiterkammer wieder festgestellt hat, daß im Abfall, im Müll, im Hausmüll 90 Prozent Verpackungen sind. Und die müssen wir wegbekommen!

Meine Damen und Herren! Noch ein Erfolg, über den wir heute noch reden werden. Bei der EBS soll heute, nicht so wie es dargestellt wurde, eine Vergabe erfolgen, sondern es sollen nur Verträge beschlossen werden, die überhaupt erst das Wirksamwerden von Maßnahmen ermöglichen, und Sie haben wahrscheinlich gehofft, daß die eh nicht kommen oder irgendwann mit großer Verspätung, denn Herr Stadtrat Fürst hat noch diese oder Ende vergangener Woche beim Herrn Bürgermeister urgiert. Und jetzt, da sie auf den Tisch gelegt werden, sind sie plötzlich ein Vergehen. Sie hätten ja ohne weiteres die Möglichkeit gehabt, diese Verträge in einer Stadtsenatssitzung zu beraten. Heute vor dieser Gemeinderatssitzung war Herr Dr. Busek nicht dazu bereit, einer solchen Sitzung zuzustimmen. (Abg. Hahn: Nachdem Sie es gestern nachmittag gesagt haben!) Da hat der Herr Bürgermeister durchaus recht, wenn er von seiner Notkompetenz Gebrauch macht, weil solche Verzögerungen lassen wir uns nicht gefallen. (Beifall bei SPÖ. - Abg. Hahn: Nachdem Sie es gestern gesagt haben! - StR. Fürst: Was wäre denn verzögert worden?) Da muß man ihm vollkommen recht geben! Aber da werden wir noch weiter darüber reden. Die Vertragspartner wollen natürlich endlich einmal klare Verhältnisse. Das kann ich durchaus verstehen. Und die sollen sie auch bekommen, weil auch wir für klare Verhältnisse sind. (Abg. Ing. Worm: Sie haben vor einem halben Jahr schon den Auftrag erteilt an das Konsortium!) Das steht übrigens nicht auf Ihrem Plakat, Herr Stadtrat Fürst.

Was ist Politik? Klare Verhältnisse und so weiter. Das gibt es nicht auf dem Plakat, das Sie ja offenbar selbst erfunden haben, weil Sie den Text ja vollkommen auswendig können. Ich finde es nur furchtbar scheußlich, dieses Plakat. Ich kann Ihnen nicht helfen. (Abg. Ing. Worm: Sie werden nicht gefragt, Herr Kollege!) Ich würde mich auch dagegen wehren, daß ich jetzt von der ÖVP gefragt werde, ob ich auch Plakate mache. Nein, das kommt nicht in Frage, Herr Ing. Worm. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Arthold: Wir stellen keine dummen Fragen!) Eine gescheite aber auch nicht, auf dem Plakat. Ich habe mir das Plakat von oben nach unten und von unten nach oben durchgelesen. Ich habe mir gedacht, daß das vielleicht ein Rubble-Puzzle ist und habe angefangen zu rubbeln, ob ich nicht irgendwo noch einen gescheiten Satz finde. Ich habe ihn nicht gefunden. (Heiterkeit bei der SPÖ. - Abg. Ing. Worm: Das ist typisch Riedler: Sieht ein Plakat und fängt zu rubbeln an!) Natürlich, weil, wenn nichts als Hohlhippen oder Gemeinplätze darauf sind, dann bemüht man sich doch wenigstens. Vielleicht hat die ÖVP etwas versteckt, damit man ein bißchen mehr Spaß mit ihr hat.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch eines grundsätzlich zur Müllverbrennung sagen. Die Müllverbrennung ist, auch wenn es der ÖVP nicht paßt, nach Ansicht nicht nur Österreichischer Abfallwirtschaftsexperten - Sie können bei Tagungen immer wieder Hinweise darauf finden - in der ganzen Welt als die hygienischste und am ehesten beherrschbare Entsorgungsart anerkannt und noch dazu energiebringend, das heißt ein Recyclingverfahren, weil man aus dem Altmaterial, in das einmal Energie gesteckt wurde, ob das jetzt von der Sonne ist oder vom Menschen her, in Form der Verbrennung wieder Energie herausholen kann. Ich habe schon einmal gesagt, daß man mit 4 Kilogramm Müll etwa 1 Kilogramm Heizöl-schwer einsparen kann.

Meine Damen und Herren! Es wäre Wahnsinn, würde man diese energetische Quelle Müll nicht auch entsprechend nützen, mit aller Vorsicht, mit allen technischen Mitteln, die zur Verfügung stehen, damit keine Umweltbeeinträchtigung stattfindet. Herr Stadtrat Fürst hat in dieser Müllsitzung gesagt - das ist halt eine politische Dimension -, die ÖVP wolle keine Müllverbrennung. Meine Damen und Herren! Auch wenn die ÖVP das nicht will, ist es eine Notwendigkeit, um die wir nicht herumkommen. Ich glaube, daß mit dem vorliegenden Abfallwirtschaftskonzept ein sehr wichtiger Schritt in Richtung einer geordneten Entsorgung unserer Stadt gegangen wurde. Es ist sicher nicht der letzte Schritt, es werden sicher weitere Schritte folgen. Ich würde mir aber als Wiener Abgeordneter, und das ist auch an die Adresse der ÖVP gerichtet, wünschen, daß zum Beispiel auch in unserem Nachbarbundesland Niederösterreich in gleicher Art und Weise, mit gleicher Energie und mit gleicher Qualität an diese Probleme herangegangen wird, wie es in Wien geschieht, weil ein Land inmitten eines großen anderen Bundeslandes ganz einfach nicht allein und isoliert betrachtet werden kann, weil es hier sehr starke Konnexe gibt.

Und nun zum Abschluß. Ich glaube, wir Wiener müssen nach wie vor, und zu dem stehe ich, dazu haben wir ja auch Anträge gestellt, verlangen, daß das Problem der Sonderabfalldeponie für ganz Österreich gelöst wird, und daß das nicht wieder allein an Wien hängenbleibt, weil dann haben wir viele Probleme, die für ganz Österreich gleichartig sind, auch in Wien gelöst. (Abg. Hahn: Der Kery hat ohnehin einmal den Atommüll nehmen wollen!) Ja, ich weiß schon, möglichst in ein sozialistisches Bundesland, ja nicht in ein ÖVP-Bundesland. (Abg. Hahn: Er hat den Atommüll nehmen wollen!) Das kennen wir, Herr Präsident! Aber genau das ist ja nicht die Basis, wie man die Dinge lösen kann, um zu einer für ganz Österreich gemeinsamen Abfallbewirtschaftung zu kommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Sallaberger: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich erkläre daher die Verhandlungen für geschlossen und erteile dem Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat Braun: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Landtages! Ich werde versuchen, auf eine Reihe von Fragen einzugehen. Es wäre natürlich auch verlockend, auf eine Reihe von polemischen Äußerungen einzugehen, aber sowohl meine Funktion als Berichterstatter als auch meine grundsätzliche Einstellung verbieten mir, in derselben Form vorzugehen, wie das andere getan haben, auch wenn sie so tun als hätten sie ähnliche

Funktionen.

Ich möchte in bezug auf die Äußerung des Herrn Dipl.-Ing. Pawkowicz sagen, daß wir die Zusammenarbeit mit dem freien Markt wünschen, daß wir allerdings, ich muß das jetzt offen sagen, gerade dort die größten Probleme haben. Wenn Kritik gegeben ist, dann ist das auch immer wieder bei der Papiereinsammlung, dann ist das die ÖPG, dann sind das eine Reihe von Maßnahmen. Aber wir geben es ja trotzdem nicht auf und wir wollen das natürlich auch tun, weil ja diese Organisationen zum Teil den Ertrag dem Roten Kreuz und ähnlichen karitativen Organisationen zur Verfügung stellen und wir sie dabei unterstützen wollen.

Was die Frage Müllausschuß betrifft, so haben wir am Montag diese Sitzung gehabt, am Freitag die Unterlagen zur Verfügung gestellt. Herr GR. Arthold weiß also sicherlich auch vom Herrn Stadtrat Fürst über diese Vorgangsweise Bescheid. Ich darf zu Herrn Abg. Pawkowicz noch sagen, daß - auch das war eine Frage von Seiten der ÖVP, ich möchte das noch einmal betonen, weil das für uns eine klare Vorgangsweise ist - der Filterkuchen nach Verfestigung in einen eigens dafür vorgesehenen Teil der Deponie Rautenweg verfrachtet wird, der allerdings nicht mit Beton, sondern mit Kunststoff ausgelegt ist, damit eine Berührung mit Ölresten oder sonstigen Dingen vermieden wird. Ich möchte das noch hinzufügen. Ich weiß natürlich, was das bedeutet hätte und hoffe daher, daß damit die Zweifel auch für die Zukunft ausgeräumt sind, daß keine weiteren Unterstellungen in diese Richtung gehen, denn wir haben ja schon mehrmals angekündigt, daß wir so vorgehen.

Was die Altbatterien betrifft, so haben wir im Rinter-Zelt zur Zeit acht Tonnen - also nicht 700 Tonnen, wie das gesagt wurde -, die wir durch unsere Aktion bekommen haben. Das heißt, wir können ja nicht und Sie können ja nicht ständig Aktionen verlangen, und das Ergebnis sollen wir dann irgendwo vergraben. Wir haben dort acht Tonnen Batterien. Wir haben darüber hinaus die Stahlmantelbatterien und Knopfzellen, die herausortiert und nach Frankfurt zur Verwertung entsandt wurden, und wir arbeiten mit der VOEST zusammen und haben mit ihr eine Art Vorvertrag, daß wir in Zukunft solche Batterien, wenn sie in der Lage ist, diese zu entsorgen, in die Steiermark verfrachten. Die restlichen Batterien allerdings - das wird immer so in einem Sammelsurium gebracht und ich bitte, das wirklich zu unterscheiden, Sie haben ja die entsprechenden Voraussetzungen, tun Sie bitte nicht wider besseres Wissen, als ob das immer nur eine Sache wäre - die restlichen Batterien, die Zinkoxidbatterien können ja bekanntlich dann schon deponiert werden.

Nun, was die Frage der Medikamente betrifft, Herr Abg. Arthold. Wenn Sie immer von diesem Medikament ausgehen, das Sie in einer Schachtel noch als Rest übrig haben, dann tut es mir wirklich leid. Ich sehe, Sie haben diese Unterlage nicht gelesen. Es verstärkt natürlich meinen Eindruck, daß Sie diese Unterlage nicht nach dem Inhalt und nach dem Wert, sondern nur nach Ihren Vorurteilen beobachtet haben (Abg. Arthold: Ich habe die Unterlage heute bekommen!), denn dort steht wörtlich drinnen, Herr Abg. Arthold, wenn Sie sich erkundigen, wo Sie Medikamente überall abgeben können. Jede Apotheke nimmt alte Medikamente an. Sie brauchen also nicht durch ganz Favoriten fahren, weil es in Favoriten schon mehrere Apotheken gibt. Wir haben darüber hinaus eine Reihe anderer solcher Möglichkeiten, was Ihnen doch bekannt sein dürfte oder müßte. Wenn das nicht der Fall ist, Herr Abg. Arthold, dann frage ich mich, wie Sie die Bevölkerung informieren wollen. Was die sonstigen Fragen im Zusammenhang mit den Medikamenten betrifft, so haben wir Apotheken-Problemstoffsammelstellen und Sperrmüllsammelstellen (Abg. Arthold: Und was haben Sie mit dem Lackrest gemacht?), die wir in Zukunft noch ausbauen werden. Ich habe das in meinem Bericht gebracht, es steht aber auch im Konzept drinnen. Gegen diese Art etwas ganz einfach zu überlesen - leider manchmal anscheinend nicht nur unabsichtlich - muß man ganz einfach etwas sagen.

Was die Frage Antrag nach § 92 betrifft, so muß ich feststellen, daß es Ihnen anscheinend nicht gelungen ist - auch wenn Sie Einsicht in den Akt genommen haben - wirklich den Inhalt zu erkennen. Anders kann ich das nicht mehr beurteilen. Alle Aktenstücke beziehungsweise der Vertrag, der als Grundlage für zwei weitere Verträge genommen wird, sagen eindeutig, daß es hier nicht um 1,55 Milliarden Schilling geht, sondern um den Bestandsvertrag zwischen der Magistratsabtei-

lung 30 und der EBS-Kommanditgesellschaft. Ich möchte das ausdrücklich... (Abg. Ing. Worm: Die Sozialistische Korrespondenz hat gestern genau das Gegenteil ausgesendet!) Herr Abg. Worm, das können Sie bei anderen machen, bei mir machen Sie das nicht! Ich habe Ihnen das schon einmal gesagt. Die Art, daß man schreit, weil man sich in etwas verrannt hat, und glaubt, daß es dadurch besser wird, die akzeptiere ich nicht. Ich sage es Ihnen mit aller Deutlichkeit. (Abg. Ing. Worm: Lesen Sie die gestrige Sozialistische Korrespondenz!) Im § 92 und in diesem Akt, Herr Abg. Worm - schauen Sie hinein, kann ich Ihnen nur raten, Sie werden es dann sehen -, steht in keiner Weise drinnen, was Sie gesagt haben und hineininterpretieren. (Abg. Ing. Worm: Lesen Sie die "SK"!)

Damit ist auch klar, daß hier von Ihnen etwas verfolgt wird, was in Wirklichkeit zeigt, daß Sie deswegen so verärgert sind, und das ist ja auch sowohl bei Ihnen als auch bei Herrn Abg. Arthold und bei Herrn Stadtrat Fürst zum Ausdruck gekommen, nämlich daß Sie vorgehabt haben, heute eine Volksbefragung zu verlangen. Doch jetzt wird da ein fertiges Konzept vorgelegt, in dem auch die EBS und all die anderen Dinge vorgesehen sind, und damit ist Ihr ganzes Konzept in den Kübel zu schmeißen. Ihr Konzept ist nämlich in den Kübel zu schmeißen, Herr Stadtrat Fürst (StR. Fürst: Sie sind ein Geisterdichter! - Beifall bei der SPÖ.), und nicht unser Abfallwirtschaftskonzept.

Es wird Ihnen nicht gelingen, auch wenn Sie mit noch soviel Pathos hier auf einmal mit ganz großen Worten auffahren, mit "Politik, die Mut notwendig macht", mit Anstand und all den anderen Dingen, die Sie da strapaziert haben, Herr Stadtrat Fürst. (StR. Fürst hält grünes Buch in die Höhe: Lesen Sie mir vor, was da drinnen von der Müllvermeidung steht!) Wir sind da nicht das entsprechende Gremium. Als ob wir, die wir Sie sehr gut kennen, nicht genau wüßten, was da wirklich dahintersteckt! Solche Phrasen, das mag allgemein seine Gültigkeit haben, muß man dann aber auch als Phrasen verwenden. Wenn man das wirklich anders meint, wenn man wirklich hinterfragt, was Anstand heißt was Wahrheit heißt usw. (StR. Fürst: Wo bleibt die Müllvermeidung?), so wie Sie das hier ein bißchen dargestellt haben, dann müßte man Ihnen natürlich eine andere Antwort geben zu dem, was Sie gesagt haben, denn diese Formen der Unterstellung sind wirklich unhaltbar. Und ich glaube daher, daß man auch auf Ihrer Seite, bis auf den Präsidenten Hahn, sagen muß, daß die Sachlichkeit bei einer Materie, der Sie angeblich so viel Bedeutung beimessen, in der Praxis halt doch ein bißchen anders ausschaut. Herr Präsident Hahn hat sachlich (Abg. Dr. Goller: Sachlich?) auseinandergesetzt, aber die anderen Sprecher, leider Gottes, muß ich betonen, leider Gottes... (Abg. Ing. Worm: Wir wollten auch schon einmal den Zilk loben, weil er so gut ist!) Ich will dem Präsidenten Hahn nicht schaden, ich verstehe schon. Herr Präsident Hahn, ich hoffe, ich schade Ihnen nicht. Ich möchte dadurch natürlich auch nicht den Herrn Abg. Worm hinaufloben. Von dem kann gar keine Rede sein, das hätte er sich wirklich nicht verdient. Zu der Frage selbst möchte ich in der Form Stellung nehmen, daß es mit strapazierten Worten alleine sicher nicht getan ist. Hier muß man ehrlich diskutieren. Das habe ich leider vermißt.

Was nun die Frage der öffentlichen Ausschreibung betrifft - ich möchte das noch einmal betonen -, so ist ganz klar, daß sie nach den wasserrechtlichen Bestimmungen erfolgen muß. Es kann daher auch gar nicht so sein, daß da schon irgendetwas geschehen wäre. Wenn Herr Abg. Ing. Worm daher behauptet, hier solle der verstaatlichten Industrie etwas zugeschanzt werden, so kann er es nur wider besseres Wissen gesagt haben, denn bei einer öffentlichen Ausschreibung kann überhaupt nichts zugeschanzt werden, und die wasserrechtlichen Bestimmungen dürften Sie ja auch schon kennen. Das wird nach Gewerken und nicht global ausgeschrieben. Das war vielleicht ein Hoffnungsschimmer von manchen Firmen. Das spielt's aber nicht, und daher ist es auch klar, daß wir nicht so vorgehen können. Wenn Sie daher den Eindruck erwecken, als wäre das ein Zuschancen an die verstaatlichte Industrie, dann ist das von dieser Seite abzulehnen. (Abg. Ing. Worm: Dann warten wir ab, wer den Auftrag erhält!) Wenn Sie aber grundsätzlich ablehnen wollen, daß in immerhin zirka 70 Prozent des Auftragsvolumens in Wien gefertigt werden sollen, daß Arbeitsplätze auch in Wien gesichert werden sollen, dann ist das wirklich sehr bedauerlich. Es a priori abzulehnen, wie Sie es gemacht haben, zeigt leider, daß Sie sich nicht in eine sachliche Auseinanderset-

zung begeben wollten, sondern von vornherein Meinungen kundtun wollen, die Sie vielleicht demnächst auch wieder einmal in einem Zeitungsartikel verwenden wollen, die aber mit der Realität, mit der Vorgangsweise und auch mit den gesetzlichen Bestimmungen (Abg. Ing. Worm: Das ist das Wesen eines Parlaments, daß man seine Meinung kundtut!) nicht im Einklang stehen. Wir werden es daher selbstverständlich nicht akzeptieren, wenn Sie uns solche Dinge sagen. (Abg. Ing. Worm: Was Sie tun, ist reine Polemik!)

Was nun die Sanierungskonzepte betrifft, Herr Kollege Worm. Sie recherchieren ja zumindest bei manchen Artikeln sehr gut, deshalb bedauere ich es, daß Sie diesmal wieder schlecht recherchiert haben, denn dieses Sanierungskonzept unter Stadtrat Schieder mit den 350 Millionen Schilling für die Sanierung der EBS beinhaltet keinerlei Erweiterung zum Beispiel der Hauptkläranlage, keine CP-Anlage, chemisch-physikalische Anlage, beinhaltet keinen dritten Wirbelschichtofen. (Abg. Ing. Worm: Er hat es aber damals gesagt!) Na gut, aber dann, Herr Abgeordneter, vergleichen Sie Äpfel mit Birnen, und das will ich Ihnen ja nur nachweisen. (Abg. Ing. Worm: Das sind die Gesamtkosten!) Nein, Herr Abg. Ing. Worm, es muß Ihnen halt auffallen, daß Ihnen das so wiedergegeben wird, wie Sie es bringen. Sie haben hier gesagt, daß das damals nur 350 Millionen gekostet hätte und daß es jetzt schon viel kostet. (Abg. Ing. Worm: Das hat der Schieder gesagt!) Ja, aber Sie haben auch gesagt, daß Sie nachgeschaut haben, wie das damals ausgesehen hat. Und dann kann man eben keine Aussage machen, in der ganz andere Grundlagen als Zielsetzungen drinnen sind als in den heutigen Zielsetzungen. (Abg. Hahn: Das war doch damals schon bekannt!) Dann kann ich das nicht vergleichen! So geht es eben nicht! Oder man muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß man das sehr schlampig recherchiert hat. (Abg. Dr. Goller: Schieder hat die Unwahrheit gesagt!) Okay, ich glaube, wir alle nehmen gerne zur Kenntnis, daß Herr Ing. Worm das auch einmal zugibt. Er hat ja ausnahmsweise diesmal zugegeben, daß es ihm ja wirklich nicht gelungen ist, bei der Beurteilung der Unterlagen den Anschluß an die letzte Entwicklung zu finden, nämlich bei all den Maßnahmen, die in unserem Konzept jetzt enthalten sind. Sie gehen natürlich in die Zukunft, sie basieren nicht mehr auf der Vergangenheit, sie gehen in die Zukunft. (Abg. Dr. Goller: Das ist der Sinn eines Konzeptes, in die Zukunft zu gehen!) Das haben Sie nicht mitbekommen, da kann man nichts machen!

Nun meine Damen und Herren, es ist aber so, daß wir... (StR. Fürst: Wo ist die Abfallvermeidung?) Schauen Sie, ich habe Ihnen schon gesagt, daß Sie es jetzt natürlich einmal lesen müssen, Herr Stadtrat Fürst, Sie haben ja schon länger Gelegenheit dazu gehabt. Ich bin davon überzeugt, Sie werden mir sicherlich dann bei einer Begegnung unter vier Augen sagen: "Na ja, es war ja nicht so gemeint!" Aber das ist halt die Methode, die wir nicht akzeptieren können, vor der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken - wie Sie selbst gesagt haben -, daß hier nicht ordentlich vorgegangen wird, und dann bei nächster Gelegenheit schaut es halt ein bißchen anders aus.

Jetzt noch etwas ganz Wichtiges in bezug auf die separierten Sammlungen. Herr Stadtrat Fürst! Sie waren am Montag bei der Aussprache im Müllausschuß. Es ist schon dort gesagt worden - ich wiederhole es, vielleicht kann man es sich dann wirklich merken -, daß die Papier- und Glasammlung in unseren beiden Planquadraten (Abg. Hahn: Nächstes Jahr nehmen wir zwei mehr!) ein Ergebnis ist, von dem uns selbst die Hochschule für Welthandel bestätigt, daß es bisher der beste Erfolg aller solcher Maßnahmen in ganz Europa ist. Und wir nehmen das als Grundlage, daß wir das von diesen beiden Bezirken innerhalb des nächsten Jahres auf ganz Wien ausdehnen (Abg. Hahn: Nächstes Jahr ist es die Per-Albin-Hansson Siedlung Ost und West!), nicht mit 15 solchen Vorsortierungsangeboten, weil wir jetzt schon sagen können, nachdem die Erprobung jetzt abgeschlossen wird, daß man sicherlich mit etwa sechs bis sieben solchen Vorsortierungsangeboten das Auslangen findet. (Abg. Ing. Worm: Das ist doch ein völliger Wahnsinn, das geht doch nicht!) Herr Ing. Worm, Sie müssen sich entscheiden, was Sie wollen. Einmal wollen Sie haben, daß man alles sortiert und einmal wollen Sie haben, daß man nicht einmal sechs oder sieben Sachen sortiert. So ist das eben, wenn man Ihnen ein bißchen auf den Zahn fühlt. (Abg. Ing. Worm: Das steht doch in keinem Konzept drinnen, noch sonst wo!) Da schauen die Dinge dann so aus, als hätten Sie sich nicht sehr

ernst mit diesen Fragen beschäftigt. Die 30.000 Tonnen, die jetzt in bezug auf Verbrennung möglich sind, sind dem Herrn Stadtrat Fürst am Montag erklärt worden. Es ist dort gesagt worden, daß diese 30.000 Tonnen hochwertiger Brennstoff sind, der eben durch die Sortierung aus dem Rinter-Zelt herauskommt und daher nicht als Müll verwendet werden soll, sondern als Heizmaterial, das sozusagen eine Verbesserung bei der Verbrennung möglich macht, da weniger andere Formen von Heizmaterial benötigt werden. Herr Stadtrat Fürst, das wurde Ihnen am Montag erklärt! Daß die Zeit von Montag bis Donnerstag leider nicht gereicht hat, daß Sie die Entwicklungserscheinungen aller Maßnahmen, die wir in der Vergangenheit gesetzt haben nicht intus haben, bedauere ich außerordentlich. (StR. Fürst: Es sind 30.000 Tonnen mehr!)

In bezug auf die Umspundung, Herr Präsident Hahn, muß ich Ihnen folgendes sagen: Sie haben von 700 bis 800 Millionen für Umspundung und Abdichtung beim Rautenweg gesprochen. Die Größenordnung, die wir jetzt in Gesprächen mit allen, die bisher hier zusammengearbeitet haben, gefunden haben, liegt bei 225 Millionen. Das ist sowohl die Umspundung als auch die Abdeckung. (StR. Fürst: Das ist aber eine Traumzahl! Die Abdeckung hat ja schon mehr gekostet!) Schauen Sie, Sie können sich darauf einigen, ob Sie jetzt eine Traumzahl nennen. Ich sage Ihnen, daß das das Ergebnis der bisherigen Arbeiten der zuständigen Leute ist. (Abg. Hahn: 225 Millionen!) Es freut mich ja, wenn Sie es zur Kenntnis nehmen, wenn es wenigstens einen Teilerfolg gibt.

Was die sonstige Einschätzung betrifft, was meine Person betrifft, da möchte ich überhaupt nicht darauf eingehen, da soll lieber die Politik auch in der nächsten Zeit dann ein Urteil darüber fällen. Ich werde mir das Urteil sicherlich nicht von seiten der ÖVP holen, zumindest auf keinen Fall alleine, das kann ich jetzt schon ankündigen. Natürlich ist das nicht meine Zielsetzung!

Ich möchte dem Herrn Abg. Arthold und auch dem Herrn Abg. Ing. Worm noch folgendes sagen: Wenn Sie in diesem Konzept nicht einmal die Müllvermeidungsquoten und die Müllvermeidungsvorgangsweise gefunden haben, dann sind Sie leider nicht einmal bis zur Seite 10 gekommen. (StR. Fürst: Wir haben es ja erst heute in der Früh bekommen!) Ja, aber bis zur Seite 10 hätten Sie es ja wenigstens lesen können, das wäre ja doch möglich gewesen! Ich glaube, daß Sie dann zumindest - ich bin sofort einverstanden, Herr Ing. Worm, wenn Sie mir sagen, daß Sie es nicht gelesen haben und daher nicht alles gefunden haben, aber ich... (StR. Fürst: Die Müllvermeidung! Damit meinen wir die gesetzlichen Voraussetzungen! Die Sortierung ist drinnen, aber nicht die Vermeidung!)

Präsident Sallaberger (unterbrechend): Herr Stadtrat Fürst! Wenn Sie derartig dazwischenschreiben, haben Sie ja nicht einmal die Möglichkeit, die Antwort zu hören. Ich bitte Sie wenigstens ein bißchen zu versuchen, zuzuhören. (StR. Fürst: Ich versuche, seit einer halben Stunde vom Herrn Stadtrat zu hören, es steht nichts drinnen!)

Berichterstatte Amtsführender Stadtrat Braun (fortsetzend): Es gibt ein Sprichwort; Herr Stadtrat Fürst, aber das sage ich Ihnen unter vier Augen, weil ich sonst unter Polemik falle.

Ich möchte noch einmal sagen, daß ich gerne zur Kenntnis nehme, Herr Ing. Worm, daß Sie das Konzept nicht komplett lesen konnten. Nur trifft mich dieses Gesamturteil über ein Konzept, das Sie nicht lesen konnten, dann natürlich umso härter. Das haben Sie ja jetzt mehr oder weniger ausdrücklich gesagt. Ich bitte daher, zum Schluß kommend... (Abg. Ing. Worm: Das ist eine unglaubliche Unterstellung! - Das ist eine Art, das Wort zu verdrehen!) Sie haben es gesagt! Sie haben gesagt, Sie konnten das nicht finden, weil Sie es ja nicht lesen konnten. Sie müssen sich einigen, was Sie wollen, Herr Ing. Worm! (StR. Fürst: Das ist eine Unverschämtheit von Ihnen! Das ist eine unglaubliche Polemik! Eine Verhöhnung der Abgeordneten ist das!)

Präsident Sallaberger (das Glockenzeichend gebend): Herr Amtsführender Stadtrat, ich bitte Sie, innezuhalten. Ich erteile dem Herrn Abg. Worm einen Ordnungsruf für seinen Zwischenruf von einer unglaublichen Polemik. Dieses Wort ist hier vorhin gefallen. (Abg. Ing. Worm: Herr Präsident, ich nehme das mit Stolz zur Kenntnis!) Herr Stadtrat Braun, setzen Sie bitte fort.

Berichterstatte Amtsführender Stadtrat Braun (fortsetzend): Ich möchte anhand eines Beispiels noch beweisen, Herr Stadtrat Fürst, wie das gemacht wird. (Abg. Ing. Worm: Herr Stadtrat,

Sie sind ein Polemiker!)

Präsident **Sallaberger** (unterbrechend): Ich glaube, daß es wirklich unerhört und eine einmalige Vorgangsweise hier im Landtag ist, daß ein Abgeordneter, der soeben einen Ordnungsruf zu einem Zwischenruf erhalten hat, es neuerlich wagt, dieselbe Feststellung zu treffen. (Abg. Ing. Worm: Ich wage es, jawohl!) Ich erteile Herrn Abg. Worm einen zweiten Ordnungsruf. (StR. Fürst: Er hat ja dasselbe gesagt! - Abg. Ing. Worm: Und einen 3. Ordnungsruf nehme ich auch zur Kenntnis!) Sollen wir die Sitzung unterbrechen? (Aufregung bei ÖVP und SPÖ.) Herr Stadtrat Braun, bitte.

Berichterstatter Amtsführender Stadtrat **Braun** (fortsetzend): In bezug auf die Äußerungen von Herrn Stadtrat Fürst, daß am Flötzersteig auch das berüchtigte Sevesogift in dreifacher Stärke emittiert wird, möchte ich auch etwas sagen. Es ist bezeichnend, daß Ihnen der Begriff Dioxin alleine nicht genügt. Dioxin ist der eigentliche Begriff, Dioxine und Furane. Sevesogift ist es nur im Zusammenhang mit dem Ereignis in Seveso, der Begriff einer Umweltkatastrophe. Nein, Herr Stadtrat Fürst, ich kann das so nicht akzeptieren! Wenn Sie, Herr Stadtrat Fürst, daher von Sevesogift (StR. Fürst: Ich habe von Giftstoffen gesprochen!) und von einer Verdreifachung der Größenordnung sprechen, dann ist das eine Vorgangsweise, die den Eindruck vermittelt, daß hier ganz bewußt eine Verunsicherung erfolgen soll, denn von Sevesogift kann man nur im Zusammenhang mit (StR. Fürst: Die wollen wir ja nicht!) einer Umweltkatastrophe dieser Größenordnung sprechen. Ansonsten ist es Dioxin, und ich glaube, das genügt.

Nun zu dieser Frage Dioxin. Ich darf Ihnen dazu sagen, daß die Grenzwerte, das Fentogramm-kubikmeter, 40×10 hoch minus 15 Gramm pro Kubikmeter, daß diese Festlegung von den Wissenschaftlern mit einem Faktor 100, also reduziert um einen Faktor 100 versehen, als ein Grenzwert angegeben wurde. Und diesen Grenzwert haben wir dadurch, daß das eine alte Anlage ist, um ein- einhalb bis zum Faktor drei überschritten. Das kann nicht bestritten werden. Jetzt allerdings, wenn die Rauchgaswäsche und alle anderen Anlagen eingebaut sind, vor allem auch die neuen Verbrennungsanlagen, werden wir 0,5 bis 5 Prozent (StR. Fürst: Das ist ein Unterschied!) der jetzigen Emissionswerte in bezug auf Dioxin und Furane haben. Ich sage das deshalb, Herr Stadtrat Fürst, weil ich glaube, daß diese Ihre Äußerungen ohne Rücksicht darauf, daß seit dieser Woche doch der entscheidende Schritt am Flötzersteig getan wurde, eine Vorgangsweise sind, die ich gar nicht weiter charakterisieren will.

Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie, dem Abänderungsantrag zum Müllabfuhrgesetz der Landtagsabgeordneten Freinberger, Ing. Riedler und Kneidinger, betreffend den Entwurf zum Müllabfuhrgesetz 65, die Zustimmung zu geben. Außerdem bitte ich noch einmal - und bin davon überzeugt, in absehbarer Zeit sicherlich auch nach mehreren Diskussionen noch auf einer breiteren Ebene - um Ihre Zustimmung zur Kenntnisnahme dieses Abfallwirtschaftskonzeptes. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident **Sallaberger**: Bevor wir zur Abstimmung über die eigentliche Gesetzesvorlage kommen, lasse ich über den eingebrachten Abänderungsantrag abstimmen. Der Herr Berichterstatter empfiehlt die Annahme. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die dem Antrag der Abg. Freinberger, Riedler und Kneidinger zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, damit ist der Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die eigentliche Gesetzesvorlage einschließlich der soeben beschlossenen Änderung. Ich bitte jene Damen und Herren, die dieser Gesetzesvorlage einschließlich der Änderung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke, damit ist das Gesetz mit Mehrheit in erster Lesung beschlossen. Wenn kein Widerspruch erfolgt, werde ich sofort die zweite Lesung vornehmen lassen. - Es erfolgt kein Widerspruch. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. (Amtsf. StR. Hatzl: 15 ÖVP-Abgeordnete - weniger als die Hälfte der Abgeordneten! - Das ist ein Interesse!) - Danke, damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung mit Mehrheit beschlossen.

Wir kommen nun zum schon eingangs der Tagesordnung erwähnten Antrag der Abg. Dr.

Hirnschall und Dipl. Ing. Dr. Pawkowicz. Der Antrag richtet sich an den Amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung und Stadterneuerung. Er betrifft eine Anfrage, und zwar Kontrolle der vom Land Wien geförderten Wohnbauträger durch das Kontrollamt der Stadt Wien. Der Antrag wird mündlich begründet und ich erteile zu dieser Begründung Herrn Abg. Dr. Erwin Hirnschall das Wort. Ich mache ihn aufmerksam, daß gemäß § 39 Abs. 4 der Geschäftsordnung die Begründung mit fünf Minuten begrenzt ist. Zuerst die Begründung, dann die Verlesung.

Abg. Dr. Hirnschall: Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind in den letzten Tagen wieder einmal mit einem Fehlverhalten eines Managers einer gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft konfrontiert worden. Wir lesen, daß der bisherige Direktor des Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds in seiner früheren Tätigkeit als Sozialbaumanager Geschäftslokale in Genossenschaftsobjekten in einer etwas sonderbaren Art auf den Markt gebracht hat. Direktor Hofmann hat in den Räumen seiner, wie wir den Zeitungen entnehmen, achteinhalb Millionen Schilling teuren Privatvilla in der Pötzleinsdorfer Straße zufällig eine Realitätenkanzlei zur Hand gehabt, die zufällig seinem Bruder gehört und freundlicherweise ihre Dienste zur Verfügung gestellt hat. Kein Zufall war es dann, daß die von diesem Realitätenbüro erzielten Erlöse nicht mehr im möglichen Ausmaß der Genossenschaft und ihren Mitgliedern zugute gekommen sind. In den Zeitungen ist hier von Geldern in einer Größenordnung von etwa 30 Millionen Schilling die Rede.

Nun, der Herr Hofmann hat nach Auffliegen dieses Sachverhaltes zwar seinen Rücktritt als Direktor des Stadterneuerungsfonds erklärt, damit kann man aber nicht zur Tagesordnung übergehen. Wir erleben Jahr für Jahr in Wien ein oder zwei derartige Skandale im Genossenschaftsbereich, ohne daß daraus die einzig mögliche Konsequenz gezogen wird, die Gebarungskontrolle der Genossenschaft insgesamt zu verstärken. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre halten wir die Tätigkeit des genossenschaftlichen Prüfverbandes nicht für effizient.

Die Wiener Landesregierung als Aufsichtsbehörde ist offensichtlich ebenfalls nicht in der Lage, diese Aufgabe im Rahmen der zuständigen Magistratsabteilung 50 entsprechend wahrzunehmen. Wir verlangen daher seit vielen Jahren, den Weg zu beschreiten, den der Steirische Landtag mit Erfolg gewählt hat, nachdem es auch dort immer wieder dasselbe Debakel im Genossenschaftswesen gegeben hat. Dort ist man einmütig zur Ansicht gekommen, daß die Wohnbaugenossenschaften der ständigen Kontrolle durch den Landesrechnungshof, wie es dort heißt, unterworfen werden sollen. Das ist auf eine ganz einfache Art und Weise ohne besondere gesetzliche Maßnahmen bewirkt worden. Den Wohnbauträgern wurde dort eröffnet, daß sie nur dann Aussicht auf Förderungsmittel hätten, wenn sie sich freiwillig der Kontrolle durch den Landesrechnungshof unterwerfen. Allein diese täglich mögliche Einschau, als Rute im Fenster gewissermaßen, hat dort zu einer deutlichen Besserung der Situation geführt.

Offenbar gibt es quer durch Österreich bei den Wohnbaugenossenschaften dieselben systembedingten Schwächen, von Herrn Dr. Renner in Vorarlberg angefangen bis zur burgenländischen WBO. Einer Aussendung der "Sozialistischen Korrespondenz" konnte ich vor 14 Tagen entnehmen, daß es auch in Tirol gravierende Mißstände gibt. Und dort ist es jetzt interessanterweise die Sozialistische Partei Österreichs als Minderheitsfraktion im Landtag gewesen, die die Auffassung vertreten hat, daß die Tätigkeit des genossenschaftlichen Prüfverbandes völlig unzureichend ist, weshalb in Tirol die sozialistischen Abgeordneten eine Prüfung der Wohnbaugenossenschaften durch die Kontrollbehörde des Landtages verlangt haben.

Wir fragen uns, was noch alles passieren muß, bis sich diese Erkenntnis auch bei der Landtagsmehrheit in Wien durchsetzt. Wir halten es für unaufschiebbar, eine effiziente Kontrolle der geförderten Wohnbauträger in Wien herbeizuführen und ersuchen Sie, diesem Anliegen die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Präsident Sallaberger: Gemäß § 39 Abs. 6 der Geschäftsordnung hat vor der Abstimmung über den Antrag die Verlesung der Anfrage zu erfolgen. Ich bitte daher den Schriftführer um Verle-

sung.

Schriftführer Abg. Mag. Eva Petrik: "Dringliche Anfrage der Landtagsabgeordneten Dr. Hirnschall und Dipl.-Ing. Dr. Pawkowicz an den Herrn Amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung und Stadterneuerung betreffend Kontrolle der vom Lande Wien geförderten Wohnbauträger durch das Kontrollamt der Stadt Wien.

Die aufklärungsbedürftigen Vorkommnisse, die zum plötzlichen Rücktritt des Geschäftsführers des Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds, Friedrich Hofmann, geführt haben, sind offensichtlich das Ergebnis einer mangelnden Kontrolle der gemeinnützigen Wohnbauträger in Wien.

Zeitungsberichten ist zu entnehmen, daß über einen Bruder des früheren Geschäftsführers der Sozialbau Geschäftslokale in Genossenschaftsobjekten veräußert wurden, wobei die erzielten Erlöse zu einem beträchtlichen Teil nicht der betreffenden Genossenschaft beziehungsweise deren Mietern zugute gekommen sind.

Wie in vielen vorhergehenden Fällen, die andere Wohnbaugenossenschaften betroffen haben, hat sich abermals die Tätigkeit des genossenschaftlichen Prüfverbandes sowie der Wiener Landesregierung als Aufsichtsbehörde als unwirksam beziehungsweise unzureichend erwiesen.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten richten daher gemäß § 39 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Landtag an den Herrn Amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung und Stadterneuerung folgende dringliche Anfrage:

Sind Sie bereit, aufgrund der wiederholt zutage getretenen Mißstände bei der Tätigkeit gemeinnütziger Wohnbaugenossenschaften, die nunmehr auch bei der Sozialbau aufgetreten sind, geeignete Maßnahmen einzuleiten und die vom Land Wien geförderten Wohnbauträger einer Kontrolle durch das Kontrollamt der Stadt Wien zu unterwerfen?

Welche Stellungnahme beziehen Sie dazu, daß in der Steiermark aufgrund eines einhelligen Beschlusses des Steirischen Landtages Förderungsmittel nur mehr an jene Wohnbauträger ausbezahlt werden, die sich freiwillig einer Kontrolle durch den steirischen Landesrechnungshof unterwerfen?

Welche Stellungnahme beziehen Sie ferner dazu, daß aufgrund konkreter Vorkommnisse in Tirol auch die sozialistische Fraktion im Tiroler Landtag eine Kontrolle der gemeinnützigen Genossenschaften durch die Landeskontrollbehörde gefordert hat?

In welchem Umfang haben die Wiener Landesregierung als Aufsichtsbehörde, der genossenschaftliche Prüfverband sowie der Aufsichtsrat ihre Kontrollfunktion bei der genannten Genossenschaft wahrgenommen? Zu welchem Ergebnis sind die oben genannten Organe gelangt?

Die Behandlung und die Besprechung dieser dringlichen Anfrage in der heutigen Sitzung des Wiener Landtages wird hiemit beantragt."

Präsident Sallaberger: Ich bitte nun jene Abgeordneten, die für die dringliche Behandlung der verlesenen Anfrage sind, die Hand zu erheben. - Danke, das ist die Minderheit. Der Antrag auf dringliche Behandlung ist daher abgelehnt.

Herr Amtsführender Stadtrat Fritz Hofmann hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Amtsführender Stadtrat Ing. Hofmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Obwohl der Landtag mit seiner Mehrheit einer dringlichen Behandlung nicht zugestimmt hat - ich teile durchaus diese Meinung, ja, ich würde sogar sagen, daß die antragstellende Fraktion dadurch, daß eine Anfrage zur gleichen Materie im Gemeinderat an 26. Stelle gereiht wurde (Abg. Dr. Hirnschall: Dafür haben wir ja einen dringenden Antrag eingebracht!), im Einvernehmen mit den Antragstellern, hier am besten zeigt, wie dringlich Sie diese Frage einschätzt - möchte ich trotzdem die Frage beantworten, die Sie mir hier im Landtag gestellt haben, nachdem ich keine Chance sehe, Ihnen in der Fragestunde des Gemeinderates meine Antwort mitzuteilen, da diese Frage erst an 26. Stelle gereiht wurde. Ich möchte daher die jetzt im Landtag gestellte Frage wie folgt beantworten:

Entgegen den Ausführungen in der dringlichen Anfrage darf ich zunächst feststellen, daß die

bisherige Form der Kontrolle gemeinnütziger Bauvereinigungen als durchaus ausreichend und effizient zu bezeichnen ist. Einerseits erfolgte eine lückenlose Kontrolle der eingesetzten Wohnbauförderungsmittel durch seit 1968 bewährte Einrichtungen, andererseits hat die Kontrolle gemeinnütziger Bauvereinigungen nach den Bestimmungen des WGG durch den Revisionsverband beziehungsweise durch die Aufsichtsbehörde, was den Bereich Wien betrifft, gezeigt, daß hiedurch ein größtmöglicher Schutz der Genossenschaften beziehungsweise der Mieter und der eingesetzten Geldmittel gewährleistet wird. Dies hat insbesondere die Einschauprüfung des Rechnungshofes und die Prüfung der als Aufsichtsbehörde tätigen Magistratsabteilung 50 durch das Wiener Kontrollamt bestätigt. Eine darüber hinausgehende Kontrolle durch das Kontrollamt der Stadt Wien käme einer begleitenden Kontrolle gleich, die aber dem Wesen nach einer Übernahme der Tätigkeit der Organe der gemeinnützigen Bauvereinigungen gleichkommt.

Die in Wien aufgetretenen Probleme mit gemeinnützigen Bauvereinigungen betrafen mit Ausnahme der "Neuen Eigenheime" nur solche gemeinnützigen Bauvereinigungen, die ihren Sitz in anderen Bundesländern haben und somit keiner Kontrolle durch Wiener Organe unterliegen. Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß es für mich ein Beweis der Effizienz der Wiener Kontrolltätigkeit ist, daß gelegentlich Bauvereinigungen, wenn sie in Schwierigkeiten kommen, überlegen, ihren Sitz in ein anderes Bundesland zu verlegen, um sich dadurch der Wiener Kontrolle zu entziehen. Ich glaube, daß Ihnen das vielleicht deutlich macht, daß die Kontrolle hier durchaus gegeben ist.

Es steht aber jetzt schon fest, daß die bisher aufgetretenen Schwierigkeiten mit gemeinnützigen Bauvereinigungen von der Art her in keiner Weise mit den bisher noch unbestätigten Zeitungsmeldungen über die "Sozialbau" vergleichbar sind. Ich habe schon angekündigt, daß ich mir erlaube, auch die Frage unserer Tätigkeit beziehungsweise der Überprüfung in diesem aktuellen Fall bei der Gelegenheit zur Kenntnis zu bringen. Ich würde die Anfrage im Gemeinderat wie folgt beantworten:

Ich habe die von verschiedenen Medien erhobenen Vorwürfe gegen die "Wohnbau- und SiedlungsgesmbH Sozialbau" sofort zum Anlaß genommen, eine Prüfung durch die Aufsichtsbehörde zur Klärung des Sachverhaltes und zur rechtlichen Prüfung aus der Sicht des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes und des Wohnbauförderungsgesetzes vorzunehmen. Diese Prüfung ist derzeit im Gange. Da die einschlägigen Materien sehr vielschichtig sind, kann ohne ausreichende Kenntnis der tatsächlichen Situation eine rechtliche Beurteilung noch nicht vorgenommen werden. Ich versichere Ihnen jedoch, daß die gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen, soweit erforderlich, zum gegebenen Zeitpunkt gesetzt werden.

Aus all diesen Überlegungen erscheint daher eine Betrauung des Kontrollamtes mit der Prüfung gemeinnütziger Bauvereinigungen nicht notwendig und würde nur zusätzlichen Verwaltungsaufwand mit sich bringen.

Zur Frage der Beschlußfassung in anderen Landtagen, betreffend Kontrolle durch die Landeskontrollbehörde, kann schon im Hinblick auf die unterschiedlichen Ausgangslagen aufgrund des föderalistischen Prinzipes keine Aussage getroffen werden. In diesem Sinne bitte ich um Kenntnisnahme meiner Beantwortung.

Präsident **Sallaberger**: Danke. Mit dieser mündlichen Beantwortung ist die Anfrage erledigt. Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekanntgegeben. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß um 14.40 Uhr.)